

Statistik in Sachsen

Jahrgang 19 - 4/2013



Inhaltsverzeichnis

Allgemeinbildende Schulen in Sachsen in den Schuljahren 2003/04 bis 2012/13	2
Heike Awiszus, Felicitas Klemm	
Selbstständige Erwerbstätigkeit in Sachsen – Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus	11
Anke Puschmann	
Zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen in der Zeit von 2000 bis 2012	
Teil 1 – Kreditgeschäft	18
Roman Straube	
Straßenverkehrsunfälle von Fahrradfahrern im Jahr 2012	28
Carmen Ronge	
Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Kraftfahrzeugbestand, Jahresfahrleistung und Straßenverkehrsfläche für Sachsen im Bundesländervergleich	34
Ramona Haase	
Die Verdienststrukturerhebung 2010 – Tarifbindung –	43
Steffen Pollack	
Demografischer Wandel: Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen – Eine Analyse für die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	47
Prof. Dr. Alexander Karmann, Daniela Wolf	
Gerhard-Fürst-Preis 2014 des Statistischen Bundesamtes	51
Neues aus Sachsen	52
Sächsischer Zahlenspiegel	54

Vorwort



Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher, Präsidentin des Statistischen Landesamtes

Sehr geehrte Leserinnen, sehr geehrte Leser,

auch das vierte Heft unserer Zeitschrift „Statistik in Sachsen“ in diesem Jahr bietet wieder zahlreiche Beiträge aus verschiedenen Gebieten der amtlichen Statistik.

Im ersten Aufsatz wird auf Basis der amtlichen Schulstatistik ein Überblick über die Entwicklung des sächsischen allgemeinbildenden Schulwesens in den letzten zehn Jahren gegeben. Dabei werden u. a. die Bildungsbeteiligung, die Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Schularten, die Einschulungen, die Lehrerstruktur und die Bildungsabschlüsse analysiert. In einem weiteren Beitrag wird auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus die selbstständige Erwerbstätigkeit in Sachsen seit 1991 betrachtet und es werden für das Jahr 2012 ausgewählte Aspekte der Struktur der Selbstständigen auch im Vergleich zu den Arbeitnehmern näher beleuchtet. Weiterhin werden aktuelle Ergebnisse zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen für die Jahre 2000 bis 2012 vorgestellt. Dabei konzentrieren sich die Analysen zunächst vordergründig auf Entwicklungs- und Strukturbetrachtungen der von den Finanzinstituten an Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ausgereichten Kredite.

Es schließen sich zwei Beiträge zur Statistik des Verkehrswesens an. Einerseits werden die Straßenverkehrsunfälle mit Beteiligung von Fahrradfahrern analysiert. Dabei wird festgestellt, dass sich der Anteil der verunglückten Fahrradfahrer an allen Verunglückten in den letzten 20 Jahren verdoppelt hat. Andererseits wird die Veröffentlichung zum Berichtsmodul Verkehr und Umwelt mit Ergebnissen zum Kraftfahrzeugbestand und der Jahresfahrleistung für Sachsen im Vergleich mit anderen Bundesländern fortgesetzt.

Die Zeitschrift wird vervollständigt durch einen Beitrag zur Tarifbindung in der sächsischen Wirtschaft und einer Analyse zu Beschäftigungspotentialen in den sächsischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen.

Wir hoffen, Ihnen mit diesem Heft wiederum interessante Informationen aus unserer Arbeit zu liefern. Über die Themen dieser Zeitschrift hinaus stehen Ihnen zahlreiche andere Publikationen mit detaillierten statistischen Informationen zur Verfügung. Außerdem finden Sie uns im Internet unter www.statistik.sachsen.de. Datenanfragen beantwortet Ihnen auch unser Auskunftsdienst (Tel. 03578 33 1913).

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit nutzen, mich von Ihnen zu verabschieden. Ich gehe in den Ruhestand.

Es war eine fruchtbare und interessante Zeit, während der Sie uns als Leser unserer Zeitschrift begleitet haben. Auch zukünftig wünsche ich Ihnen viele hilfreiche Inputs aus dem Statistischen Landesamt und einen guten Dialog mit unserem Hause und eine erfolgreiche Arbeit in Ihren Aufgabenfeldern.

Ihre Prof. Dr. Irene Schneider-Böttcher

Allgemeinbildende Schulen in Sachsen in den Schuljahren 2003/04 bis 2012/13

Vorbemerkungen

Bildung ist die Grundlage für die Entwicklung und Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft. Die Voraussetzung für ein hohes Bildungsniveau ist die optimale Ausgestaltung der Bildungsprozesse im Schulalter. Damit alle Schüler individuell, begabungs- und leistungsgerecht gefördert werden können, sind Vielfältigkeit, Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit des Schulsystems erforderlich.

Der vorliegende Beitrag liefert Informationen über das sächsische allgemeinbildende Schulwesen. Dazu gehören die Grundschulen, Mittelschulen, Gymnasien und allgemeinbildende Förderschulen. Als eine wichtige Ergänzung zum staatlichen Schulsystem gibt es in allen Schularten Schulen in freier

Trägerschaft. Die Freien Waldorfschulen als staatlich genehmigte Ersatzschulen in freier Trägerschaft lassen sich in keiner anderen Schulart zuordnen. Beginnend mit dem Schuljahr 2003/04 werden u. a. die Bildungsbeteiligung, die Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Bildungsbereichen, die Einschulungen, die Übergangsquoten in weiterführende Schulen, die Schüler- und Lehrerstruktur sowie die Bildungsergebnisse dargestellt. Dabei wird sowohl auf die Situation von Sachsen insgesamt als auch auf die der einzelnen Kreise eingegangen. Ausgewählte bundesweite Vergleichsdaten ergänzen die Ausführungen.

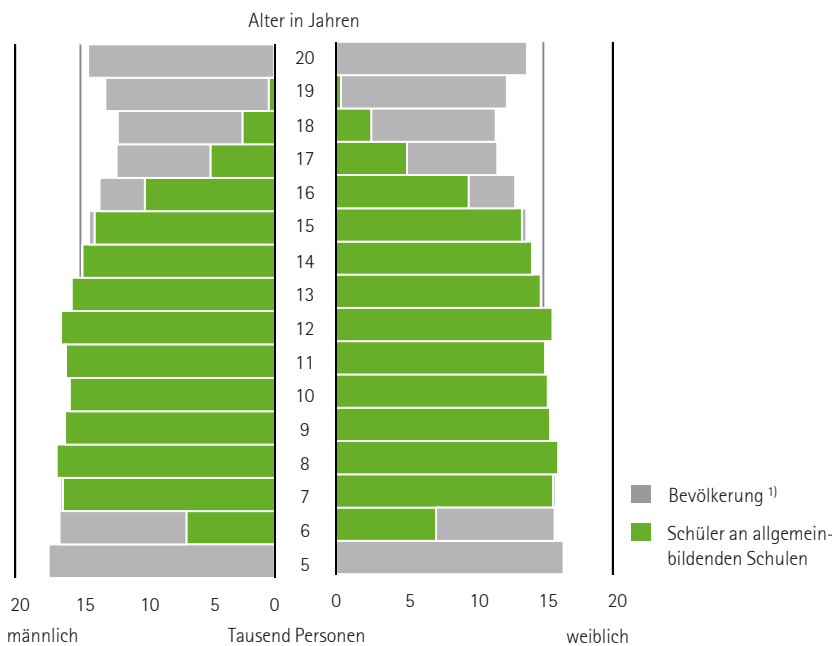
Neben der institutionellen Gliederung des allgemeinbildenden Schulsystems nach den

Schularten wird durch eine Gliederung nach Bildungsbereichen eine bessere Vergleichbarkeit der verschiedenen Schulsysteme in Deutschland erreicht. Die Bildungsbereiche sind durch eine einheitliche Schulbesuchsdauer und gleiches Bildungsniveau gekennzeichnet. Entsprechend der Abgrenzung der Kultusministerkonferenz werden in diesem Beitrag die Klassenstufen 1 bis 4 als Primarbereich, die Klassenstufen 5 bis 10 (außer Klassenstufe 10 im Gymnasium) als Sekundarbereich I und die gymnasiale Oberstufe als Sekundarbereich II bezeichnet. Die gymnasiale Oberstufe besteht aus einer einjährigen Einführungsphase (Klassenstufe 10 im Gymnasium) und der zweijährigen Qualifikationsphase (Jahrgangsstufe 11 und 12). In Deutschland werden die Förderschulen nicht in diese Gliederung der Bildungsbereiche einbezogen, dagegen in Sachsen nur die Schulbesuchsstufen (Unter-, Mittel-, Ober-, und Werkstufe) der Förderschulen nicht.

Die Basis für den Beitrag liefert die amtliche Schulstatistik, deren Daten stichtagsbezogen am Anfang eines Schuljahres erhoben werden. Einbezogen sind alle Schulen in öffentlicher und freier Trägerschaft. Mit Beginn des Schuljahres 2013/14 wurde aus der bisherigen Mittelschule in öffentlicher Trägerschaft eine Oberschule, mit der eine bessere individuelle Förderung und stärkere Leistungsorientierung verbunden wird. Die Erhebungsmerkmale der sächsischen Schulstatistik setzen sich zusammen aus einem bundesweit abgestimmten Merkmalskatalog der Kultusministerkonferenz und dem spezifischen Datenbedarf des Landes. In Sachsen werden weiterhin aggregierte Daten in Form von Tabellen je Schulstandort im Unterschied zu vielen Bundesländern erfasst, die Individualdaten der Schüler und Lehrkräfte erheben bzw. demnächst erheben werden.

Bei den regionalen Angaben ist zu beachten, dass es sich um Daten handelt, die nach dem

Abb. 1 Bildungsbeteiligung der 5- bis 20-jährigen Bevölkerung¹⁾ an allgemeinbildenden Schulen 2012



¹⁾ Bevölkerung am 31. Dezember 2012, Quelle: Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990

Standort der Schulen und nicht nach dem Wohnort der Schüler erhoben worden sind. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Beitrag auf eine geschlechtsneutrale Differenzierung verzichtet. Begriffe wie Schüler gelten grundsätzlich für beide Geschlechter.

69 Prozent der 5- bis 20-jährigen Bevölkerung besuchten eine allgemeinbildende Schule

Rund 474 000 Menschen¹⁾ zwischen 5 und 20 Jahren lebten Ende 2012 in Sachsen, davon waren 51,2 Prozent männlich und 48,8 Prozent weiblich. Im Schuljahr 2012/13 besuchten 69 Prozent von ihnen eine allgemeinbildende Schule.

Nur 15 Kinder im Alter von 5 Jahren besuchten eine allgemeinbildende Schule, bei den 6-Jährigen waren es bereits 43 Prozent. Die Bildungsbeteiligung der 7 bis unter 16 Jahre alten Bevölkerung an allgemeinbildenden Schulen lag bei annähernd 100 Prozent. Da mit 16 Jahren erste Schulabschlüsse erreicht werden können und außerdem die Vollschulzeitpflicht beendet ist, trat ab diesem Altersjahrgang ein Rückgang des Anteils der Jugendlichen, die noch die allgemeinbildende Schule besuchten, im Verhältnis zum jeweiligen gleichaltrigen Bevölkerungsjahrgang ein. Der Anteil betrug bei den 16-Jährigen 74 Prozent, nahm dann bei den älteren Jahrgängen verständlich sehr stark ab (vgl. Abb. 1).

Noch 328 000 Schüler, aber in der Tendenz bis 2016/17 auf etwa 343 000 steigend

In Sachsen wurde im Schuljahr 2012/13 an 1 483 allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Das waren 257 Schulen weniger als im Schuljahr 2003/04. 1 290 Schulen (87 Prozent) befanden sich 2012 in öffentlicher Trägerschaft. In den letzten zehn Jahren stieg die Zahl der Schulen in freier Trägerschaft um 114 auf 193 Schulen.

328 031 Schüler besuchten in Sachsen im Schuljahr 2012/13 eine allgemeinbildende Schule. Die Gesamtschülerzahl verringerte sich gegenüber 2003/04 um 15,3 Prozent. Seitdem weist aber auf Grund des Geburtenanstiegs in Sachsen die Zahl der Grundschüler eine gegenläufige Tendenz auf. Entsprechend zeitversetzt ist eine Steigerung der Schülerzahl in den weiterführenden Schulen zu beobachten. Laut der 2. Schüler- und Absolventenprognose des Statistischen Landesamtes (V1) bis zum Schuljahr 2030/31 ist eine Zunahme der Gesamtschülerzahl auf ca. 343 000 zwischen 2016/17 bis 2020/21 zu erwarten.

Tab. 1 Schüler¹⁾ an allgemeinbildenden Schulen 2012/13 nach Bildungsbereichen

Bildungsbereich	Sachsen		Deutschland	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	328 031	100	8 144 850	100
darunter				
Primarbereich	130 677	39,8	2 795 620	34,3
Sekundarbereich I	166 476	50,8	4 315 970	53,0
Sekundarbereich II	27 076	8,3	1 005 384	12,3

1) Schüler nach Bildungsbereichen: Deutschland ohne Förderschulen; Sachsen ohne Schüler im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung (Unter- bis Werkstufe)

Abnahme der Schülerzahl erheblich in Landkreisen

Rückblickend entwickelte sich die Schülerzahl im Zehnjahresvergleich in den einzelnen Kreisfreien Städten und Landkreisen sehr unterschiedlich. In den Städten Dresden und Leipzig veränderte sie sich seit dem Schuljahr 2003/04 gering. Dresden verzeichnete bis 2012 einen Anstieg um 2,5 Prozent und Leipzig einen Rückgang von 2,2 Prozent. In der Stadt Chemnitz sowie in allen sächsischen Landkreisen ging die Schülerzahl erheblich zurück. Die Abnahme lag zwischen 13,4 Prozent im Landkreis Meißen und 24,2 Prozent im Landkreis Görlitz.

Die Hälfte der Schüler besucht die Sekundarstufe I

Von den rund 328 000 Schülern in Sachsen gingen 40 Prozent auf eine Schule des Primarbereichs. Der Anteil des Sekundarbereichs I lag bei 51 Prozent und der des Sekundarbereichs II bei 8 Prozent (vgl. Tab. 1 auch mit Deutschland). Während im Vergleich zum Schuljahr 2003/04 die Schülerzahl im Primarbereich stark um 26,5 Prozent zunahm, waren drastische Rückgänge im Sekundarbereich I und II um 28,7 bzw. 41,4 Prozent zu verzeichnen.

Die Schülerzahlen in den einzelnen Kreisfreien Städten und Landkreisen sowie deren Veränderung gegenüber 2003/04 weist die Abb. 2 nach.

14 Prozent mehr Schulanfänger

Laut dem im August 2004 in Kraft getretenen sächsischen Schulgesetz [1] werden mit Beginn des Schuljahres Kinder schulpflichtig, die bis zum 30. Juni des laufenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollenden. Als schulpflichtig gelten auch Kinder, die bis zum 30. September des laufenden Kalenderjahres das sechste Lebensjahr vollendet haben und von den Eltern in der Schule angemeldet wurden. Außerdem besteht in besonderen Fällen die Möglichkeit einer vorzeitigen Einschulung

und in Ausnahmefällen die Möglichkeit der Zurückstellung vom Schulbesuch um ein Jahr. 2012 wurden 31 933 Kinder in Sachsen in die 1. Klassenstufe eingeschult. Damit stieg gegenüber 2003 die Schulanfängerzahl erheblich um 14 Prozent. Die Anzahl der Einschulungen erreichte 2011 mit 32 419 einen Höchststand.

Der überwiegende Teil der schulpflichtigen Kinder begann 2012 seine Schullaufbahn an einer Grundschule, knapp 4 Prozent an einer der allgemeinbildenden Förderschulen und 0,4 Prozent an einer Freien Waldorfschule.

Zunahme fristgemäßer Einschulungen auf knapp 94 Prozent

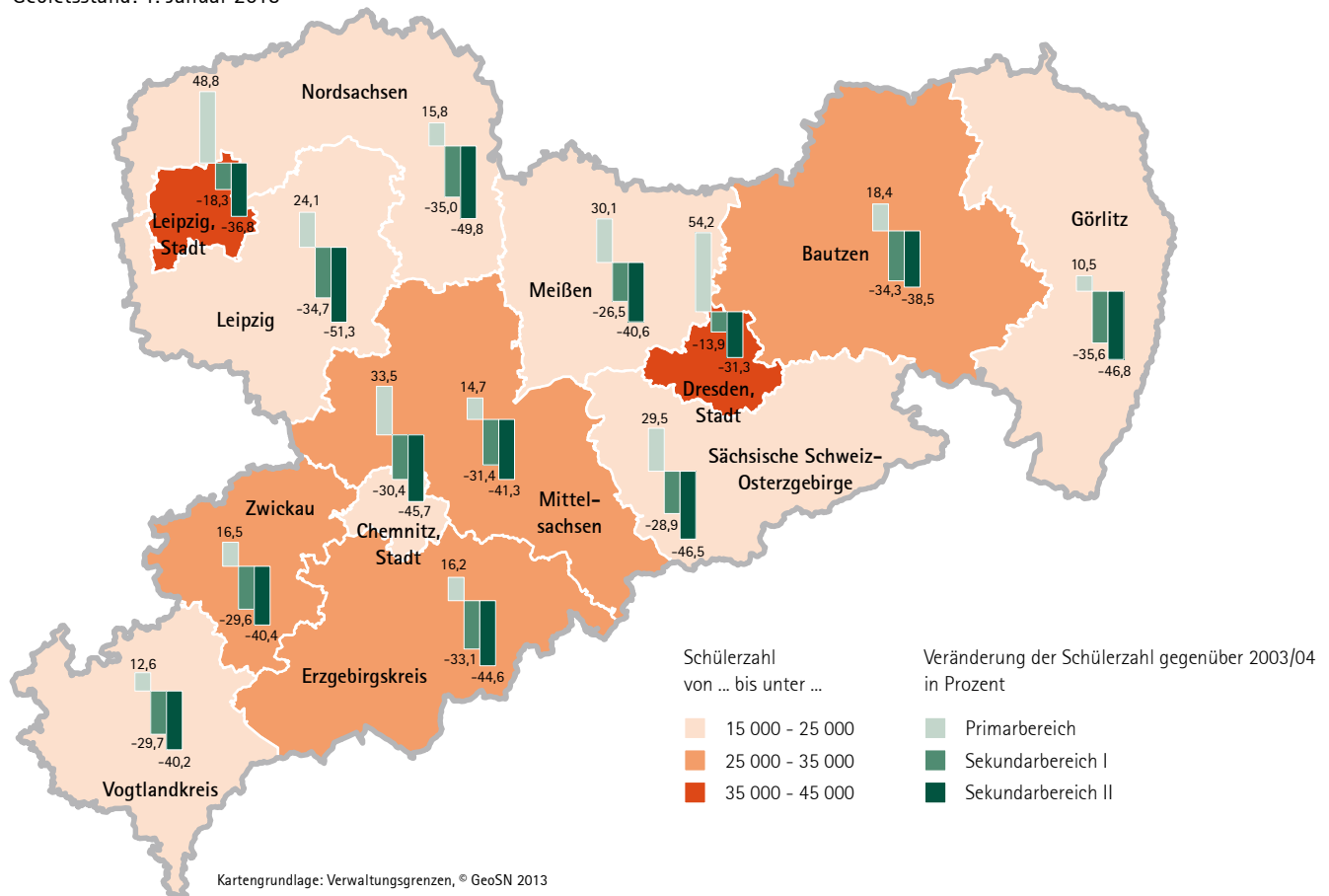
Der Anteil der vorzeitigen Einschulungen hatte 2003 mit 2,3 Prozent den Höchststand erreicht. Mit Einführung der neuen Einschulungsregelung 2004 ging er bis 2012 auf 0,2 Prozent zurück (vgl. Tab. 2). Dieser Abwärtstrend dürfte eine Folge der Vorverlegung des Einschulungstichtages gewesen sein (Schulpflicht der Sechsjährigen bis 30. September bei Anmeldung der Eltern). Mit dem Rückgang der vorzeitigen Einschulungen kam es gleichzeitig zu einem Anstieg fristgemäßer Einschulungen auf 93,8 Prozent im Jahr 2012. Der Anteil der Einschulungen nach Zurückstellung war von 2003 (9,9 Prozent) bis 2006 (3,5 Prozent) rückläufig. 2007 kam es zu einer Trendwende. Der Anteil stieg auf 4,0 Prozent und lag 2012 bei 6,0 Prozent.

Mädchen werden häufiger früh eingeschult und seltener zurückgestellt

Bei den Einschulungen gab es nach wie vor deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Anteile der fristgemäßen Einschulungen lagen bei Jungen und Mädchen 2012 bei 92 bzw. 95 Prozent. Vorzeitig eingeschult wurden von den Jungen 0,1 Prozent und von den Mädchen 0,3 Prozent. Entsprechend

1) Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Registerdaten vom 3. Oktober 1990

Abb. 2 Schüler an allgemeinbildenden Schulen 2012/13 und Veränderung zu 2003/04
Gebietsstand: 1. Januar 2013



war der Anteil der Zurückgestellten bei den männlichen Schulanfängern mit 7,4 Prozent merklich höher als bei den weiblichen mit 4,5 Prozent.

Große Unterschiede bei Einschulungen regional und bundesweit

Regional betrachtet gab es allein in den Städten Dresden und Leipzig mehr als ein Viertel (27 Prozent) der sächsischen Einschulungen 2012. In Nordsachsen war der Anteil mit 4,7 Prozent am geringsten. Die Einschulungszahlen auf Kreisebene sind in Abb. 3 dargestellt. Auch die Veränderungen der Anteile vorzeitig und fristgemäß eingeschulter sowie zurückgestellter Kinder gegenüber 2003 schwankten erheblich. Während z. B. in der Stadt

Leipzig mit 8,2 Prozentpunkten der höchste Zuwachs des Anteils der fristgemäßen Einschulungen registriert wurde, war es mit 3,6 Prozent in der Stadt Dresden der niedrigste. In Deutschland wurden rund 688 000 Kinder eingeschult, 18 Prozent weniger als 2003. Diese rückläufige Entwicklung ist vor allem seit 2004 in den westlichen Bundesländern zu beobachten. Wie in Sachsen haben auch andere Bundesländer den Beginn der Schulpflicht verlegt. Die einzelnen Länderregelungen waren hinsichtlich Zeitpunkt und Zeitraum aber sehr unterschiedlich. In Deutschland erfolgte 2012 bei 90 Prozent der Erstklässler die Einschulung fristgemäß, 7 Prozent der Kinder wurde verspätet und 3 Prozent vorzeitig eingeschult (vgl. Tab. 2).

Anstieg der Übergangsquote auf das Gymnasium seit 2003/04

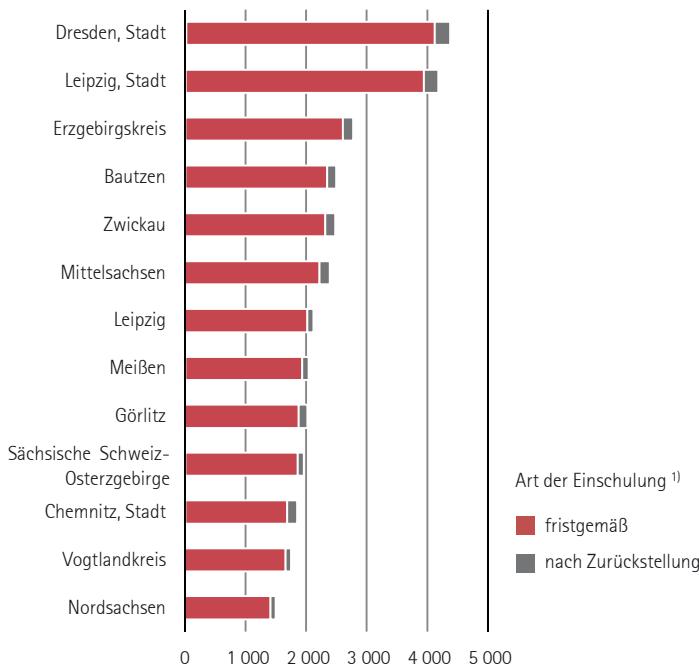
Am Ende der Grundschulzeit findet für die Schüler der Übergang in eine weiterführende Schule statt. Nach dem Abschluss der Klassenstufe 4 wird die Entscheidung für den weiteren Bildungsweg getroffen. Im Schuljahr 2012/13 besuchten von den 28 312 Schülern (ohne Förderschulen und Freie Waldorfschulen), die ihre Bildungslaufbahn nach der Klassestufe 4 an einer weiterführenden Schule in Sachsen fortsetzten, 16 372 Schüler eine Mittelschule und 11 940 Schüler ein Gymnasium. Damit gingen 57,8 Prozent der Schüler an eine Mittelschule und 42,2 Prozent an ein Gymnasium. Im Schuljahr 2003/04 betrug dieses Verhältnis 66,8 zu 33,2 Prozent. Die geschlechterspezifische Betrachtung zeigte bei Mädchen eine höhere Übergangsquote zum Gymnasium. 40,4 Prozent der Jungen und 43,9 Prozent der Mädchen gingen im Schuljahr 2012/13 an ein Gymnasium. Die höchste Übergangsquote zum Gymnasium wurde bei beiden Geschlechtern im Schuljahr 2009/10 mit 44,9 bzw. 48,4 Prozent registriert. 2010 traten strengere Zugangsvoraussetzungen für das Gymnasium in Kraft. Infolgedessen nahm die Zahl der Übergänge zum Gymnasium ab.

Tab. 2 Schulanfänger nach Art der Einschulung (in Prozent)

Art der Einschulung	Sachsen		Deutschland ¹⁾	
	2003	2012	2003	2012
Vorzeitig	2,3	0,2	7,8	3,1
Fristgemäß	87,8	93,8	86,0	89,5
Nach Zurückstellung	9,9	6,0	5,6	6,6

1) ohne sonstige Einschulungen sowie Einschulungen im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

Abb. 3 Schulanfänger 2012 nach Art der Einschulung¹⁾



1) Die Zahl der vorzeitigen Einschulungen ist aufgrund der Geringfügigkeit nicht darstellbar.

Bei der regionalen Betrachtung der Übergangsquoten zum Gymnasium traten besonders die Kreisfreien Städte hervor. Während in den Städten Dresden und Leipzig im Schuljahr 2012/13 die Übergangsquote über 50 Prozent lag, bildeten die Landkreise Bautzen und Erzgebirgskreis mit einer Quote von 36 bzw. 33 Prozent die Schlusslichter. Bundesweit haben im Schuljahr 2012/13 rund 691 500 Schüler von der Grundschule in die Klassenstufe 5 und damit in den Sekundar-

bereich I gewechselt. Mit 39,7 Prozent wechselte der größte Teil von ihnen auf ein Gymnasium. Im Zehnjahresvergleich zeigt sich auch in Deutschland insgesamt ein deutlicher Anstieg des Übergangs auf Gymnasien. Während im Schuljahr 2003/04 noch 29,7 Prozent der Grundschüler auf das Gymnasium wechselten, waren es im Schuljahr 2012/13 bereits 10,0 Prozentpunkte mehr.

37 Prozent im Sekundarbereich I in Sachsen sind Gymnasialschüler, in Deutschland 35 Prozent

Von den rund 166 000 Schülern in der Sekundarstufe I besuchten 57 Prozent eine Mittelschule, 37 Prozent ein Gymnasium, 5,5 Prozent eine allgemeinbildende Förderschule und 0,4 Prozent eine Freie Waldorfschule (vgl. Tab. 3). Bemerkenswert ist, dass sich im Vergleich zum Schuljahr 2003/04 der Anteil der Schülerschaft an Gymnasien im Sekundarbereich I um 9,7 Prozentpunkte erhöht hat.

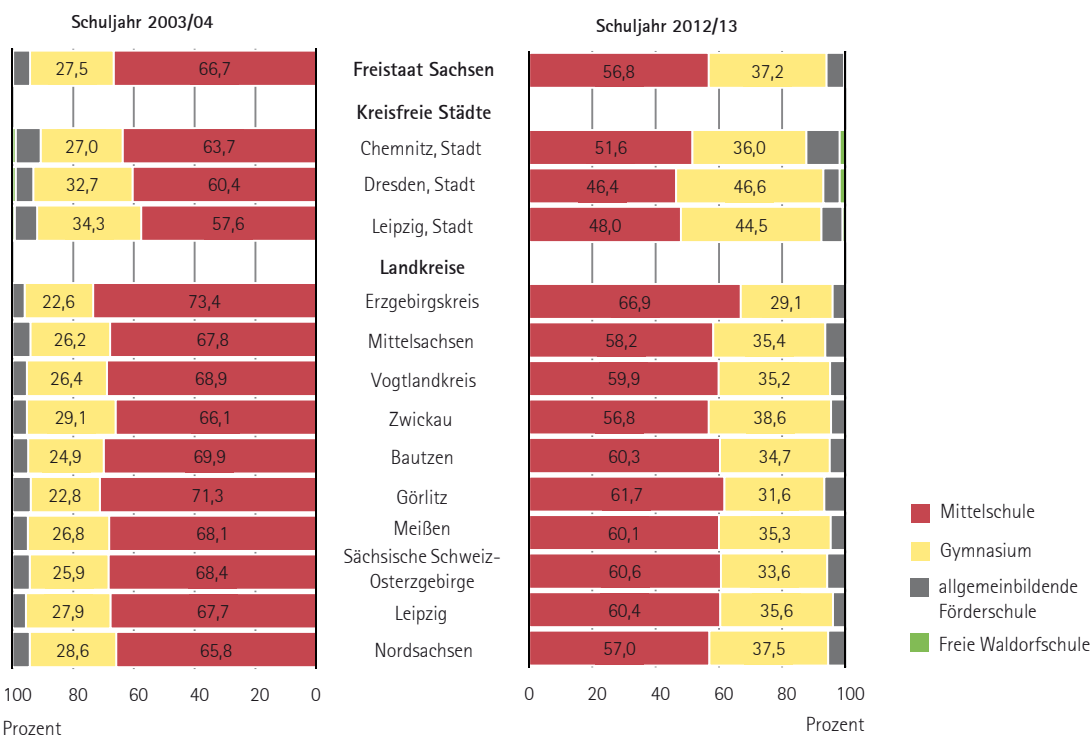
Auf Kreisebene betrachtete schwankten im Schuljahr 2012/13 die Anteile der Gymnasialschüler in der Sekundarstufe I von 46,6 Prozent in der Stadt Dresden bis 29,1 Prozent im Erzgebirgskreis (vgl. Abb. 4).

In Deutschland besuchten mit 35 Prozent die meisten Schüler des Sekundarbereichs I ein Gymnasium. Die Schularten Realschule und Hauptschule folgten mit einem Anteil von 25 Prozent und 14 Prozent. Die integrierte Gesamtschule und die Schulart mit mehreren Bildungsgängen (z. B. die Mittelschule in Sachsen) wurde von 13 Prozent bzw. 10 Prozent der Schüler im Sekundarbereich I besucht.

5,5 Prozent Schüler mit Migrationshintergrund

Für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist der bestmögliche Schulabschluss von zentraler Bedeutung. Im Schuljahr 2012/13 wurden an den allge-

Abb. 4 Schüler im Sekundarbereich I nach Schularten, Kreisfreien Städten und Landkreisen



Tab. 3 Schüler an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2012/13 nach Bildungsbereichen und Schularten

Bildungsbereich/ Schulart	Insgesamt		Ohne Migrationshintergrund		Mit Migrationshintergrund	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarbereich						
Grundschule	124 235	95,1	116 056	95,0	8 179	96,0
Allgemeinbildende Förderschule	5 907	4,5	5 574	4,6	333	3,9
Freie Waldorfschule	535	0,4	523	0,4	12	0,1
Zusammen	130 677	100	122 153	100	8 524	100
Sekundarbereich I						
Mittelschule	94 536	56,8	89 783	56,7	4 753	58,5
Gymnasium	61 989	37,2	59 076	37,3	2 913	35,8
Allgemeinbildende Förderschule	9 239	5,5	8 790	5,6	449	5,5
Freie Waldorfschule	712	0,4	696	0,4	16	0,2
Zusammen	166 476	100	158 345	100	8 131	100
Sekundarbereich II						
Gymnasium	26 829	99,1	25 739	99,1	1 090	99,1
Freie Waldorfschule	247	0,9	237	0,9	10	0,9
Zusammen	27 076	100	25 976	100	1 100	100
Insgesamt	328 031	100	25 976	100	17 898	100

meinbildenden Schulen 17 898 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unterrichtet. Das entsprach einem Anteil von 5,5 Prozent an der Gesamtschülerschaft der allgemeinbildenden Schulen. 62 Prozent von ihnen waren deutsche Staatsbürger. Seit dem Schuljahr der erstmaligen Erfassung 2008/09 hat sich die absolute Zahl der Schüler mit

Migrationshintergrund um fast zwei Drittel (6 852 Schüler) erhöht. Dabei ist der Anteil an allen Schülern um 1,8 Prozentpunkte gestiegen. Im Schuljahr 2012/13 wurden in Vorbereitungsklassen bzw. Vorbereitungsgruppen an sächsischen Grund- und Mittelschulen insgesamt 956 Schüler mit Migrationshintergrund unterrichtet. Die Schüler erlernten die

deutsche Sprache und wurden auf die Integration in den Regelunterricht vorbereitet.

Der Anteil der Schüler mit und ohne Migrationshintergrund in den einzelnen Bildungsbereichen unterschied sich nur gering (vgl. Tab. 3). Ausgehend von der jeweiligen Gesamtzahl der Schüler mit bzw. ohne Migrationshintergrund waren im Sekundarbereich I die Anteile der Migrantenkinder bei der Mittelschule um 1,8 Prozentpunkte höher, beim Gymnasium um 1,5 Prozentpunkte und bei der Förderschule um 0,1 Prozentpunkte geringer. Im Sekundarbereich II gab es keinen Unterschied der Anteile je Schulart.

Fast zwei Drittel mit deutscher Staatsbürgerschaft

62 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund waren deutsche Staatsbürger (11 070). Im Schuljahr 2008/09 hatte lediglich 28 Prozent der Schüler mit Migrationshintergrund (3 058 Schüler) die deutsche Staatsbürgerschaft. 14 Prozent (2 483) der Schüler waren im Schuljahr 2012/13 selbst oder deren Eltern bzw. Großeltern aus Asien zugewandert. 12 Prozent (2 196) der Schüler mit Migrationshintergrund gab eine Staatsangehörigkeit in Europa außerhalb der Europäischen Union an. Die regionale Verteilung der Schüler mit Migrationshintergrund nach Bildungsbereichen ist in der Tabelle 4 ersichtlich. Im Vergleich auf der Kreisebene ist dabei der Landkreis Zwickau auffällig. Er hatte den höchsten Anteil von Migranten im Sekundarbereich II bezogen auf alle Schüler mit Migrationshintergrund des Kreises, den niedrigsten im Sekundarbereich I und den drittniedrigsten im Primarbereich.

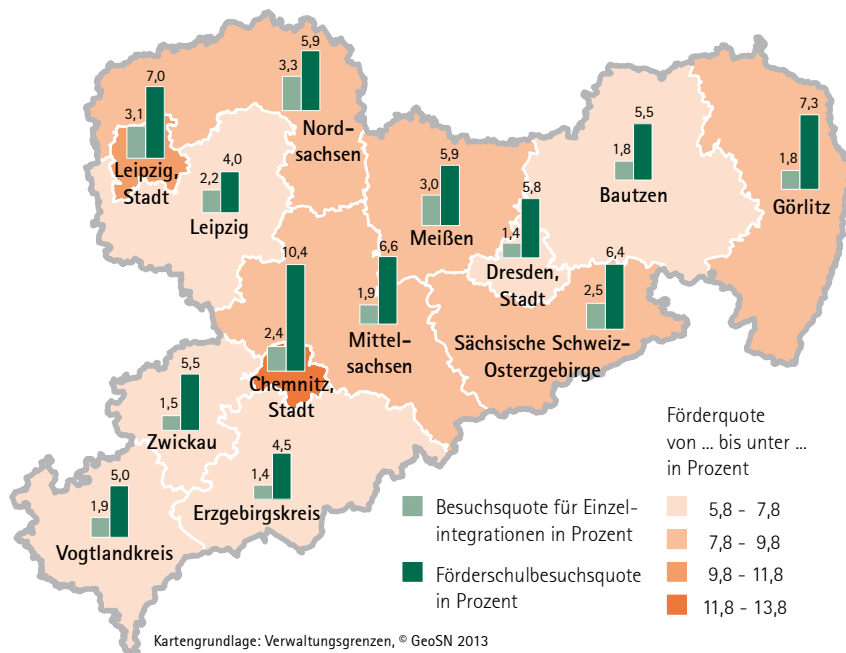
Tab. 4 Schüler mit Migrationshintergrund im Schuljahr 2012/13

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Insgesamt		Darunter					
			Primarbereich		Sekundarbereich I		Sekundarbereich II	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Chemnitz, Stadt	1 431	100	701	49,0	650	45,4	67	4,7
Erzgebirgskreis	529	100	282	53,3	236	44,6	7	1,3
Mittelsachsen	706	100	334	47,3	348	49,3	13	1,8
Vogtlandkreis	831	100	380	45,7	426	51,3	23	2,8
Zwickau	1 193	100	517	43,3	499	41,8	174	14,6
Dresden, Stadt	3 756	100	1 856	49,4	1 581	42,1	299	8,0
Bautzen	763	100	393	51,5	343	45,0	15	2,0
Görlitz	1 054	100	522	49,5	502	47,6	25	2,4
Meißen	664	100	274	41,3	338	50,9	48	7,2
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	667	100	306	45,9	324	48,6	27	4,0
Leipzig, Stadt	5 009	100	2 374	47,4	2 272	45,4	311	6,2
Leipzig	613	100	251	40,9	310	50,6	45	7,3
Nordsachsen	682	100	334	49,0	302	44,3	46	6,7
Sachsen	17 898	100	8 524	47,6	8 131	45,4	1 100	6,1

8 Prozent mehr Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf

Im Schuljahr 2012/13 lernten an den allgemeinbildenden Schulen in Sachsen insgesamt (einschließlich Sekundarbereich II) 25 665 Schüler mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf. Die Mehrzahl dieser Schüler (73,8 Prozent) besuchte eine allgemeinbildende Förderschule. Im Vergleich zum Schuljahr 2003/04 stieg die Zahl der Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf in Sachsen um 7,6 Prozent bzw. 1 807 Schüler. Im Förderschwerpunkt „Lernen“ (46 Prozent) waren 2012/13 mit Abstand die meisten Schüler vertreten. Die Förderschwerpunkte „Geistige Entwicklung“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ folgten danach mit jeweils 16 Prozent vor dem Förderschwerpunkt „Sprache“ mit 12,5 Prozent.

Abb. 5 Förderquote von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2012/13
Gebietsstand: 1. Januar 2013



nahm um 1,7 Prozentpunkte zu und die Förderschulbesuchsquote um 0,1 Prozentpunkte ab. Bei der Gesamt-Förderquote auf Kreisebene sind deutliche Unterschiede zu erkennen. Die höchste Förderquote hatte im Schuljahr 2012/13 die Stadt Chemnitz mit 12,9 Prozent. Die niedrigste Förderquote im Erzgebirgskreis war mit 5,8 Prozent nur halb so hoch (vgl. Abb. 5). Ein bundesweiter Vergleich nach Förderquoten ist für Deutschland und die einzelnen Bundesländer in Tabelle 6 dargestellt. Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Sachsen verzeichnen die höchsten Förderquoten im Bundesgebiet.

Mehr als die Hälfte weniger Absolventen
2012 erreichten insgesamt 20 391 Schüler einen Schulabschluss an allgemeinbildenden Schulen. 2003 war es noch fast das 2,5-Fache (50 387). Die Hälfte (51 Prozent bzw. 11 585) aller Absolventen und Abgänger 2012 beendete die Schule mit einem Realschulabschluss. 28 Prozent bzw. 6 459 erhielten die allgemeine Hochschulreife. Jeweils 10 Prozent schlossen die allgemeinbildende Schule mit einem Hauptschulabschluss (2 347) bzw. gingen ohne Hauptschulabschluss (2 288) von der Schule. Mit 69 Prozent (1 572) stammt die Mehrheit derjenigen ohne Hauptschulabschluss aus allgemeinbildenden Förderschulen, an denen aber das Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung bzw. Lernen (1 275) erworben wurde.

Tab. 5 Schüler¹⁾ mit sonderpädagogischem Förderbedarf in den Schuljahren 2003/04, 2008/09, 2011/12 und 2012/13

Schuljahr	Schüler an allgemeinbildenden Schulen	Darunter Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf			Förderquote in %		
		zusammen	an allgemeinbildenden Förderschulen	an allgemeinbildenden Schulen (Einzelintegration)	insgesamt	Förderschulbesuchsquote	Besuchsquote für Einzelintegration
2003/04	356 959	23 833	22 246	1 587	6,7	6,2	0,4
2008/09	280 857	22 519	18 875	3 644	8,0	6,7	1,3
2011/12	304 053	24 761	18 938	5 823	8,1	6,2	1,9
2012/13	311 494	25 586	18 948	6 638	8,2	6,1	2,1

1) Primarbereich und Sekundarbereich I (einschließlich Schüler der Klassenstufe 10 am Gymnasium)

Im Vergleich zu 2003 verringerten sich die Anteile der Absolventen mit Hauptschulabschluss um 2,2 Prozentpunkte und mit Realschulabschluss um 2,6 Prozentpunkte. Dagegen erhöhte sich der Anteil derer mit allgemeiner Hochschulreife um 4,7 Prozentpunkte. Der Anteil der Abgänger ohne Hauptschulabschluss blieb fast konstant. 2003 war allerdings nur gut die Hälfte von denen ohne Schulabschluss Förderschüler. Der Anteil der Förderschüler bei Abgängern ohne Hauptschulabschluss nahm damit in den letzten neun Jahren um 17 Prozent zu.

Deutliche geschlechtsspezifische und regionale Unterschiede bei Schulabschlüssen

Die geschlechtsspezifische Verteilung der Schulabschlüsse 2012 ist in Abb. 6 dargestellt. Der Anteil der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife stieg im Zehnjahresvergleich sowohl bei den jungen Frauen als auch bei

2) Die Quoten für Sachsen wurden entsprechend der sächsischen Festlegung der Bildungsbereiche gemäß Schulgesetz für den Freistaat Sachsen berechnet und unterscheiden sich von denen des Deutschlandvergleichs in Tabelle 6.

Auf dem Weg zum inklusiven Bildungssystem

Mit Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention [2] in Deutschland ist auch Sachsen zu ihrer Umsetzung verpflichtet. Der Artikel 24 legt den Zugang zur Regelschule als den Normalfall fest. In Sachsen wurden 2012/13 gut ein Viertel der Schüler an allgemeinbildenden Schulen mit sonderpädagogischem Förderbedarf integrativ oder inklusiv unterrichtet. Die inklusive Schule erkennt Verschiedenheit an und sichert die bestmögliche Bildung für jedes Kind. Um diese Zielsetzung zu erreichen, wurde in Sachsen ein erster Aktions- und Maßnahmenplan [3] erarbeitet. 6 717 Integrationsschüler besuchten im Schuljahr 2012/13 eine allgemeinbildende Schule. Von ihnen waren mehr als die Hälfte

der Schüler an einer Grundschule, 35 Prozent lernten an einer Mittelschule und 10 Prozent am Gymnasium. In den letzten 10 Jahren hat sich die Zahl der Einzelintegrationen vervierfacht, während die Anzahl der Schüler an allgemeinbildenden Förderschulen um 15 Prozent zurückgegangen ist. Die Entwicklung der Schülerzahlen spiegelt sich auch in den Förderquoten wider. Die Förderquote ist laut Definitionenkatalog der Kultusministerkonferenz [4] der Anteil der Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf gemessen an allen Schülern im Primar- und Sekundarbereich I. Die Förderquote insgesamt in Sachsen stieg seit 2003/04 um 1,5 Prozentpunkte auf 8,2 Prozent²⁾ (vgl. Tab. 5). Weiterhin lassen sich auch spezifische Förderquoten, die Besuchsquoten, berechnen. Die Besuchsquote für Einzelintegrationen

Tab. 6 Förderquote der Schüler¹⁾ mit sonderpädagogischem Förderbedarf 2012/13
(in Prozent)

Bundesland	Insgesamt	Förderschulbesuchsquote	Besuchsquote für Einzelintegrationen
Baden-Württemberg	6,8	5,0	1,9
Bayern	6,2	4,6	1,5
Berlin	7,5	3,7	3,8
Brandenburg	8,3	4,8	3,5
Bremen	6,1	2,3	3,8
Hamburg	7,7	3,6	4,1
Hessen	5,4	4,3	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	10,4	7,2	3,3
Niedersachsen	4,2	4,2	.
Nordrhein-Westfalen	6,8	5,2	1,6
Rheinland-Pfalz	4,8	3,9	1,0
Saarland	4,5	4,5	.
Sachsen	8,5	6,3	2,2
Sachsen-Anhalt	9,4	7,1	2,3
Schleswig-Holstein	5,9	2,5	3,4
Thüringen	6,9	5,0	2,0
Deutschland	6,4	4,7	1,7

1) Primarbereich und Sekundarbereich I (ohne Schüler der Klassenstufe 10 am Gymnasium), eigene Berechnungen

den jungen Männern. Generell lag der Anteil bei den jungen Frauen über dem der jungen Männer, wobei diese Differenz 2012 mit 6 Prozentpunkten ihren niedrigsten Stand erreichte. Der Anteil der Absolventen mit Realschulabschluss war bei beiden Geschlechtern annähernd gleich. Bei den Schulabgängern ohne bzw. mit Hauptschulabschluss waren die Anteile der Männer in allen betrachteten Jahren um 3 bis 6 Prozentpunkte höher als die Anteile bei den Frauen.

Bei der regionalen Betrachtung sind 2012 deutliche Unterschiede zu erkennen (vgl. Tab. 7). Der Erzgebirgskreis hatte mit 61 Prozent den mit Abstand höchsten Anteil an Realschulabschlüssen. Die meisten Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife verzeichnete die Kreisfreie Stadt Dresden (932) und hatte damit auch den höchsten Anteil von 38 Prozent.

Anteil der Realschulabschlüsse in Sachsen deutlich höher als bundesweit

2012 betrug der Anteil der Absolventen mit Realschulabschluss im gesamten Bundesgebiet an allgemeinbildenden Schulen 40 Prozent. Sachsen lag 11 Prozentpunkte darüber. Während 37 Prozent der Absolventen in Deutschland 2012 die allgemeine Hochschulreife bzw. die Fachhochschulreife erhielten, waren es in Sachsen nur 28 Prozent. 18 Prozent der Absolventen im Bundesgebiet beendeten die Schule mit dem Hauptschulabschluss, in Sachsen waren es 8 Prozentpunkte weniger. Ohne einen Hauptschulabschluss verließen 6 Prozent der Schüler die allgemeinbildende Schule in Deutschland, in Sachsen 10 Prozent.

Rückgang der Zahl der hauptberuflichen Lehrkräfte um fast ein Fünftel

Im Schuljahr 2012/13 unterrichteten an den allgemeinbildenden Schulen in Sachsen 28 076 hauptberufliche voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer. Das waren 19,2 Prozent weniger als 2003/04 (vgl. Abb. 7).

8 371 Lehrerinnen und Lehrer im Schuljahr 2012/13 vermittelten den Grundschulern die allgemeinen Grundkenntnisse. An den Mittelschulen unterrichteten 8 563 Lehrpersonen und an den Gymnasien 7 814. Die sächsischen Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Förderschulen wurden von 3 202 voll- bzw. teilzeitbeschäftigten Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet und betreut. An den Freien Waldorfschulen waren es 126 voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen. 57 Prozent der Lehrpersonen waren in einer Vollzeitbeschäftigung. Von den 12 095 teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen

Abb. 6 Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen 2012 nach Geschlecht und Abschlussarten (in Prozent)

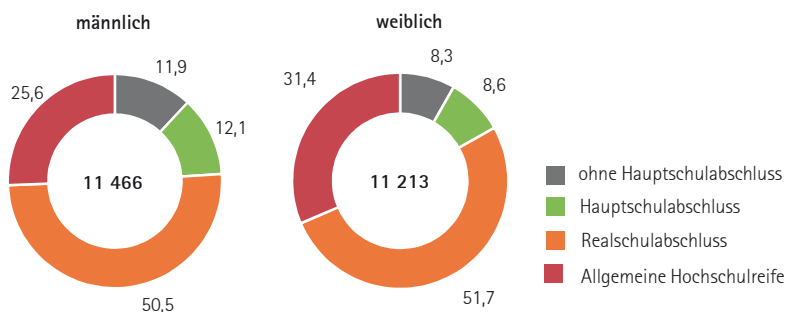
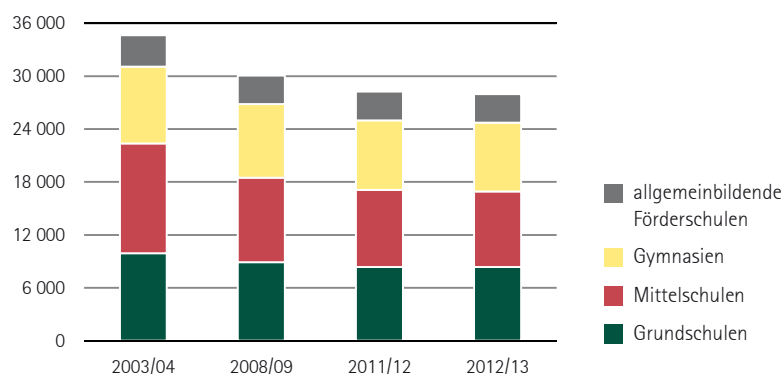


Abb. 7 Voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen nach Schularten



Tab. 7 Absolventen/Abgänger an allgemeinbildenden Schulen 2012
(in Prozent)

Kreisfreie Stadt Landkreis Land	Ohne Hauptschul- abschluss	Hauptschul- abschluss	Realschul- abschluss	Allgemeine Hochschul- reife
Chemnitz, Stadt	13,3	8,9	47,7	30,1
Erzgebirgskreis	7,4	9,3	60,6	22,7
Mittelsachsen	9,1	10,2	53,6	27,1
Vogtlandkreis	6,4	12,1	52,9	28,6
Zwickau	9,8	7,2	52,2	30,8
Dresden, Stadt	8,9	8,1	44,7	38,2
Bautzen	10,1	11,7	51,0	27,2
Görlitz	12,0	10,7	53,1	24,3
Meißen	9,0	11,0	54,1	25,8
Sächsische Schweiz- Osterzgebirge	9,2	10,2	55,2	25,5
Leipzig, Stadt	14,0	11,4	41,7	32,9
Leipzig	8,7	14,1	52,1	25,1
Nordsachsen	13,4	11,8	50,4	24,5
Sachsen	10,1	10,3	51,1	28,5

Tab. 8 Voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrpersonen nach Schularten und erworbenen Abschlüssen

Schulart	Insgesamt	Lehrämter	DDR- Abschlüsse	Lehrkräfte ohne (anerkannte) Lehramtsprüfung bzw. ohne DDR- Lehrerqualifikation
Schuljahr 2012/13				
Grundschule	8 371	1 761	6 436	174
Mittelschule	8 563	1 806	6 478	279
Gymnasium	7 814	2 309	5 334	171
Allgemeinbildende Förderschule	3 202	791	1 952	459
Freie Waldorfschule	126	29	25	72
Insgesamt	28 076	6 696	20 225	1 155
Veränderung der Anteile gegenüber 2003/04 in Prozentpunkten (Schulart = 100)				
Grundschule	x	16,5	-18,0	1,5
Mittelschule	x	11,7	-14,4	2,7
Gymnasium	x	14,4	-16,0	1,6
Allgemeinbildende Förderschule	x	14,3	-22,5	8,1
Freie Waldorfschule	x	-10,3	-10,6	20,9
Insgesamt	x	14,2	-17,1	2,8

waren 88 Prozent Frauen. In einem Modell der Altersteilzeit befanden sich rund 1 300 Lehrpersonen, von denen knapp 83 Prozent die Freistellungsphase bereits erreicht hatten. 72 Prozent der hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrer hatten einen anerkannten DDR-Lehrerabschluss und 4,1 Prozent waren Lehrkräfte ohne anerkannte Lehramtsprüfung bzw. DDR-Lehrerqualifikation. (vgl. Tab. 8)

Das Durchschnittsalter der voll- bzw. teilzeitbeschäftigten Lehrpersonen lag bei 49,6 Jahren, im Schuljahr 2003/04 waren es noch 47,0 Jahre. In der Stadt Dresden waren die jüngsten Lehrer mit durchschnittlich 47,8 Jahren beschäftigt und im Landkreis Görlitz unterrichtete die älteste Lehrerschaft (50,9 Jahre) (vgl. Abb. 8).

Fazit

Bei bildungspolitischen Debatten stehen immer wieder die Qualität der sächsischen Schulen und die Verbesserungen der Leistungen der Schüler im Mittelpunkt. Zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung sind die Daten der amtlichen Statistik von zentraler Bedeutung. Auf der Grundlage der Schulstatistik wurden in diesem Beitrag wesentliche Fakten der allgemeinbildenden Schulen für Sachsen auf Landes- und Kreisebene zusammengestellt und teilweise mit einem bundesweiten Vergleich ergänzt.

In Sachsen lernten im Schuljahr 2012/13 an rund 1 480 allgemeinbildenden Schulen etwa 328 000 Schüler. Sie wurden von gut 28 000 Lehrkräften unterrichtet.

Im Zehnjahresvergleich wird der Einfluss des demografischen Wandels sichtbar. Gegenüber dem Schuljahr 2003/04 verringerte sich die Zahl der Schulen und Schüler um jeweils 15 Prozent, die Zahl der Lehrer und Lehrerinnen nahm in dieser Zeit um 19 Prozent ab. Eine zusammenfassende Übersicht der Eckdaten der allgemeinbildenden Schulen und deren Veränderung im beobachteten Zeitraum enthält die Tabelle 9.

Über die Bildungsergebnisse und den Stand der erreichten Schulabschlüsse geben die Studienberechtigtenquote und die Schulabgangsquote ohne Hauptschulabschluss Auskunft³⁾. Sie liefern aussagekräftige Informationen ohne Einfluss des demografischen Wandels.

Die Studienberechtigtenquote erreichte 2012 mit 43,3 Prozent den bisherigen Höchststand in Sachsen. Sie erhöhte sich seit 2003 um 10,1 Prozentpunkte und liegt aber noch deutlich unter der Deutschlandquote von 58,4 Prozent. Die Schulabgangsquote 2012 ohne Hauptschulabschluss betrug in Sachsen 8,9 Prozent, 2005 waren es noch 9,2 Prozent. Für Deutschland insgesamt 2012 wurde eine Schulabgangsquote ohne Hauptschulabschluss von 5,9 Prozent errechnet und damit 3,0 Prozentpunkte weniger als für Sachsen. Im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring gibt die Kultusministerkonferenz regelmäßig Ländervergleichsstudien der Bundesländer in Auftrag. Insbesondere die letzten Ergebnisse der Schulleistungsvergleiche 2011 und 2012 des Instituts zur Qua-

3) Für die Berechnung beider Quoten wird das Quotensummenverfahren angewendet. Dabei werden jeweils die Anteile der Studienberechtigten bzw. Abgänger an der Bevölkerung des entsprechenden Geburtsjahres am Ende des vorhergehenden Berichtsjahres für jeden einzelnen Jahrgang berechnet und zu einer Quote der Studienberechtigten bzw. der Schulabgänger über alle Jahrgänge addiert. Bei der Berechnung der Studienberechtigtenquote werden nicht nur die Abschlüsse der allgemeinbildenden Schulen sondern auch die allgemeinbildenden Abschlüsse der beruflichen Schulen einbezogen. Der Nachweis der Schulabgangsquote erfolgt auf Grund der Datenlage erst ab 2005.

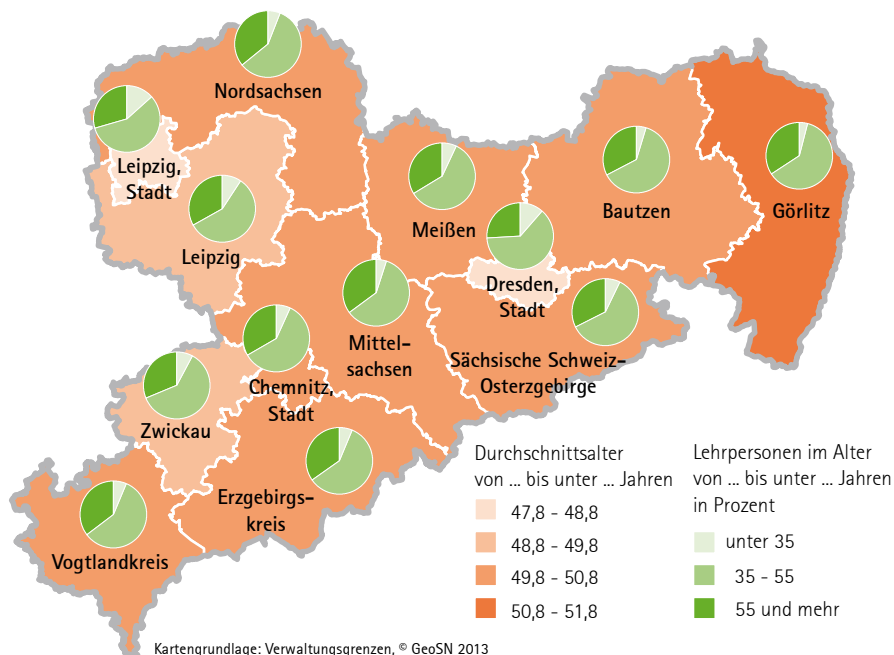
litätsentwicklung im Bildungswesen belegen die hervorragenden Leistungen der sächsischen Schüler und damit auch das Leistungsvermögen des sächsischen allgemeinbildenden Schulwesens. [5]

Felicitas Klemm, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege
Heike Awizus, Fachverantwortliche Analyse Bildung, Kultur, Rechtspflege

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Schulgesetz für den Freistaat Sachsen (SchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juli 2004 (SächsGVBl. S. 298), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142, 144)
- [2] Deutschland ist Vertragspartei des Menschenrechtsübereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (VN-BRK) und des Fakultativprotokolls (unterzeichnet 2007, ratifiziert 2008, in Kraft getreten am 26. März 2009).
- [3] Sachsen: Erster Aktions- und Maßnahmenplan zur Umsetzung von Art. 24 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (März 2012) unter http://www.schule.sachsen.de/download/download_smk/2012_05_30_aktions_und_massnahmeplan_inklusion.pdf
- [4] Definitionenkatalog zur Schulstatistik 2012 des Sekretariats der Kultusministerkonferenz unter http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Defkat_2012.2_m_Anlagen.pdf
- [5] IQB-Ländervergleiche unter <http://www.iqb.hu-berlin.de/laendervergleich>

Abb. 8 Durchschnittsalter der Lehrpersonen im Schuljahr 2012/13
Gebietsstand: 1. Januar 2013



Tab. 9 Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2012/13 und Veränderung gegenüber 2003/04

Schulart	Schulen	Klassen	Schulanfänger	Schüler	Abgänger/Absolventen ¹⁾	Voll- bzw. teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte
Schuljahr 2012/13						
Grundschule	831	6 162	30 580	124 235	x	8 371
Mittelschule	336	4 165	x	94 536	13 566	8 563
Gymnasium	153	3 043	x	88 818	7 139	7 814
Allgemeinbildende Förderschule	158	1 973	1 216	18 948	1 888	3 202
Freie Waldorfschule	5	49	137	1 494	86	126
Insgesamt	1 483	15 392	31 933	328 031	22 679	28 076
Veränderung gegenüber 2003/04 in Prozent						
Grundschule	-3,9	15,5	13,3	27,0	x	-15,6
Mittelschule	-36,4	-38,3	x	-39,2	-64,1	-31,2
Gymnasium	-6,7	-10,8	x	-19,4	-51,5	-10,4
Allgemeinbildende Förderschule	-12,2	-12,2	22,5	-14,8	-44,6	-10,3
Freie Waldorfschule	66,7	36,1	39,8	31,5	38,7	23,5
Insgesamt	-14,6	-13,4	13,7	-15,3	-59,5	-19,2

1) Abgänger/Absolventen des vorhergehenden Schuljahres

Selbstständige Erwerbstätigkeit in Sachsen – Ausgewählte Ergebnisse des Mikrozensus

Vorbemerkung

Zu den tiefgreifenden Veränderungen der Erwerbstätigkeit in Sachsen seit 1990 zählt die Entwicklung im Bereich der selbstständigen Tätigkeiten. Anders als die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird diese Gruppe jedoch nicht in einer eigenständigen amtlichen Statistik gesondert flächendeckend erfasst. Wichtigste Datenquelle für Analysen zur selbstständigen Erwerbstätigkeit ist stattdessen der Mikrozensus. Dessen Ergebnisse bilden damit auch eine wesentliche Datengrundlage für die Berechnungen zu Selbstständigen in der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Im vorliegenden Beitrag soll auf Basis der Mikrozensusergebnisse zunächst ein kurzer Überblick über die Entwicklung der selbstständigen Erwerbstätigkeit in Sachsen seit 1991 gegeben werden. Darüber hinaus wird für das Jahr 2012 die Situation der Selbstständigen näher betrachtet. Das betrifft zum einen ausgewählte Aspekte der soziodemografischen Struktur (Alter, Geschlecht, Qualifikation), zum anderen Merkmale der ausgeübten Tätigkeit. Zum Vergleich werden dabei auch die nicht als Selbstständige Tätigen mit betrachtet.

Bei der Erstellung dieses Beitrages wurden auch thematische Anregungen aus einem Beitrag in „Wirtschaft und Statistik“ [1] aufgenommen. Dies betrifft insbesondere die Auswertungen zur Solo-Selbstständigkeit.

Mikrozensus

Der Mikrozensus ("kleine Volkszählung") ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, an der jährlich ein Prozent aller Haushalte beteiligt sind. Die Erhebung beinhaltet u. a. demografische Grunddaten zur Person, den Familien- und Haushaltszusammenhang sowie

Merkmale zur Beteiligung am Erwerbsleben, zu Bildungsabschlüssen sowie Einkommenshöhe und -quellen. Ergänzt wird dieses jährliche Grundprogramm durch eine Reihe von Zusatzprogrammen, die in der Regel im Abstand von vier Jahren erhoben werden, wie z. B. Fragen zur Wohnsituation oder zu Gesundheitszustand und Rauchverhalten. Mikrozensus-Ergebnisse für Sachsen liegen für die Jahre ab 1991 vor.

In den Mikrozensus integriert ist eine Reihe von Merkmalen, die (auch) für die Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union (AKE – engl. Labour Force Survey/LFS) erhoben werden. Sie dient der Ermittlung wichtiger, international vergleichbarer Ergebnisse über die Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in der EU. Die betreffenden Daten werden quartalsweise an Eurostat übermittelt.

Bis 2004 wurde der Mikrozensus in Deutschland einmal jährlich mit einer einheitlichen Berichtswoche für alle befragten Haushalte durchgeführt. Überwiegend handelte es sich dabei um die letzte feiertagsfreie Woche im April, für ausgewählte Jahre wurde die Erhebung in die Monate März bzw. Mai verlegt.

Ab 2005 erfolgte der bereits langfristig von der EU geforderte Umstieg auf eine unterjährige Erhebung mit gleitender Berichtswoche, das heißt, die Befragung der Haushalte ist gleichmäßig über das gesamte Kalenderjahr verteilt. Die Antworten beziehen sich auf die jeweilige Berichtswoche, die der Woche (Montag bis Sonntag) vor der Befragung entspricht bzw. auf den Mittwoch dieser Woche als Stichtag. Die Ergebnisse ab 2005 bilden einen Jahresdurchschnittswert ab.

Mit der Umstellung auf das unterjährige Erhebungskonzept wird die Datenqualität dahingehend verbessert, dass statt einer Momentaufnahme für eine einzige Berichtswoche nun ein Gesamtbild der Erwerbsbeteiligung eines Jahres erstellt wird. Saisonale Spitzen und flexible Arbeitsverhältnisse, bei

denen bislang eine gewisse Untererfassung bestand, können nun in die Ergebnisse einfließen. Beim Vergleich mit Daten für die Jahre bis 2004 sind diese Unterschiede jedoch zu berücksichtigen.

Um die ermittelten Befragungsergebnisse des Mikrozensus auf die Gesamtbevölkerung hochrechnen zu können, werden ausreichend strukturierte und aktuell fortgeschriebene Bevölkerungsextraktzahlen benötigt. Eine Hochrechnung des Mikrozensus auf Basis der aktuellen Fortschreibung des mit Stichtag 9. Mai 2011 durchgeführten Zensus ist ab dem Mikrozensus 2013 vorgesehen. Die vorliegenden Ergebnisse des Mikrozensus 2012 für Sachsen basieren noch auf den Fortschreibungsergebnissen auf Grundlage der Daten des zentralen Einwohnerregisters der ehemaligen DDR vom 3. Oktober 1990.

Im Interesse der Ergebnissicherheit und um Fehlinterpretationen vorzubeugen, werden Besetzungswerte unter 5 000 (weniger als 50 erfasste Fälle) nicht veröffentlicht. In der Tabelle werden die betreffenden Felder mit einem Schrägstrich „/“ blockiert, in Grafiken werden entsprechende Werte ebenfalls nicht ausgewiesen.

Definitionen zur Erwerbsbeteiligung

Die Konzepte und Definitionen des Mikrozensus zur Erwerbsbeteiligung orientieren sich am ILO-Konzept, d. h. den im Rahmen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) vereinbarten Standards. Zu den Erwerbstätigen zählen danach alle „Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens 1 Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldaten und Soldatinnen sowie mithelfender Familienangehöriger), selbstständig ein Gewerbe oder eine Land-

wirtschaft betreiben oder einen Freien Beruf ausüben“ [2, S. 7].

Nichterwerbstätige Personen werden unterschieden in Erwerbslose und Nichterwerbspersonen, wobei für diese Unterscheidung die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt herangezogen wird. Als erwerbslos gelten „Personen ohne Erwerbstätigkeit, die sich in den letzten vier Wochen aktiv um eine Arbeitsstelle bemüht haben und sofort, d. h. innerhalb von zwei Wochen, für die Aufnahme einer Tätigkeit zur Verfügung stehen. (...) Zu den Erwerbslosen werden auch sofort verfügbare Nichterwerbstätige gezählt, die ihre Arbeitssuche abgeschlossen haben, die Tätigkeit aber erst innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen werden“ [2, S. 7]. Aufgrund dieser Definitionen sind Angaben zu Erwerbslosen auf Basis des ILO-Konzepts nicht mit Arbeitslosendaten der Bundesagentur für Arbeit (BA) vergleichbar. Eine Zuordnung zu den Erwerbslosen setzt nicht unbedingt voraus, bei der BA als arbeitslos registriert zu sein. Umgekehrt können registrierte Arbeitslose eine geringfügige Tätigkeit ausüben, womit sie nach ILO-Definition als Erwerbstätige gelten.

Erwerbstätige und Erwerbslose werden auch unter dem Begriff Erwerbspersonen zusammengefasst und damit von den Nichterwerbspersonen abgegrenzt.

Alle hier dargestellten Ergebnisse beziehen sich auf Personen, die ihren Hauptwohnsitz in Sachsen haben. Für die Aussagen zur ausgeübten Tätigkeit ist es nicht relevant, ob diese evtl. in einem anderen Bundesland oder im Ausland ausgeübt wird.

Selbstständige Erwerbstätigkeit im Mikrozensus

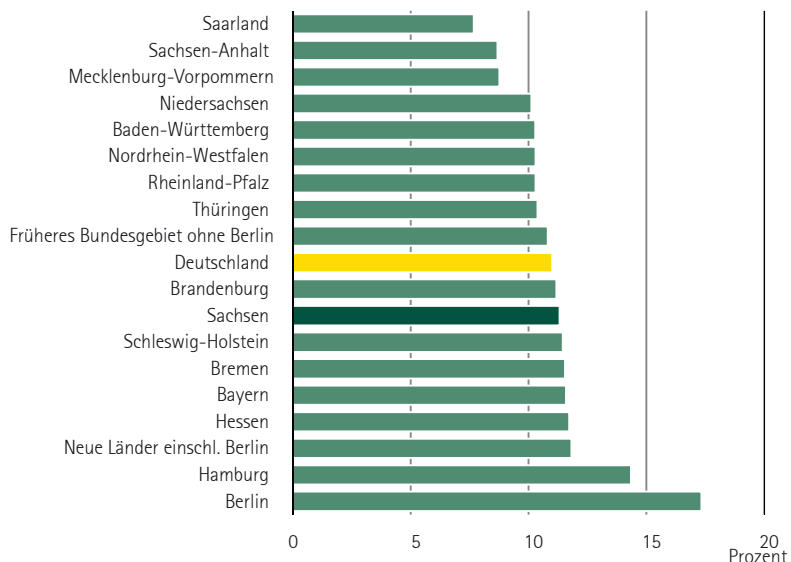
Die Erwerbstätigen werden nach ihrer Stellung im Beruf unterteilt in

- I Selbstständige
- I Unbezahlt mithelfende Familienangehörige
- I Abhängig Beschäftigte.

Als Selbstständige zählen dabei „Personen, die ein Unternehmen, einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art wirtschaftlich und organisatorisch als Eigentümer/-innen oder Pächter/-innen leiten (einschl. selbstständige Handwerker/-innen) sowie alle freiberuflich Tätigen, Hausgewerbetreibenden, Zwischenmeister/-innen.“ [2, S. 7]

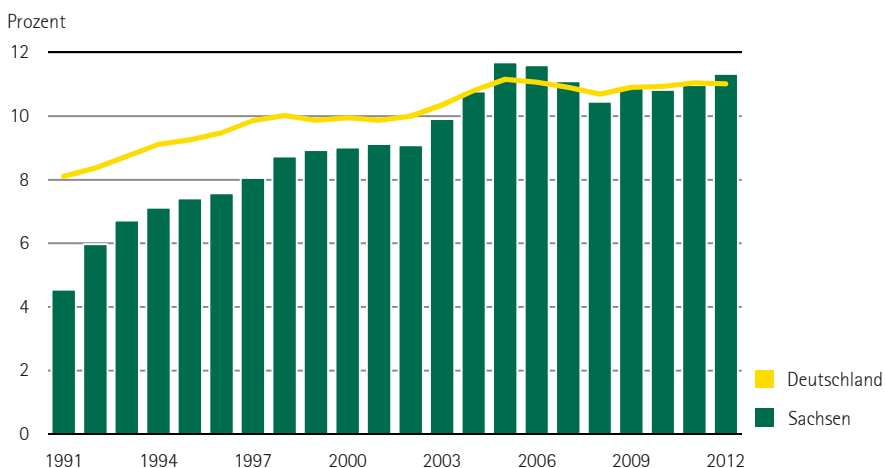
In Auswertungen des Mikrozensus werden häufig die unbezahlt mithelfenden Familienangehörigen mit den Selbstständigen zu-

Abb. 1 Selbstständigenquote 2012 nach Bundesländern



Datenquelle: [2], Tab. 5.6, eigene Berechnung

Abb. 2 Selbstständigenquote in Deutschland und Sachsen 1991 bis 2012



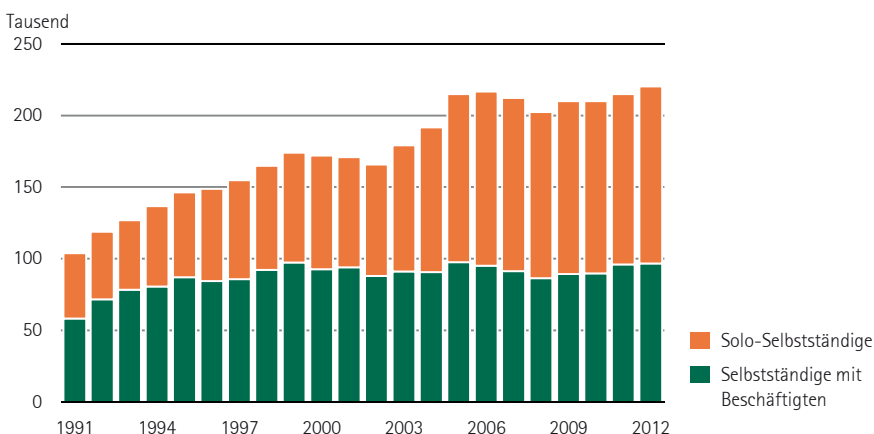
Datenquelle: Deutschland: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

sammengfasst. In den folgenden Darstellungen sind sie jedoch nicht enthalten, diese umfassen ausschließlich die Selbstständigen entsprechend der o. g. Definition. Die mithelfenden Familienangehörigen werden in den

folgenden Auswertungen mit den abhängig Beschäftigten als „sonstige Erwerbstätige“ zusammengefasst.

Innerhalb der Gruppe der Selbstständigen kann zudem unterschieden werden zwischen

Abb. 3 Selbstständige in Sachsen 1991 bis 2012 nach Art der Selbstständigkeit



den Selbstständigen mit Beschäftigten, die mindestens eine weitere Person gegen Lohn bzw. Gehalt abhängig beschäftigen, und den sogenannten Solo-Selbstständigen ohne Beschäftigte.

Alle Berechnungen und Aussagen beziehen sich auf die einzige oder (bei mehreren Erwerbstätigkeiten) wichtigste Tätigkeit.

Jeder neunte Erwerbstätige ist Selbstständiger

Im Jahresdurchschnitt 2012 lebten in Sachsen rund 220 300 Erwerbstätige, die ihre Tätigkeit als Selbstständige ausübten. Das entsprach 11,3 Prozent aller sächsischen Erwerbstätigen. Damit wies Sachsen nicht nur den höchsten Anteil Selbstständiger unter allen neuen Flächenländern auf, sondern lag sogar über dem Bundesdurchschnitt von 11,0 Prozent (vgl. Abb. 1).

Im April 1991 waren unter den sächsischen Erwerbstätigen lediglich 4,6 Prozent Selbstständige (103 800 Personen) gewesen. Sowohl die Zahl der Selbstständigen als auch ihr Anteil an allen Erwerbstätigen haben sich somit in den vergangenen 21 Jahren mehr als verdoppelt (vgl. Abb. 2).

Während dieser Anstieg bis 1993 vor allem aus Selbstständigen mit Beschäftigten resultierte, hat seitdem auch die Solo-Selbstständigkeit zunehmend an Bedeutung gewonnen (vgl. Abb. 3).

Bei der Bewertung dieser Veränderungen im Zeitverlauf ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass hier nicht ausschließlich die Neuaufnahme oder komplette Beendigung einer selbstständigen Erwerbstätigkeit abgebildet wird. In einigen Fällen findet ein Wechsel zwischen beiden Formen der Selbstständigkeit statt, der jeweils als Zunahme bzw. Rückgang sichtbar wird. Auf Grund der sehr geringen Anzahl bleiben diese Fälle jedoch ohne Auswirkungen auf die gesamte Entwicklung.

Insbesondere die Jahre 2003 bis 2005 zeigen jeweils starke Zuwächse der Solo-Selbstständigen (vgl. Abb. 4). Diese Veränderungen sind auch im Zusammenhang mit der zeitweiligen Förderung der sogenannten „Ich-AGs“ zu sehen. Der Begriff „Ich-AG“ steht für ein „Einzelunternehmen, das von einem Arbeitslosen gegründet worden ist, der für diese Existenzgründung einen Existenzgründungszuschuss [...] erhält.“ [3] Als arbeitsmarktpolitisches Instrument sollte dieser über drei Jahre gezahlte monatliche Zuschuss Arbeitslosen den Einstieg in eine selbstständige Tätigkeit erleichtern. Für einen weiteren Kreis von potentiell Selbstständigen kam, allerdings unter strengeren Voraussetzungen (z.B. die Vorlage eines Geschäftsplans), die Zahlung

Abb. 4 Veränderung der Zahl selbstständig Erwerbstätiger gegenüber dem Vorjahr 1992 bis 2012 nach Art der Selbstständigkeit

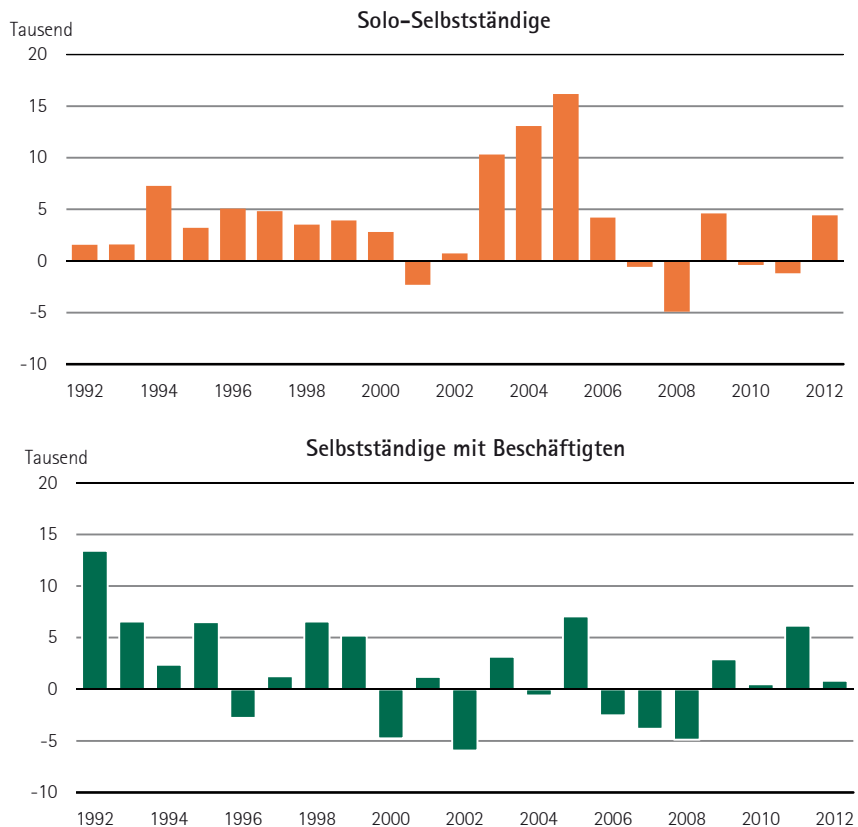
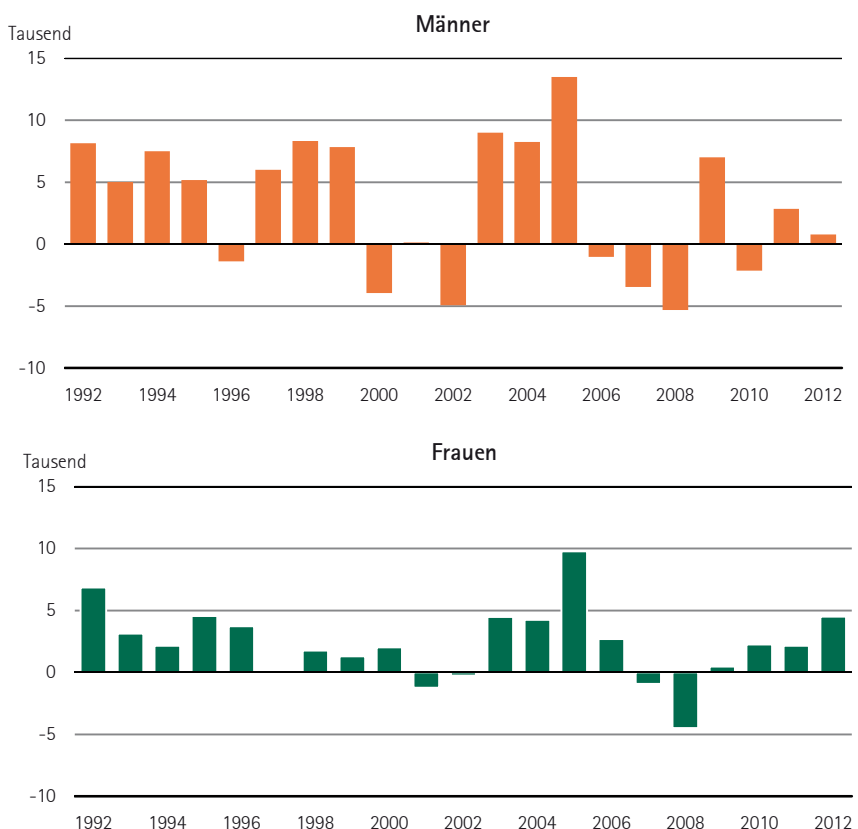


Abb. 5 Veränderung der Zahl selbstständig Erwerbstätiger gegenüber dem Vorjahr 1992 bis 2012 nach Geschlecht



eines Überbrückungsgeldes infrage. Beide Förderinstrumente wurden im Januar 2003 eingeführt. Im August 2006 wurden sie durch den Gründungszuschuss ersetzt, für den allerdings kein Rechtsanspruch mehr besteht. [1, S. 485], [3]

Im Ergebnis dieser Entwicklung übten 56,1 Prozent der Selbstständigen im Jahr 2012 ihre Tätigkeit ohne weitere abhängig Beschäftigte aus. Die Struktur der Selbstständigkeit hatte sich damit gegenüber 1991 komplett gedreht: damals lag der Anteil der Solo-Selbstständigen bei 43,9 Prozent, während 56,1 Prozent auch Arbeitgeber für weitere Beschäftigte waren.

Frauen sind seltener Arbeitgeber als Männer

Ein Drittel (34,0 Prozent) der selbstständig Erwerbstätigen in Sachsen 2012 waren Frauen. 1991 lag der Frauenanteil bei 24,7 Prozent. Dabei übten weibliche Selbstständige ihre Tätigkeit 2012 häufiger ohne Beschäftigte aus: 60,4 Prozent der Frauen, jedoch nur 53,9 Prozent der Männer zählten zu den Solo-Selbstständigen.

Die Entwicklung der Selbstständigkeit seit 1991 nahm bei Frauen und Männern einen ähnlichen Verlauf (vgl. Abb. 5), allerdings gab es bei Frauen seltener als bei Männern einen Rückgang der Zahl selbstständig Erwerbstätiger. Zudem zeigen sich Wechsel zwischen Anstieg und Rückgang der Selbstständigkeit, die bei den Männern eintreten (z. B. 1996, 2000 und 2006) bei Frauen teilweise erst im darauffolgenden Jahr. (1997 ging die Zahl weiblicher Erwerbstätiger nicht zurück, wies allerdings nur einen minimalen Zuwachs auf.) Auf Grund der eingeschränkten Datenlage können leider keine weitergehenden Zusammenhänge hierzu abgeleitet werden.

Tab. 1 Selbstständigenquote 2012 nach Altersgruppen und Geschlecht (in Prozent)

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins-gesamt	Männer	Frauen
15 - 30	3,6	3,4	3,8
30 - 35	10,8	12,4	8,8
35 - 40	13,6	16,5	10,6
40 - 45	13,6	17,2	9,2
45 - 50	13,4	16,4	10,3
50 - 55	12,5	15,9	8,8
55 - 60	11,0	15,2	6,5
60 - 65	14,4	18,8	9,1
65 und mehr	39,1	43,0	/

Selbstständigenquote steigt nach dem 60. Lebensjahr

Während von den unter 30-Jährigen nur 3,6 Prozent der Erwerbstätigen 2012 selbstständig waren, stieg die Quote mit zunehmendem Alter auf Werte von 13,4 bzw. 13,6 Prozent bei den 35- bis unter 50-Jährigen (vgl. Tab. 1). Danach zeigte sich zunächst ein Rückgang bis zur Altersgruppe der 55- bis unter 60-Jährigen (11,0 Prozent).

Bei 60-jährigen und älteren Erwerbstätigen waren jedoch wiederum höhere Selbstständigquoten zu verzeichnen. Allgemein ist in dieser Altersgruppe die Erwerbsbeteiligung bereits rückläufig (vgl. dazu auch [4], S. 20f.). Der steigende Anteil Selbstständiger zeigt jedoch, dass andere Beschäftigungsformen dabei stärker zurückgehen als selbstständige Tätigkeiten: von allen Nichterwerbstätigen dieser Altersgruppe, die auch nicht nach Arbeit suchten, waren 95,9 Prozent zuvor abhängig beschäftigt gewesen oder als unbezahlt mithelfende Familienangehörige tätig. Die höchsten Selbstständigquoten wiesen die 65-jährigen und älteren Erwerbstätigen auf. Von allen Erwerbstätigen in diesem Alter

Tab. 2 Selbstständigenquoten nach Geschlecht, ledigen Kindern in der Familie und ausgewählter Altersgruppe (in Prozent)

Geschlecht mit/ohne Kind(ern)	Insgesamt	Darunter im Alter von 30 bis unter 50 Jahren
Männer	14,0	15,7
mit Kind(ern)	17,3	17,5
ohne Kind	12,9	14,4
Frauen	8,3	9,8
mit Kind(ern)	10,2	10,7
ohne Kind	7,4	8,6
Insgesamt	11,3	12,9
mit Kind(ern)	13,7	14,0
ohne Kind	10,5	12,0

übten 39,1 Prozent eine selbstständige Beschäftigung aus.

Der altersspezifische Vergleich der Selbstständigquoten zeigte bei Männern und Frauen eine weitgehende Übereinstimmung. Während der Anteil Selbstständiger jedoch bei Männern im Alter von 40 bis unter 45 Jahren einen vorläufigen Höchstwert (17,2 Prozent) aufwies, lag er bei gleichaltrigen Frauen mit 9,2 Prozent deutlich unter den Quoten der 35- bis unter 40-Jährigen (10,6 Prozent) wie auch der nächsthöheren Altersgruppe der 45- bis unter 50-Jährigen (10,3 Prozent).

Erwerbstätige mit Kindern sind häufiger selbstständig

Die Auswertungen in diesem Abschnitt beziehen sich auf die Bevölkerung in Lebensformen. Dazu zählen alle Mitglieder von Lebensformen, deren Bezugsperson am Ort der Hauptwohnung lebt. Lebensformen im Sinne des Mikrozensus sind Paare mit und ohne

Tab. 3 Selbstständige und sonstige Erwerbstätige nach höchstem beruflichem Bildungsabschluss (in Prozent)

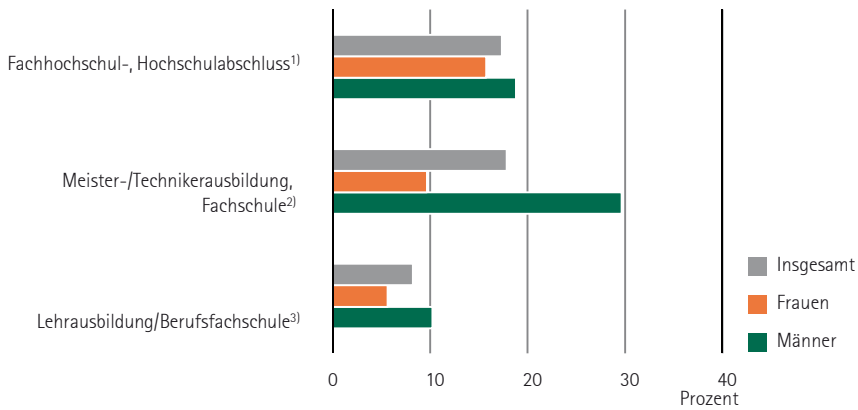
Abschluss	Selbstständige					Sonstige Erwerbstätige		
	zusammen	Männer	Frauen	Solo-Selbstständige	Selbstständige mit Besch.	zusammen	Männer	Frauen
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter								
Lehrausbildung, Berufsfachschule ¹⁾	43,2	45,9	37,9	50,2	34,3	61,6	65,6	57,2
Meister-/Technikerausbildung, Fachschule ²⁾	25,1	25,8	23,7	18,3	33,7	14,8	10,0	20,0
Hochschulabschluss	27,0	23,2	34,5	26,2	28,1	16,5	16,3	16,6
Fachhochschule ³⁾	6,5	6,7	/	6,2	6,9	6,0	5,9	6,2
Hochschule, Promotion	20,5	16,5	28,4	20,0	21,2	10,5	10,4	10,5

1) einschließlich Kollegscheule, 1-jährige Schule des Gesundheitswesens, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung

2) einschließlich 2- oder 3-jährige Schule des Gesundheitswesens, Fach- oder Berufsakademie

3) einschließlich Ingenieurschulabschluss

Abb. 6 Selbständigenquote 2012 nach ausgewählten höchsten beruflichen Bildungsabschlüssen und Geschlecht



1) einschließlich Ingenieurschulabschluss, Verwaltungsfachhochschule, Promotion
 2) einschließlich 2- oder 3-jährige Schule des Gesundheitswesens, Fach- oder Berufsakademie
 3) einschließlich Kollegschule, 1-jährige Schule des Gesundheitswesens, Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung

ledige Kinder, alleinerziehende Elternteile sowie alleinstehende Personen, die nicht mit Partner/-in und/oder ledigen Kindern zusammenleben. Als ledige Kinder berücksichtigt werden dabei alle unverheirateten leiblichen, Stief-, Pflege- und Adoptivkinder, die mit den Eltern oder einem Elternteil zusammenleben. Unabhängig von der biologischen bzw. juristischen Elternschaft werden im Folgenden alle Frauen und Männer, die Bezugsperson oder deren Partner in einer Familie mit Kindern sind, als Mütter bzw. Väter bezeichnet. Der im vorigen Abschnitt dargestellte kurzzeitige Rückgang der Selbständigkeit bei 40- bis unter 45-jährigen Frauen legt zunächst die Vermutung nahe, dass die Betreuung von Kindern in der Familie die Möglichkeit einer selbstständigen Tätigkeit einschränkt. Diese These bestätigt sich jedoch nicht: die Selbständigenquote der Mütter mit minderjährigen Kindern lag mit 10,2 Prozent sogar deutlich über dem Durchschnittswert aller erwerbstätigen Frauen dieser Altersgruppe. Ähnliche Ergebnisse zeigt auch ein umfassenderer Vergleich (vgl. Tab. 2). Sowohl in der etwas weiter gefassten (und damit innerhalb der 1-Prozent-Stichprobe des Mikrozensus repräsentativeren) Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen als auch unabhängig vom Alter sind Mütter und Väter mit minderjährigen Kindern häufiger selbstständig erwerbstätig als die jeweils vergleichbaren Erwerbstätigen ohne Kinder.

Jede dritte selbstständige Frau verfügt über Fachhochschul- oder Hochschulabschluss

Mehr als jeder vierte (27,0 Prozent) selbstständig Erwerbstätige verfügte 2012 über ein abgeschlossenes Fachhochschul- oder Hochschulstudium (vgl. Tab. 3). Der Anteil der

Akademiker lag damit deutlich höher als bei den sonstigen Beschäftigten (16,5 Prozent). Unter den weiblichen Selbstständigen verfügte sogar mehr als ein Drittel (34,5 Prozent) über einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss, bei den Männern waren es 23,3 Prozent. Bei den sonstigen Beschäftigten war hingegen kein solcher geschlechtsspezifischer Unterschied festzustellen. Bei der Differenzierung zwischen Selbstständigen mit

bzw. ohne weitere Beschäftigte gab es ebenfalls nur geringe Unterschiede im Akademikeranteil, jedoch verfügten Selbstständige mit Beschäftigten wesentlich häufiger über einen Meister- bzw. Fachschulabschluss.

In zahlreichen Branchen war oder ist der Meisterbrief bzw. ein vergleichbarer Abschluss zwingende Voraussetzung für das Führen eines selbstständigen Betriebes. Männliche Erwerbstätige mit dieser Qualifikationsstufe (ein gesonderter Nachweis der Meisterqualifikation ist auf Grund fehlender Differenzierung bei der Erhebung dieses Merkmals leider nicht möglich) wiesen die höchste Selbständigenquote (29,6 Prozent) auf (vgl. Abb. 6).

Solo-Selbstständigkeit in Dienstleistungsbereichen besonders stark verbreitet

Mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft (hierzu liegen auf Grund der geringen Fallzahl in Sachsen keine belastbaren Daten vor) waren die Selbstständigen 2012 annähernd gleichmäßig stark über die Wirtschaftsbereiche¹ verteilt (vgl. Tab 4). Unter Einbeziehung der jeweiligen Erwerbstätigenzahlen erga-

1) Für die Gliederung nach Wirtschaftszweigen wird ab 2009 die „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008)“, Tiefengliederung für den Mikrozensus verwendet, die auf der international geltenden Systematik (NACE) gründet.

Tab. 4 Selbstständig Erwerbstätige und Selbständigenquote nach Wirtschaftszweigen (in Prozent)

Wirtschaftszweig	Anteil an allen Selbstständigen			Selbst- ständigen- quote
	zusammen	Solo-Selbst- ständige	Selbstständige mit Besch.	
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	/	/	/	/
Produzierendes Gewerbe	24,2	23,1	25,5	9,1
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	7,6	6,1	9,5	4,2
Baugewerbe	16,6	17,0	16,0	20,0
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	23,7	17,0	32,3	12,2
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15,2	11,8	19,6	13,6
Verkehr und Lagerei	2,9	/	/	6,1
Gastgewerbe	5,6	/	8,9	15,6
Unternehmensdienstleister	25,9	31,6	18,8	18,0
Information und Kommunikation	3,6	5,0	/	15,1
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	3,6	/	/	18,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	/	/	/	/
Erbringung von freiberuflichen wissen- schaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	17,4	20,8	13,0	18,8
Öffentliche und private Dienstleister	24,3	27,2	20,5	9,2
Öffentliche Verwaltung, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen	13,0	12,6	13,4	5,8
Kunst, Unterhaltung und sonstige Dienstleister	11,3	14,6	7,1	28,1
Insgesamt	100	100	100	11,3

ben sich daraus jedoch unterschiedlich hohe Selbstständigenquoten.

Im Wirtschaftsbereich Unternehmensdienstleister waren 18,0 Prozent selbstständig. Der Wirtschaftsbereich Produzierendes Gewerbe (einschl. Baugewerbe) wies mit 9,1 Prozent die geringste Selbstständigenquote auf. Hier zeigte sich jedoch eine starke Differenzierung zwischen den Unterbereichen. Im Produzierenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) waren nur 4,2 Prozent der Erwerbstätigen selbstständig, im Baugewerbe hingegen jeder Fünfte (20,0 Prozent). Bei Kunst, Unterhaltung und sonstigen Dienstleistern, einem Unterbereich der Öffentlichen und Privaten Dienstleister, betrug die Selbstständigenquote sogar 28,1 Prozent.

Auch zwischen Selbstständigen ohne bzw. mit Beschäftigten zeigten sich Unterschiede. Solo-Selbstständige waren überdurchschnittlich häufig im Bereich Unternehmensdienstleister (31,6 Prozent) sowie der Öffentlichen und privaten Dienstleister (27,2 Prozent) tätig, Selbstständige mit Beschäftigten im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe.

Jeder zweite Selbstständige arbeitet mehr als 40 Stunden in der Woche

Die durchschnittliche normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit der Selbstständigen lag 2012 bei 44,0 Stunden (vgl. Tab. 5) und damit um 8,1 Stunden höher als die der sonstigen Erwerbstätigen (35,9 Stunden). Die Hälfte (50,6 Prozent) von ihnen gab dabei an, mehr als 40 Stunden wöchentlich zu arbeiten.

Besonders hoch waren die Arbeitszeiten der Selbstständigen mit Beschäftigten: hier waren sogar fast zwei Drittel länger als 40 Stunden tätig, die durchschnittliche Arbeitszeit betrug 49,3 Wochenstunden. Eine Arbeitszeit unter 40 Stunden war in dieser Gruppe der Selbstständigen die Ausnahme (6,7 Prozent). Kürzere Arbeitszeiten gab es bei Solo-Selbstständigen. Jeder Vierte (24,8 Prozent) arbeitete sogar weniger als 40 Stunden, wobei 15,3 Prozent nur maximal 20 Arbeitsstunden angaben. Mit 39,9 Wochenstunden lag die durchschnittliche Arbeitszeit der Solo-Selbstständigen dennoch über der von sonstigen Erwerbstätigen. In dieser Gruppe kam nicht einmal jeder Zehnte (9,4 Prozent) auf eine Wochenarbeitszeit von mehr als 40 Stunden.

In allen hier betrachteten Gruppen arbeiteten Männer durchschnittlich länger als Frauen. Am größten war dieser geschlechtsspezifische Unterschied bei Solo-Selbstständigen mit 6,7 Stunden. Dort, wo die Arbeitszeiten ohnehin am längsten sind, waren die Unterschiede wesentlich geringer: weibliche Selbstständige mit Beschäftigten arbeiteten nur 3,6 Stunden kürzer als vergleichbare männliche Erwerbstätige.

Tab. 5 Normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit von Selbstständigen und sonstigen Erwerbstätigen

Wochenarbeitszeit	Selbstständige			Sonstige Erwerbstätige
	zusammen	Solo-Selbstständige	Selbstständige mit Besch.	
Insgesamt				
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit (Std.)	44,0	39,9	49,3	35,9
Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden (%)				
bis 20	9,6	15,3	/	12,0
21 - 39	7,2	9,5	/	24,7
40	32,6	36,5	27,6	53,9
41 und mehr	50,6	38,7	65,8	9,4
Männer				
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit (Std.)	46,1	42,3	50,4	38,4
Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden (%)				
bis 20	6,6	10,7	/	7,5
21 - 39	4,0	/	/	15,0
40	32,7	38,0	26,4	64,0
41 und mehr	56,7	46,1	69,1	13,5
Frauen				
Durchschnittliche Wochenarbeitszeit (Std.)	40,1	35,6	46,9	33,2
Wochenarbeitszeit von ... bis ... Stunden (%)				
bis 20	15,4	23,3	/	16,9
21 - 39	13,5	16,9	/	35,1
40	32,4	33,9	30,1	42,9
41 und mehr	38,7	25,9	58,1	5,1

Die ausgewerteten Wochenarbeitszeiten beziehen sich immer auf die einzige oder Haupttätigkeit. Insgesamt gaben 2,4 Prozent

aller Erwerbstätigen an, mindestens eine weitere Tätigkeit auszuüben. Bei (bezogen auf die Haupttätigkeit) Selbstständigen war dieser

Tab. 6 Selbstständige und sonstige Erwerbstätige nach Arbeit am Wochenende, in den Abend- und Nachtstunden¹⁾ (in Prozent)

Merkmal	Selbstständige			Sonstige Erwerbstätige
	zusammen	Solo-Selbstständige	Selbstständige mit Besch.	
Insgesamt	100	100	100	100
Wochenende				
ständig	19,6	12,4	28,8	3,6
regelmäßig	19,1	16,5	22,6	22,9
unregelmäßig	36,0	39,1	32,0	20,9
nie	25,3	32,1	16,6	52,6
Abend (zwischen 18 und 23 Uhr)				
ständig	13,2	8,8	18,7	2,6
regelmäßig	18,7	16,3	21,9	24,3
unregelmäßig	35,9	38,4	32,8	16,5
nie	32,2	36,5	26,6	56,6
Nacht (zwischen 23 und 6 Uhr)				
ständig	/	/	/	1,4
regelmäßig	2,5	/	/	10,8
unregelmäßig	9,4	7,0	12,4	5,3
nie	86,3	90,1	81,4	82,4

1) in den letzten drei Monaten vor der Befragung

Anteil mit 2,8 Prozent etwas höher (unerheblich ist dabei, ob es sich bei dieser weiteren Tätigkeit wiederum um eine selbstständige Tätigkeit oder um eine abhängige Beschäftigung handelt). Auf Grund der insgesamt geringen Fallzahlen sind hierzu jedoch keine vertiefenden Auswertungen möglich.

Selbstständige arbeiten häufiger am Wochenende²⁾

Nur jeder vierte Selbstständige (25,3 Prozent) hatte in den letzten drei Monaten vor der Befragung durchgängig ein arbeitsfreies Wochenende (vgl. Tab. 6). Bei den sonstigen Erwerbstätigen war dieser Anteil mit 52,6 Prozent mehr als doppelt so hoch.

Jeweils fast ein Fünftel der Selbstständigen arbeitete ständig (19,6 Prozent) bzw. regelmäßig (19,1 Prozent) am Sonnabend und/oder Sonntag. Bei den sonstigen Beschäftigten war insbesondere die ständige Wochenendarbeit eher die Ausnahme (3,6 Prozent).

Besonders verbreitet war die Wochenendarbeit bei Selbstständigen mit Beschäftigten, bei denen nur für 16,6 Prozent der Sonnabend und Sonntag immer arbeitsfrei war. Bei den Solo-Selbstständigen war dies mit 32,1 Prozent fast doppelt so häufig der Fall. Auch die Abendstunden sind nur für ein Drittel (32,2 Prozent) der Selbstständigen immer arbeitsfrei, bei den sonstigen Erwerbstätigen galt das für 56,6 Prozent. Lediglich von Nacharbeit waren Letztere mit 17,6 Prozent etwas häufiger betroffen als die Selbstständigen (13,7 Prozent).

Nur jeder zehnte Selbstständige arbeitet überwiegend zu Hause

Auch Selbstständige arbeiten überwiegend außerhalb der heimischen vier Wände. Nur jeder Zehnte (9,8 Prozent) hatte in den letzten drei Monaten an der Mehrzahl der Arbeitstage zu Hause gearbeitet, für weitere 22,4 Prozent galt dies für weniger als die Hälfte ihrer Arbeitstage (vgl. Tab. 7). Zwei Drittel (67,8 Prozent) hatten dagegen nicht zu Hause gearbeitet.

Bei Solo-Selbstständigen war dieser Anteil mit 62,2 Prozent nur leicht niedriger, während von den Selbstständigen mit Beschäftigten 75,0 Prozent nicht zu Hause arbeiteten. Selbstständige Frauen hatten etwas häufiger überwiegend zu Hause gearbeitet (11,6 Prozent) als Männer (8,8 Prozent). Dennoch ist das Arbeiten zu Hause bei Selbstständigen deutlich weiter verbreitet als bei den sonstigen Erwerbstätigen, von denen nur 0,8 Prozent überwiegend und weitere 3,9 Prozent zeitweise zu Hause ihrer Tätigkeit nachgingen.

Tab. 7 Selbstständige und sonstige Erwerbstätige nach der Häufigkeit des Arbeitens zu Hause¹⁾ (in Prozent)

Arbeiten zu Hause	Selbstständige			Sonstige Erwerbstätige
	zusammen	Solo-Selbstständige	Selbstständige mit Besch.	
Insgesamt				
Ja	32,2	37,8	25,0	4,8
Mehrzahl der Arbeitstage ²⁾	9,8	14,3	4,1	0,8
weniger als die Hälfte der Arbeitstage	22,4	23,5	20,9	3,9
Nein	67,8	62,2	75,0	95,2
Insgesamt	100	100	100	100
Männer				
Ja	32,0	37,5	25,5	4,5
Mehrzahl der Arbeitstage ²⁾	8,8	12,9	4,1	0,7
weniger als die Hälfte der Arbeitstage	23,1	24,6	21,4	3,8
Nein	68,0	62,5	74,5	95,5
Insgesamt	100	100	100	100
Frauen				
Ja	32,5	38,2	23,9	5,0
Mehrzahl der Arbeitstage ²⁾	11,6	16,7	3,9	1,0
weniger als die Hälfte der Arbeitstage	20,9	21,5	19,9	4,1
Nein	67,5	61,8	76,1	95,0
Insgesamt	100	100	100	100

1) in den letzten drei Monaten vor der Befragung

2) die Hälfte der Arbeitstage und mehr

Zusammenfassung

Der Mikrozensus ermöglicht trotz stichprobenbedingter Einschränkungen einen guten Überblick über die Rolle der Selbstständigen im Erwerbsleben und über ihre berufliche Situation. Jeder neunte Erwerbstätige in Sachsen arbeitet als „sein (oder ihr) eigener Chef“. Nach dem 60. Lebensjahr ist der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen deutlich höher.

Zugenommen hat zuletzt vor allem der Bereich der Solo-Selbstständigkeit. Hierzu hat offenbar auch eine zwischenzeitliche umfassende staatliche Förderung des Einstiegs in die Selbstständigkeit beigetragen.

Selbstständige sind höher qualifiziert als andere Erwerbstätige. Sie arbeiten länger, auch häufiger in den Abendstunden oder am Wochenende.

Auswertungen zum (Netto-)Einkommen der Selbstständigen (vgl. [1]) wurden nicht vorgenommen. Auf Grund des Frageprogramms im Mikrozensus kann das Erwerbseinkommen nicht gesondert dargestellt werden. Die erfasste Gesamthöhe des Nettoeinkommens steht somit – neben möglichen Zusammenhängen mit Art und Umfang der ausgeübten Tätigkeit – auch in Zusammenhang mit der Lebenssituation (Ehe, Kinder) und ggf. weiteren Einkommensquellen

(Transferleistungen). Eine entsprechende Untergliederung ist mit den vorhandenen Fallzahlen in der Erhebung nicht sinnvoll.

Anke Puschmann, Dipl.-Ing., Referentin Analyse Bevölkerung, Haushalte

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Mai, Chr.-M.; Marder-Puch, K.: Selbstständigkeit in Deutschland. In: Wirtschaft und Statistik 07/2013, S. 482 – 496.
- [2] Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland 2012, Fachserie 1 Reihe 4.1.1, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013.
- [3] <http://de.wikipedia.org/wiki/Ich-AG> [aufgerufen am 26.09.2013]
- [4] Puschmann, A.: Erwerbsbeteiligung von Frauen in Sachsen. In: Statistik in Sachsen 4/2011, S. 19 – 23.

2) Das ständige, regelmäßige oder gelegentliche Arbeiten wurde für Sonnabend bzw. Sonntag jeweils gesondert erhoben. In der hier vorgenommenen Zusammenfassung als Wochenendarbeit gilt diese als „ständig“, wenn ständig an mindestens einem der beiden Tage gearbeitet wurde. War dies nicht der Fall, gilt die Wochenendarbeit als „regelmäßig“, falls an Sonnabend und/oder Sonntag „regelmäßig“ gearbeitet wurde, analog wurde dann für „gelegentlich“ verfahren.

Zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen in der Zeit von 2000 bis 2012

Teil 1 – Kreditgeschäft

Vorbemerkungen

Zur Werterhaltung und Vermehrung des finanziellen Vermögens ist es sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen und öffentliche Haushalte (zusammengefasst als Nichtbanken) sinnvoll, bei Monetären Finanzinstituten (im Folgenden kurz: MFI) – also bei Kreditbanken, Kreditgenossenschaften, Sparkassen und sonstigen Banken wie Landesbanken oder Bausparkassen – bestimmte Einlagen zu tätigen. Diese lassen sich im Allgemeinen nach ihrer Art und Befristung sowie ihren Gläubigergruppen differenzieren. Auf der anderen Seite kann speziell im privaten Umfeld aber durchaus auch einmal die Aufnahme eines Kredites notwendig werden, um die eigene Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten zu können oder zusätzliche Liquidität für größere Investitionsprojekte zu schaffen. Im Wirtschaftsleben ist diese Form der Finanzmittelbeschaffung ohnehin gang und gäbe. Die Kredite lassen sich prinzipiell nach ihren Schuldnergruppen und Befristungen (vgl. Abb. 1) sowie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen unterscheiden.

Wenngleich das Kredit- und Einlagengeschäft zwischen Banken und Nichtbanken thematisch eng miteinander verbunden ist, so empfiehlt sich hier eine getrennte Darstellung. Diese erlaubt letztlich auch eine deutlich detailliertere Analyse der nach den verschiedenen Merkmalen differenzierten Daten zum Geld- und Kreditwesen in Sachsen. Aus diesem Grund konzentrieren sich die Ausführungen in diesem Beitrag zunächst vordergründig auf Entwicklungs- und Strukturbetrachtungen der von den (inländischen) MFI an Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ausgereichten Kredite. In einem Folgebeitrag wird der Fokus der Analysen schließlich auf das Einlagengeschäft der Nichtbanken in Sachsen gerichtet sein.

Die Datengrundlage bilden die durch die Deutsche Bundesbank bearbeitete monatliche

Bilanzstatistik sowie die vierteljährliche Kreditnehmerstatistik. Die dort enthaltenen Angaben werden pro Quartal auch für die einzelnen Bundesländer aufbereitet und veröffentlicht. Für den Freistaat Sachsen ist dafür die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbank mit Sitz in Leipzig zuständig. Die Angaben repräsentieren den Bestand an Krediten zum jeweiligen Jahresende.

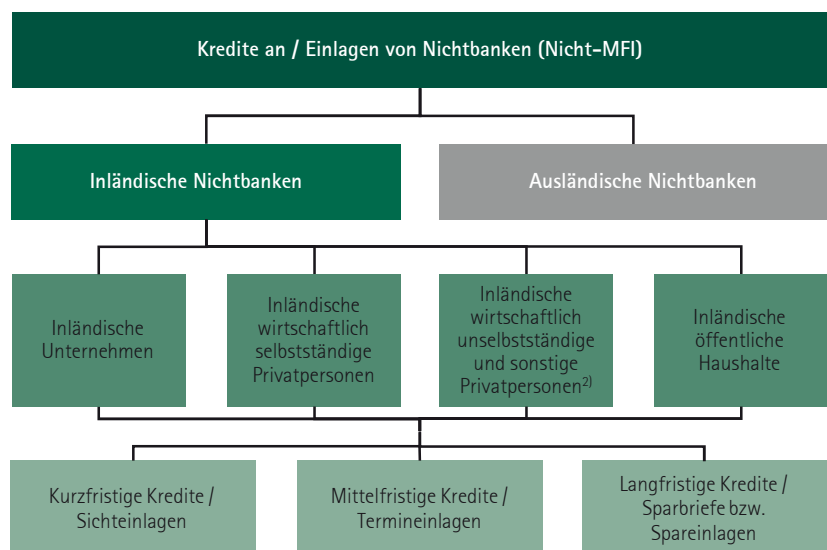
Die regionale Zuordnung der bankstatistischen Daten erfolgt grundsätzlich nach dem Sitz der Bankniederlassungen (Zweigstellen) und nicht nach dem Sitz der Kunden.¹⁾ Insofern sind die nachfolgend vorgestellten Ergebnisse nicht identisch mit den Krediten an Bankkunden in Sachsen. Insbesondere gilt dies für bundesweit tätige Kreditinstitute ohne Filialnetz, wie z. B. die überwiegend in den Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken enthaltenen Direktban-

ken, deren gesamtes Kundengeschäft dem jeweiligen Firmensitz-Bundesland zugeordnet wird.²⁾

Den bankstatistischen Regionalergebnissen für Sachsen liegen somit die Angaben aller – einer Berichtspflicht unterliegenden – MFI mit Sitz in Sachsen, die Gesamtzahl ihrer im Freistaat befindlichen Zweigstellen und alle sächsischen

- 1) Einzige Ausnahme hiervon bildet – zumindest ab 2005 – die Deutsche Postbank AG, deren Kundenbeziehungen nach den Postleitzahlen den einzelnen Bundesländern zugeordnet werden.
- 2) Zur Verminderung entsprechender Verzerrungen sind die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), AKA Ausfuhrkredit-GmbH, Landwirtschaftliche Rentenbank, Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, DekaBank Deutsche Girozentrale, DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank sowie die IKB Deutsche Industriebank AG, allesamt überregional tätige Finanzinstitute mit zentralen Aufgaben im gesamten Bundesgebiet, in den regionalstatistischen Auswertungen des jeweiligen Firmensitz-Bundeslandes – für Sachsen ohnehin nicht von Bedeutung – von vorneherein nicht mit enthalten.

Abb. 1 Systematik zum Kredit- und Einlagengeschäft von Nichtbanken (Nicht-MFI) nach Kundengruppen und Art¹⁾



1) Bestand an Einlagen und aufgenommenen Krediten zum Jahresende ohne Einlagen aus Treuhandkrediten und ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds, jedoch einschließlich nachrangiger Verbindlichkeiten (in der Position "Termineinlagen" bzw. „Sparbriefe“ enthalten).

2) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck
Quelle: eigene Darstellung

Niederlassungen von Banken mit Sitz in anderen Bundesländern zugrunde (Unternehmenskonzept).³⁾

Entwicklung und Struktur der an (inländische) Nichtbanken ausgereichten Kredite

Das von den Bankstellen in Sachsen an Nichtbanken innerhalb und außerhalb Deutschlands geleistete Kreditvolumen erreichte im Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2012 einen durchschnittlichen Jahresendbestand von 56,6 Milliarden €. Zum Jahresende 2012 – dem gegenwärtig aktuellsten Berichtsjahr – lag der entsprechende Wert bei 53,4 Milliarden €. Darunter wurden an inländische Nichtbanken allein 51,8 Milliarden € an Krediten ausgereicht, was einem Anteil von fast 97 Prozent gleichkommt. Auch über den kompletten Beobachtungszeitraum hinweg betrug dieser Anteil im Durchschnitt mehr als 91 Prozent. Aufgrund dieser Dominanz des heimischen Kreditwesens werden sich auch alle nachfolgenden Ausführungen einheitlich auf die inländischen Nichtbanken beziehen.

Kredite nach Schuldnergruppen und Befristung

Wie es Tabelle 1 verdeutlicht, nahmen die von den berichtspflichtigen Bankstellen in Sachsen an inländische Nichtbanken ausgereichten Kredite von Ende 2000 mit 53,8 Milliarden € zunächst kontinuierlich zu, um bereits im Jahre 2002 mit 55,7 Milliarden € ihr bisheriges Maximum zu erreichen. Im Wesentlichen dürfte diese Entwicklung auf die verheerenden Auswirkungen der Jahrhundertflutkatastrophe in Sachsen zurückgehen, die im wirtschaftlichen wie auch im öffentlichen und privaten Umfeld immense Finanzmittel für Schadenbekämpfungs- bzw. Wiederaufbaumaßnahmen notwendig gemacht hatte. In der Folgezeit ging das Kreditvolumen dann tendenziell immer weiter zurück, bis zum Jahresende 2008 mit 45,2 Milliarden € ein vorläufiger Tiefststand zu verzeichnen war (vgl. Abb. 2). Im Krisenjahr 2009 stiegen die Kredite an inländische Nichtbanken dann wieder kräftig auf 49,7 Milliarden € an und behielten dieses Niveau in den beiden Folgejahren näherungsweise bei, bevor es 2012 erneut zu einem deutlichen Anstieg kam (vgl. Tab. 1).

Am aktuellen Rand 2012 lag ihr Wert so insgesamt bei 51,8 Milliarden €. Das waren 3,9 Prozent mehr als im Vorjahr, aber 3,7 Prozent weniger als im Jahr 2000. Damit hat das Angebot an Finanzmitteln durch die Banken in Sachsen innerhalb des dreizehnjährigen Untersuchungszeitraums also insgesamt abgenommen, obwohl die langfristigen Kredite einen tendenziellen Wertzuwachs aufwiesen (vgl. hierzu genauer w. u. sowie Abb. 3). Die allgemeine Entwicklungsrichtung der Kreditzahlungen an die inländischen Nichtbanken

und deren Schwankungen in der Zeit von 2000 bis 2012 dürfte zum einen auf die allgemein reduzierte Nachfrage nach kreditfinanziertem Fremdkapital⁴⁾, zum anderen jedoch auch auf die jeweiligen Geldvergabepraktiken der MFI an Unternehmen bzw. Privatpersonen zurückgehen. Wie in diesem Zusammenhang aus den vierteljährlichen Befragungen ausgewählter Kreditinstitute in Deutschland (Bank Lending Survey) durch die Deutsche Bundesbank hervorgeht, waren deren Kreditvergeberichtlinien wie auch die jeweiligen hausinternen Bestimmungen für die Gewährung von Kredit an Unternehmen in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt vergleichsweise restriktiv ausgerichtet. Dies erklärt auch den ab dieser Zeit in Sachsen zu beobachtenden Rückgang des Kreditvolumens. Nach einer bis etwa Mitte 2007 andauernden Phase der Lockerung nahmen die Banken vor dem Hintergrund der zunehmend angespannteren Situation an den Finanzmärkten dann aber wieder – vor allem im Kreditgeschäft mit Unternehmen – merkliche Verschärfungen ihrer Angebotskonditionen vor, was im Tiefststand der 2008 in Sachsen insgesamt gewährten Kredite zum Ausdruck kommt. Dass diese Verschärfungen aber letztlich nicht zu einer bankeninduzierten „Kreditklemme“ in der sächsischen Wirtschaft geführt haben, verdeutlicht die neuerliche Steigerung der Kreditsumme 2009, nachdem nun viele Unternehmen und Privatpersonen angesichts der Krise ihre Nachfrage nach Krediten doch signifikant erhöht hatten. Die im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs nahezu durchgängig weiter zunehmende Kreditnachfrage bis Ende 2011 durch Unternehmen bzw. Ende 2012 durch Private Haushalte in Verbindung mit den ab Mitte 2010 wieder tendenziell gelockerten Kreditvergeberichtlinien/-bedingungen der MFI liefern schließlich einen plausiblen Erklärungsbeitrag für die in Sachsen vom Trend her aufwärts gerichtete Kreditentwicklung in den Jahren nach der Krise (vgl. Abb. 2).⁵⁾ [1]

Nach **Schuldnergruppen** differenziert, entfiel auf die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ ein vergleichbares Kreditvolumen. So erhielten die Unternehmen von 2000 bis 2012 Kredite in Höhe von durchschnittlich 18,0 Milliarden €, bei den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen waren es 17,5 Milliarden €. Demnach gingen in etwa sieben von zehn Euro Bankkredit zusammen an diese beiden Schuldnergruppen. Ebenso ähnelt sich die den (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen sowie den (inländischen) öffentlichen Haushalten zur Verfügung gestellte Kreditmenge, die sich im Mittel des Beobachtungszeitraums auf jeweils 8,0 Milliarden € und damit auch auf

weniger als die Hälfte der beiden zuerst genannten Schuldnergruppen summierte (vgl. Tab. 1 sowie Abb. 2 und 4).

Zum Jahresende 2012 entfiel der größte Teil der in Sachsen ausgereichten Kredite mit 19,7 Milliarden € auf die Unternehmen. Damit wurde das Vorjahresergebnis um 2,7 Prozent überschritten, im Vergleich zu 2000 lag es um 2,5 Prozent höher. Gleichzeitig war so der zweithöchste Stand nach 2001 mit damals fast 20 Milliarden € erreicht. In der Folgezeit war die Entwicklung mit teils signifikanten Schrumpfungsraten bis zu einem Kreditwert von 15,3 Milliarden € im Jahr 2008 anhaltend rückläufig gewesen (vgl. Tab. 1). Der starke Zuwachs zu 2009 in Höhe von rund einem Fünftel war dann vordergründig Ausdruck der Wirtschafts- und Finanzkrise, die viele Unternehmen in finanzielle Schieflage gebracht hatte. Ungeachtet dessen betrug der Anteil der an die Unternehmen gezahlten Kredite an insgesamt stets mehr als 30 Prozent, am aktuellen Rand wurde mit 38 Prozent sogar eine noch nie dagewesene Größenordnung erreicht (vgl. Abb. 2 und 4). Die wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ wiesen zum Jahresende 2012 einen Kreditbestand von 17,2 Milliarden € auf, 1,7 Prozent mehr als 2011 aber 1,0 Prozent weniger als im Jahr 2000. Ausgehend vom damaligen Niveau verlief die Entwicklung zunächst zwei Jahre aufwärts-, dann zwei Jahre

3) Ganz allgemein basieren die bankstatistischen Auswertungsergebnisse auf den – für die einzelnen Bundesländer getätigten – Regionalmeldungen der meldepflichtigen Banken mit Filialen in mehreren Bundesländern sowie auf den Bundesgebietsmeldungen der Institute, die keine Filialen außerhalb des Firmensitz-Bundeslandes unterhalten. Der tatsächliche Kreis an Berichtspflichtigen ist in [2] eindeutig definiert. Nicht hierzu zählen so beispielsweise Kapitalanlagegesellschaften, Wertpapiersammelbanken, Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung oder auch Kreditinstitute, die lediglich Bankgeschäfte im Sinne des § 1 Abs. 1 S. 2 Nr. 8 KWG (Garantiegeschäfte) betreiben.

4) So ist einerseits der Verschuldungsgrad (Quotient aus Fremdkapitalsumme zu bereinigtem Kapital) der bundesdeutschen wie sächsischen Unternehmen über die vergangenen Jahre stetig gesunken. Andererseits hat sich die Eigenkapitalquote (Quotient aus bereinigtem Eigenkapital zu bereinigter Bilanzsumme) kontinuierlich weiter erhöht. Vgl. hierzu stellvertretend: http://www.dresdencreditreform.de/presse/wanalen/wi_mit/ana_wila-mit_2012_frühj.html [Aufruf vom 04.04.2013].

5) Einen zusätzlichen Erklärungsbeitrag für die zu beobachtende Kreditentwicklung in Sachsen können die regelmäßigen Befragungen des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung im Rahmen des ifo Konjunkturtests zur sog. „Kreditürde“ leisten. Danach gaben im August 2003 knapp zwei Drittel (63,4 Prozent) der befragten Unternehmen in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands an, sich einer restriktiven Kreditvergabe durch die Banken gegenüber zu sehen. Bis August 2007 ging dieser Prozentsatz kontinuierlich bis auf 22,9 Prozent zurück, bevor er im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise auf ein zwischenzeitliches Hoch von 45,1 Prozent im Juli 2009 anstieg. Seit Anfang 2011 hat sich der Anteil nun wieder konstant bei etwas mehr als einem Fünftel eingependelt. Vgl. hierzu genauer [3].

6) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck. Für eine genauere Definition zu den einzelnen Schuldnergruppen vgl. Deutsche Bundesbank: Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien und Kundensystematik. In: Statistische Sonderveröffentlichung 1, Frankfurt a. M., Juli 2012, S. 562 ff. Abrufbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Stato_1/stato_1_13_kundensystematik.pdf?__blob=publicationFile [Aufruf vom 10.12.2012].

Tab. 1 Kredite an inländische Nichtbanken¹⁾ (Nicht-MFI) in Sachsen 2000 und 2005 bis 2012 nach Schuldnergruppen und Befristung

Schuldnergruppe Befristung	Bestand am Jahresende									Veränderung	
	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2012 zu 2011	2012 zu 2000
	Millionen €									Prozent	
Kredite an inländische Nichtbanken											
zusammen	53 800	52 543	51 885	50 181	45 239	49 687	48 256	49 833	51 801	3,9	-3,7
inländische Unternehmen	19 192	16 764	16 718	16 476	15 313	18 236	17 661	19 143	19 666	2,7	2,5
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	9 587	7 723	7 438	7 164	7 009	7 865	7 028	7 055	8 035	13,9	-16,2
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	17 350	18 325	18 375	17 551	16 759	17 855	16 778	16 901	17 180	1,7	-1,0
inländische öffentliche Haushalte	7 671	9 731	9 354	8 990	6 158	5 731	6 789	6 734	6 920	2,8	-9,8
davon											
kurzfristige Kredite³⁾	6 478	4 959	4 427	4 500	3 856	3 585	3 278	3 311	3 112	-6,0	-52,0
inländische Unternehmen	3 730	2 570	2 397	2 375	2 298	2 049	1 959	1 989	1 956	-1,7	-47,6
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	1 513	1 077	900	812	701	696	590	562	556	-1,1	-63,3
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	908	863	752	671	634	584	550	584	413	-29,3	-54,5
inländische öffentliche Haushalte	327	449	378	642	223	256	179	176	187	6,3	-42,8
mittelfristige Kredite⁴⁾	4 751	3 667	3 938	3 636	3 279	3 849	3 485	3 748	3 830	2,2	-19,4
inländische Unternehmen	1 711	1 506	1 692	1 561	1 139	1 519	1 318	1 728	1 773	2,6	3,6
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	676	475	449	433	444	538	453	452	520	15,0	-23,1
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	2 033	1 326	1 383	1 285	1 435	1 515	1 390	1 269	1 326	4,5	-34,8
inländische öffentliche Haushalte	331	360	414	357	261	277	324	299	211	-29,4	-36,3
langfristige Kredite⁵⁾	42 571	43 917	43 520	42 045	38 104	42 253	41 493	42 774	44 859	4,9	5,4
inländische Unternehmen	13 751	12 688	12 629	12 540	11 876	14 668	14 384	15 426	15 937	3,3	15,9
inländische wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	7 398	6 171	6 089	5 919	5 864	6 631	5 985	6 041	6 959	15,2	-5,9
inländische wirtschaftlich unselbstständige und sonstige Privatpersonen ²⁾	14 409	16 136	16 240	15 595	14 690	15 756	14 838	15 048	15 441	2,6	7,2
inländische öffentliche Haushalte	7 013	8 922	8 562	7 991	5 674	5 198	6 286	6 259	6 522	4,2	-7,0
nachrichtlich:											
inländische Treuhandkredite	9 138	1 408	308	160	167	204	230	277	316	14,1	-96,5

1) ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Treuhandkredite und Ausgleichsforderungen

2) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

3) einschließlich Wechsel im Bestand (sektorale Zuordnung nach dem Bezogenen)

4) Laufzeit oder Kündigungsfrist von über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahre

5) Laufzeit oder Kündigungsfrist von über fünf Jahren

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

abwärts- und schließlich wieder zwei Jahre aufwärtsgerichtet, sodass 2006 mit 18,4 Milliarden € das bisherige Kreditmaximum erreicht war (vgl. Tab. 1). Auch in der Folgezeit zeigte sich in dieser Schuldnergruppe keine einheitliche Entwicklungsrichtung. So schwankte der entsprechende Kreditanteil an den in Sachsen insgesamt ausgereichten Krediten im Untersuchungszeitraum zwischen 32 und 37 Prozent, am aktuellen Rand 2012 betrug er 33,2 Prozent (vgl. Abb. 2 und 4).

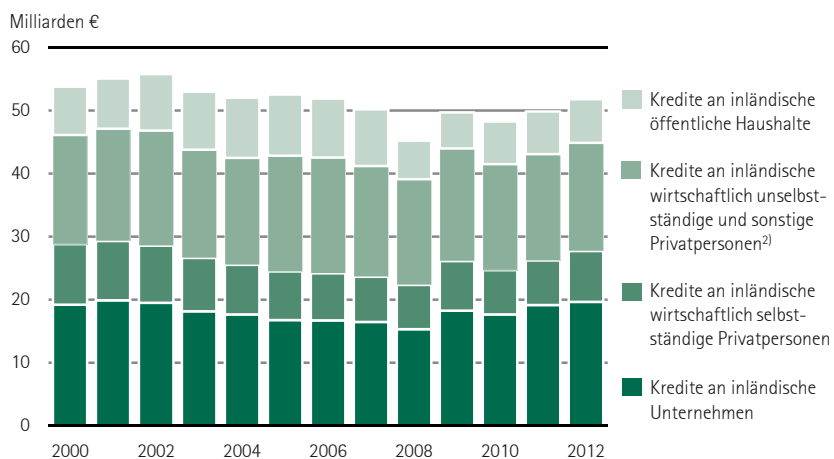
Den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen wurden 2012 durch die Bankstellen in Sachsen insgesamt 8,0 Milliarden €

zur Verfügung gestellt. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer signifikanten Steigerung um 13,9 Prozent, gegenüber 2000 dagegen einem deutlichen Rückgang um 16,2 Prozent. Dabei lag die Zahl der Selbstständigen (und mithelfenden Familienangehörigen) im Jahresdurchschnitt 2012 um 22,8 Prozent höher als zu Beginn des Beobachtungszeitraums. Das Auseinanderlaufen der beiden Tatbestände ist wahrlich nur schwer zu erklären. Nachdem bei den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen nämlich bereits im Jahr 2000 die bislang höchste Kreditsumme mit 9,6 Milliarden €

erreicht gewesen war, nahm sie in der Folgezeit bis 2008 von Jahr zu Jahr weiter ab und verharrte dann bis Ende 2011 – mit Ausnahme des krisenbedingten Zuwachses in 2009 – auf etwa diesem Niveau (vgl. Tab. 1). Der Anteil dieser Schuldnergruppe am gesamt-sächsischen Kreditvolumen lag 2012 so wieder bei 15,5 Prozent nach 14,2 Prozent 2011. Zum Vergleich: Im Jahre 2000 hatte der entsprechende Anteil noch bei 17,8 Prozent gelegen (vgl. Abb. 2 und 4).

Die öffentlichen Haushalte erhielten im Jahre 2012 Finanzmittel im Wert von 6,9 Milliarden € in Form von Krediten. Gegenüber dem Vorjahr

Abb. 2 Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFI)¹⁾ in Sachsen 2000 bis 2012 nach Schuldnergruppen



1) Kreditbestand zum Jahresende ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Treuhandkredite und Ausgleichsforderungen, jedoch einschließlich Wechsel im Bestand (sektorale Zuordnung nach dem Bezogenen).

2) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

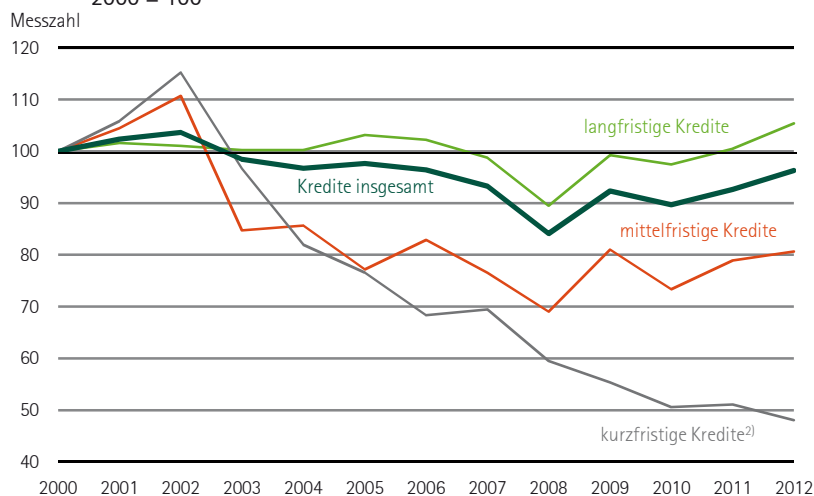
Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

bedeutete das eine Zunahme um 2,8 Prozent, im Vergleich mit 2000 war es indes ein Zehntel weniger. Hier dürfte der überdurchschnittliche Rückgang vor allem mit den seit einiger Zeit im öffentlichen Sektor praktizierten Konsolidierungs- und Sparbestrebungen in Verbindung stehen. So hatten die Kreditbestände bei dieser Schuldnergruppe bis 2005 zunächst kontinuierlich zugenommen und mit 9,7 Milliarden € schließlich ihr vorläufiges Maximum erreicht. Ab 2006 setzte dann jedoch eine anhaltende Abwärtsentwicklung ein, die erst im Krisenjahr 2009 mit einem Kreditvolumen von nur noch 5,7 Milliarden € ihr vorläufiges Ende fand (vgl. Tab. 1). Seither verläuft die Entwicklung hier – trotz der anhaltenden Sparbemühungen im öffentlichen Bereich – wieder tendenziell aufwärtsgerichtet. Der Anteil der an die öffentlichen Haushalte gezahlten an den in Sachsen insgesamt gewährten Krediten bewegte sich so von 14,3 Prozent im Jahr 2000 über 18,5 Prozent 2005 bzw. 11,5 Prozent 2009 bis hin zu 13,4 Prozent im Jahr 2012 (vgl. Abb. 2 und 4). Hinsichtlich ihrer **Befristung** können Kredite grundsätzlich in kurzfristige, mittelfristige und langfristige Kredite unterschieden werden. Dabei weisen letztere den mit Abstand größten Geldwert auf – im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 waren es knapp 42,6 Milliarden € und damit mehr als vier Fünftel des gesamtsächsischen Kreditvolumens. Bei den kurzfristigen Krediten lagen die entsprechenden Werte bei 4,9 Milliarden € bzw. einem Zehntel, bei den mittelfristigen Krediten bei 4,0 Milliarden € bzw. knapp acht Prozent (vgl. Tab. 1). Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings zu berücksichtigen, dass langfristigen Krediten – etwa zur Finanzierung investitionsintensiver Sachanlagen oder zur Anschaffung langlebiger Gebrauchsgüter aufgenommen – für gewöhnlich auch signifikant höhere Kreditsummen zu-

grunde liegen, als dies bei kurz- und mittelfristigen Krediten der Fall ist. Bei den langfristigen Krediten, für die einheitlich eine Laufzeit oder Kündigungsfrist von über fünf Jahren vereinbart ist, war zum Jahresende 2012 ein Bestand von insgesamt 44,9 Milliarden € zu verzeichnen. Nie zuvor war ihr Wert bisher höher ausgefallen. So zeigte sich gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs um 4,9 Prozent, im Vergleich zu 2000 betrug er 5,4 Prozent (vgl. Abb. 3). Im Gegensatz zu den gesamten Krediten weist die langfristige Variante innerhalb des dreizehnjährigen Untersuchungszeitraums also eine leicht steigende Tendenz auf. Nachdem die Entwicklung von 2000 an zunächst weitgehend stagnierte, kletterten die langfristigen Kredite im Jahr 2005 auf ein zwischenzeitliches Maximum von 43,9 Milliarden €. In den folgenden

drei Jahren ging ihr Bestand dann wieder kontinuierlich zurück, bevor es im Krisenjahr 2009 erneut einen deutlichen Anstieg um über 4 Milliarden € auf 42,3 Milliarden € gab (vgl. Tab. 1). Die tendenziell gestiegene Bedeutung der langfristigen Kredite, die in allen vier Schuldnergruppen zu beobachten ist, spiegelt sich auch in deren Anteil an den Gesamtkrediten in Sachsen wieder. 2012 lag dieser bei 86,6 Prozent, nachdem er im Jahr 2000 „nur“ 79,1 Prozent betragen hatte (vgl. Abb. 4). Im Hinblick auf die relative Bedeutung der langfristigen Kredite für die einzelnen Schuldnergruppen ist zu konstatieren, dass diese Kreditart für die öffentlichen Haushalte mit einem durchschnittlichen Anteil von 90,0 Prozent im Zeitraum von 2000 bis 2012 bzw. 94,2 Prozent im Jahre 2012 am gebräuchlichsten ist. Bei den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ betrug der entsprechende Anteil im dreizehnjährigen Mittel 87,2 Prozent und am aktuellen Rand 89,9 Prozent, bei den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen waren es 81,5 Prozent bzw. – wie im gesamtsächsischen Durchschnitt – 86,6 Prozent. Bei den Unternehmen belief sich der entsprechende Kreditanteil im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 schließlich noch auf 75,8 Prozent und zum Jahresende 2012 auf 81,0 Prozent (vgl. Tab. 1). Die mittelfristigen Kredite, für die gemeinhin eine Laufzeit oder Kündigungsfrist von über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahre gilt, wiesen Ende 2012 einen Gesamtwert von 3,8 Milliarden € auf. Das waren 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr aber fast ein Fünftel (-19,4 Prozent) weniger als im Jahr 2000. Ausgehend von dem damaligen Niveau nahmen die Bestände zunächst zwei Jahre zu und erreichten 2002,

Abb. 3 Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFI) in Sachsen 2000 bis 2012 nach Befristung¹⁾
2000 = 100



1) jeweiliger Kreditbestand zum Jahresende ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Treuhandkredite und Ausgleichsforderungen, jedoch einschließlich Wechsel im Bestand (sektorale Zuordnung nach dem Bezogenen).

2) einschließlich Wechsel im Bestand (sektorale Zuordnung nach dem Bezogenen)

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

dem Jahr der verheerenden Flutkatastrophe in Sachsen, mit 5,3 Milliarden € ihren bisherigen Höchststand. Im Folgejahr brachen sie dann aber allein um knapp ein Viertel gegenüber dem Vorjahr ein und setzten ihren relativ ausgeprägten, tendenziellen Abwärtstrend bis zu einem Minimum von 3,3 Milliarden € im Jahre 2008 fort (vgl. Abb. 3). Nicht zuletzt wegen der Finanzierung der Stimulierungs- und Stützungsmaßnahmen für die sächsische Wirtschaft zu Zeiten und im Nachgang der Wirtschaftskrise war ab 2009 wieder ein tendenzieller Zuwachs bei den mittelfristigen Kreditbeständen zu beobachten (vgl. Tab. 1). Ihr Anteil an den für den Freistaat insgesamt zu verzeichnenden Krediten lag im gesamten Beobachtungszeitraum stets unter einem Zehntel, am aktuellen Rand 2012 betrug er 7,4 Prozent (2000: 8,8 Prozent) – (vgl. Abb. 4). Anders als bei der langfristigen Variante sind Kredite mit einer Laufzeit oder Kündigungsfrist von über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahre für die Unternehmen bedeutsamer als für die übrigen Schuldnergruppen. So entfielen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 letztlich 9,2 Prozent aller mittelfristigen Kredite auf die sächsischen Unternehmen, für das Jahresende 2012 ergaben sich 9,0 Prozent. Bei den wirtschaftlich unselbstständigen sowie sonstigen Privatpersonen⁶⁾ wurden Anteile von 8,5 Prozent im dreizehnjährigen Mittel sowie 7,7 Prozent im Jahr 2012 erreicht, bei den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen waren es 6,4 bzw. 6,5 Prozent. Von den Krediten an öffentliche Haushalte stellten schließlich 4,7 Prozent (Jahresdurchschnitt 2000 bis 2012) bzw. 3,0 Prozent (Jahresende 2012) – also nicht einmal jeder 20. Euro – ein Darlehen mit mittlerer Laufzeit oder Kündigungsfrist dar (vgl. Tab. 1).

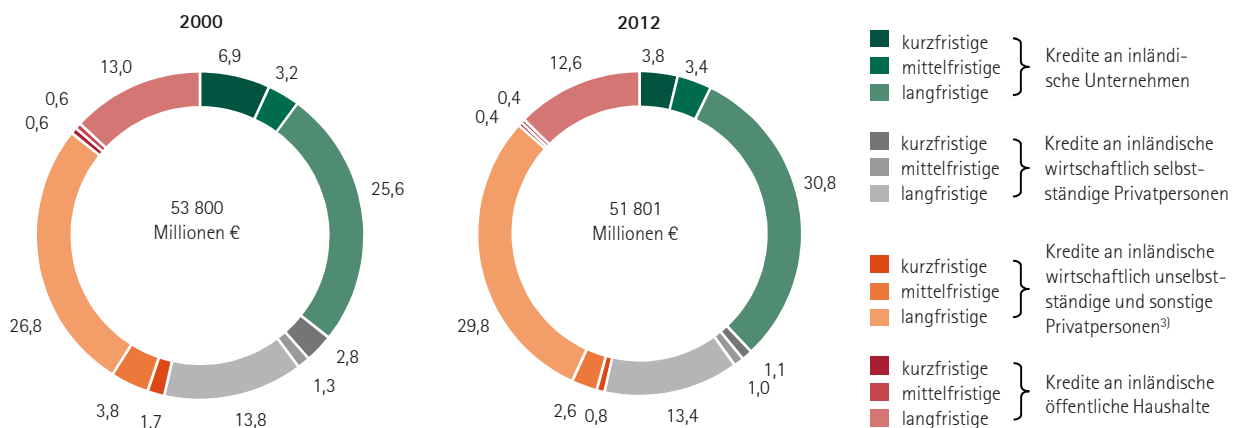
Der Wert der kurzfristigen Kredite, in denen auch die im Bestand befindlichen Wechsel enthalten sind, betrug zum Jahresende 2012 nur noch 3,1 Milliarden €. Binnen Jahresfrist entspricht dies einem Rückgang um 6,0 Prozent, im Vergleich zu 2000 gar mehr als einer Halbierung (vgl. Tab. 1 und Abb. 3). Dieser Sachverhalt unterstreicht einmal mehr die über den kompletten Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2012 hinweg auszumachende, signifikante Verschiebung von eher kurz- bis mittelfristig orientierten Darlehen hin zu Krediten mit Laufzeiten bzw. Kündigungsfristen von über fünf Jahren. Den Maximalwert erreichten die kurzfristigen Kredite ebenfalls im Jahr der Flutkatastrophe 2002 mit 7,5 Milliarden €, bevor – abgesehen von 2007 und 2011 – ein faktisch kontinuierlicher Rückgang der Bestände einsetzte (vgl. Tab. 1). Dabei war das Absolutniveau der kurzfristigen Kredite bis zum Jahresende 2008 noch durchweg und zum Teil erheblich höher als das der mittelfristigen Kredite ausgefallen. Der Anteil der kurzfristigen an den gesamten Krediten bewegte sich von 12,0 Prozent 2000 über 13,4 Prozent 2002 bis hin zu 6,0 Prozent 2012 (vgl. Abb. 4). Nach Schuldnergruppen betrachtet lassen sich bei den kurzfristigen Krediten die mit Abstand höchsten Absolutniveaus für die Unternehmen ausmachen. So entfiel hierauf im gesamten Beobachtungszeitraum stets mehr als die Hälfte der entsprechenden Finanzmittel. Dieses Übergewicht erscheint vor dem Hintergrund des insbesondere für diese Schuldnergruppe – in Abhängigkeit der Auftragslage – charakteristischen Erfordernisses einer zeitnahen Beschaffung sowie Finanzierung von Betriebsmitteln (z. B. von Rohstoffen) nur allzu verständlich. Zudem spielt diese Kreditart im Freistaat Sach-

sen für die Unternehmen im Vergleich zu den anderen Schuldnergruppen einmal mehr die bedeutendste Rolle. So gehörten im gesamten Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2012 im Mittel 14,9 Prozent aller an die Unternehmen ausgereichten Kredite in die Kategorie „kurzfristig“, zum Jahresende 2012 war es immerhin noch ein Zehntel. Auch bei den wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen ergaben sich überdurchschnittliche Anteile von 12,1 und 6,9 Prozent. Die wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ wiesen im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2012 einen Anteil von 4,3 Prozent und am aktuellen Rand von 2,4 Prozent aus. Bei den öffentlichen Haushalten betrug die entsprechenden Werte 5,3 bzw. 2,7 Prozent. Dies verdeutlicht eine doch geringere Bedeutung der kurzfristigen Kredite für die beiden letztgenannten Schuldnergruppen (vgl. Tab. 1).

In **Deutschland insgesamt** lagen die von den MFI an die inländischen Nichtbanken gezahlten Kredite 2012 bei 2 786,2 Milliarden € und damit 0,4 Prozent höher als im Vorjahr und 4,6 Prozent über ihrem Niveau von 2000. Insofern verlief die Entwicklung der Gesamtkredite auf Bundesebene gegenüber jener in Sachsen über den kompletten Beobachtungszeitraum grundsätzlich in die entgegengesetzte Richtung. Die langfristigen Kredite zeigen hingegen in beiden Regionen einen ausgeprägten Aufwärtstrend. Von den in Deutschland insgesamt ausgezahlten Krediten entfielen am aktuellen Rand 1,9 Prozent auf die berichtspflichtigen Bankstellen in Sachsen.

Jeweils mehr als ein Drittel der 2012 auf Bundesebene insgesamt ausgereichten Finanzmittel entfiel auf die wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁶⁾ (1 058,3

Abb. 4 Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFI)¹⁾ in Sachsen 2000 und 2012 nach Schuldnergruppen und Befristung²⁾ in Prozent



1) ohne Schatzwechselkredite, Wertpapierbestände, Treuhandkredite und Ausgleichsforderungen, jedoch einschließlich Wechsel im Bestand (sektorale Zuordnung nach dem Bezogenen).
 2) kurzfristige Kredite: täglich fällig bzw. vereinbarte Laufzeit oder Kündigungsfrist von bis zu einem Jahr; einschließlich Wechsel im Bestand (sektorale Zuordnung nach dem Bezogenen);
 mittelfristige Kredite: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über einem Jahr bis einschließlich fünf Jahre;
 langfristige Kredite: Laufzeit oder Kündigungsfrist von über fünf Jahren
 3) einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck
 Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

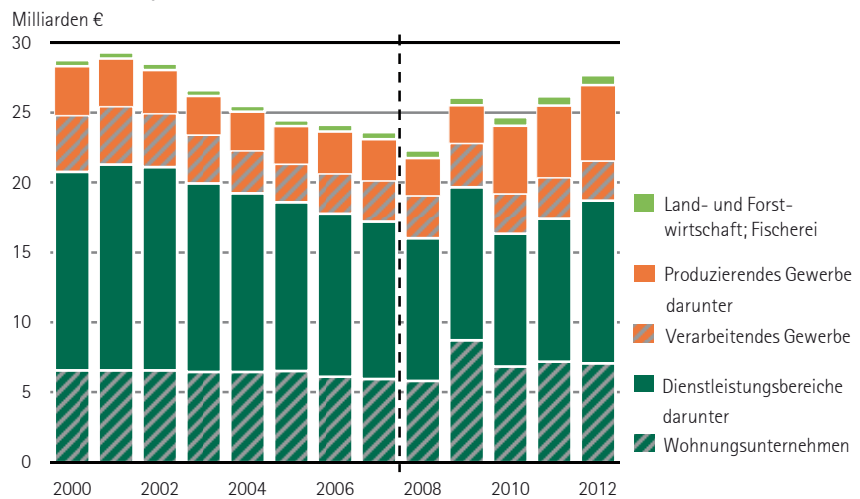
Milliarden € bzw. 38,0 Prozent) sowie die Unternehmen (989,2 Milliarden € bzw. 35,5 Prozent). Die wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen waren daran noch zu einem Siebtel (388,4 Milliarden € bzw. 13,9 Prozent) und die öffentlichen Haushalte letztes Ende zu einem Achtel (350,3 Milliarden € bzw. 12,6 Prozent) vertreten. Insofern ist zu konstatieren, dass sich die Bankstellen in Sachsen – verglichen mit der Situation auf Bundesebene – offenbar einer überdurchschnittlich hohen Kreditnachfrage durch die Unternehmen gegenübersehen, während der Kreditbedarf der wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁹⁾ hier eine geringere Größenordnung aufweist (vgl. Abb. 4).

Nach ihrer Befristung betrachtet, sind auch auf gesamtdeutscher Ebene 2012 mit 76,2 Prozent der weitaus größte Teil der Kreditbestände langfristige Darlehen (2 123,1 Milliarden €). Mit weitem Abstand folgen zu 13,4 Prozent kurzfristige Kredite (374,0 Milliarden €) sowie zu 10,4 Prozent mittelfristige Kredite (289,1 Milliarden €). Damit kommt in Deutschland kurzfristigen Krediten eine weitaus höhere Bedeutung als in Sachsen zu, langfristigen Krediten indes ein merklich geringeres Gewicht.

Kredite nach ausgewählten Wirtschaftszweigen⁷⁾

Betrachtet man lediglich die Summe von Krediten an (inländische) Unternehmen sowie (inländische) wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen, so lässt sich deren Verteilung auch nach Wirtschaftszweigen differenziert darstellen. Im Mittel der Jahre 2000 bis 2012 belief sich der Wert der an diese beiden Schuldnergruppen ausgehändigten Kredite auf zusammen 26,0 Milliarden €. Zum Jahresende 2012 lag das Ergebnis bei 27,7 Milliarden € und damit 5,7 Prozent höher als im Vorjahr und ein Viertel höher als im Vorkrisenjahr 2008 (vgl. Tab. 3 und Abb. 5). Im Vergleich zu 2000 allerdings, als der Kreditbestand noch bei 28,8 Milliarden € gelegen hatte, zeigte sich ein Niveaurückgang um 3,7 Prozent. Unter Berücksichtigung des Zuwachses von 2008 zu 2012 in Höhe von 24,1 Prozent war für diese Gesamtentwicklung neben dem ausgeprägten Rückgang des Kreditvolumens zwischen 2007 und 2008 um allein 5,6 Prozent (vgl. Abb. 5) auch dessen nahezu kontinuierliche Abnahme von 2000 bis 2007 um insgesamt 17,9 Prozent (vgl. Tab. 2) ausschlaggebend. Dabei ähnelt das Verlaufsbild der an die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen ausgehändigten Finanzhilfen jenem der Gesamtkredite in Sachsen relativ stark (vgl. Abb. 2 und 5). Ursächlich dafür dürfte nicht zuletzt der entsprechende Kreditanteil dieser beiden Schuldnergrup-

Abb. 5 Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen¹⁾ in Sachsen 2000 bis 2012 nach Wirtschaftsbereichen²⁾



1) Bestand an Buch- und Wechseldiskontkrediten zum Jahresende ohne Treuhandkredite. Die Aufgliederung der Kredite der Baupar-kassen nach Bereichen und Branchen wurde geschätzt.

2) Jahre 2000 bis 2007 gemäß WZ93 bzw. WZ 2003, ab 2008 gemäß WZ 2008 ohne Rückrechnungen. Ein Vergleich dieser Angaben mit den Ergebnissen von 2007 und früher ist daher nur bedingt aussagefähig. WZ-Bezeichnungen gemäß Kundensystematik der Deutschen Bundesbank.

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

pen an insgesamt in Höhe von gut 50 Prozent sein. Der kräftige Anstieg der Kredite im Krisenjahr 2009 beispielsweise dürfte im Wesentlichen auf die Bestrebungen der Unternehmen zurückgehen, ihre Zahlungsfähigkeit aufrechtzuerhalten und die allgemeinen negativen Auswirkungen der schwächelnden Konjunktur abzumildern.

Wie aus Fußnote 7 hervorgeht, kann die **nach Wirtschaftszweigen** differenzierte Darstellung aufgrund des WZ-Wechsels zwischen den Jahren 2007 und 2008 ausschließlich separat für die beiden Zeiträume 2000 bis 2007 (gemäß WZ93 bzw. WZ 2003) sowie 2008 bis 2012 (gemäß WZ 2008) erfolgen. Aus Aktualitätserwägungen heraus wird der Fokus der Analysen in diesem Beitrag aber ausschließlich auf den die Wirtschafts- und Finanzkrise umschließenden Jahren 2008 bis 2012 liegen. Die Struktur der Kreditzahlungen in die verschiedenen Wirtschaftszweige für das Jahr 2000 sowie deren Entwicklung bis 2007 können ersatzweise anhand der Angaben in Tabelle 2 nachvollzogen werden.

In die sächsischen Dienstleistungsbereiche zusammen wurden im Mittel der Jahre 2008 bis 2012 Kredite im Wert von knapp 17,7 Milliarden € ausgezahlt. Bezogen auf die gesamten Kredite an die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen in Sachsen in Höhe von 25,4 Milliarden € sind dies sieben von zehn Euro (vgl. Abb. 5). Am aktuellen Rand lag das Kreditvolumen im Dienstleistungsbereich bei gut 18,7 Milliarden €. Dies entspricht 7,3 Prozent mehr als Ende 2011 und einem um 16,6 Prozent höheren Niveau als 2008. Dabei war die Entwicklung durch einen kontinuierlichen Aufwärtstrend gekennzeichnet, sieht man ein-

mal von der krisenbedingten Sonderentwicklung 2009/2010 ab (vgl. Abb. 5).

Innerhalb der Dienstleistungsbereiche dominieren die „Wohnungsunternehmen“, an die von 2008 bis 2012 durchschnittlich 40 Prozent bzw. knapp 7,2 Milliarden € an Krediten ausgezahlt wurden. Der Bestand am Jahresende 2012 belief sich auf 7,1 Milliarden €. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies einen Rückgang um 1,7 Prozent, gegenüber 2008 hingegen eine Steigerung um über ein Fünftel (vgl. Tab. 3). Der Anteil an sämtlichen Krediten für die (inländischen) Unternehmen und die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen, betrug 2012 erneut mehr als ein Viertel (vgl. Abb. 6).

Der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ wies im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 ein Kreditvolumen von gut 1,7 Milliarden € auf. Am aktuellen Rand erreichte der Wert mit 1,9 Milliarden € eine seit der WZ-Umstellung noch nie dagewesene Größenordnung (vgl. Tab. 3). Somit lag das Niveau jüngst 15,5 Pro-

7) Bei den nach Wirtschaftszweigen differenzierten Ausführungen ist zu berücksichtigen, dass diese für die Jahre 2000 bis 2007 einheitlich auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 bzw. 2003 (WZ93 bzw. WZ 2003) und ab 2008 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) fußen. Aufgrund der Vielzahl von Veränderungen, die der WZ-Wechsel – insbesondere im Dienstleistungsbereich – sowohl in struktureller als auch in begrifflicher Hinsicht mit sich gebracht hat sowie den umstellungsbedingten Verzögerungen bei einzelnen Unternehmensmeldungen sind die Ergebnisse ab 2008 mit denen der vorangegangenen Jahre nur noch eingeschränkt vergleichbar. Genauere Erklärungen hierzu finden sich unter <http://www.statistik.sachsen.de/html/519.htm> unter dem Punkt Erläuterungen. Die jeweiligen WZ-Bezeichnungen entstammen einheitlich der Kundensystematik der Deutschen Bundesbank. Vgl. hierzu genauer: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Stato_2/stato_2_bankenstatistik_kundensystematik_072013.pdf?__blob=publicationFile.

Tab. 2 Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen¹⁾ in Sachsen 2000 bis 2007 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

Wirtschaftszweig (WZ93 bzw. WZ 2003) ³⁾	Bestand am Jahresende								Veränderung 2007 zu 2000	Anteil an insgesamt 2000
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007		
	Millionen €									
Insgesamt	28 779	29 319	28 532	26 623	25 497	24 477	24 148	23 635	-17,9	100
darunter										
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	435	434	456	419	415	422	470	519	19,3	1,5
Verarbeitendes Gewerbe	4 045	4 177	3 865	3 478	3 068	2 749	2 892	2 938	-27,4	14,1
darunter										
Metallerzeugung und -bearbeitung; Herstellung von Metallereugnissen	732	737	716	635	587	555	562	613	-16,3	2,5
Maschinenbau; Fahrzeugbau	695	702	651	576	570	511	499	492	-29,2	2,4
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und Einrichtungen; Elektrotechnik, Fein- mechanik und Optik	592	787	779	716	512	386	628	634	7,1	2,1
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	461	437	373	324	305	284	277	281	-39,0	1,6
Energie- und Wasserversorgung; Bergbau einschl. Gewinnung von Steinen und Erden	1 295	1 334	1 239	1 217	1 415	1 455	1 840	1 841	42,2	4,5
Baugewerbe	2 223	2 073	1 853	1 548	1 342	1 244	1 159	1 111	-50,0	7,7
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	3 518	3 283	3 087	2 625	2 384	2 147	1 990	1 946	-44,7	12,2
Gastgewerbe	710	664	602	548	488	448	432	455	-35,9	2,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	731	763	694	683	579	538	513	511	-30,1	2,5
Kredit- (ohne MFI) und Versicherungsgewerbe	235	289	251	265	334	397	339	352	49,8	0,8
übrige Dienstleistungsbereiche ⁴⁾	15 587	16 302	16 485	15 840	15 472	15 077	14 513	13 962	-10,4	54,2
darunter										
Wohnungsunternehmen	6 586	6 595	6 592	6 483	6 464	6 545	6 124	5 974	-9,3	22,9
Datenverarbeitung und Datenbanken; Forschung und Entwicklung	1 886	1 998	1 894	1 887	1 737	1 776	1 673	1 540	-18,3	6,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	1 219	1 218	1 229	1 289	1 377	1 437	1 420	1 326	8,8	4,2
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Selbstständige ⁵⁾	9 587	9 411	9 022	8 463	7 840	7 723	7 438	7 164	-25,3	33,3

1) Buch- und Wechseldiskontkredite ohne Treuhandkredite

2) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 93 bzw. Ausgabe 2003 (WZ93 bzw. WZ 2003)

3) WZ-Bezeichnungen gemäß Kundensystematik der Deutschen Bundesbank (vgl. http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statische_Sonderveroeffentlichungen/Statso_2/statso_2_bankenstatistik_kundensystematik_072013.pdf?__blob=publicationFile)

4) einschließlich freier Berufe

5) einschließlich Einzelkaufleute

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

zent höher als Ende 2011 und immerhin noch 6,7 Prozent über dem von 2008. Selbst im Krisenjahr 2009 hatte der Kreditbestand in diesem Zweig mit weniger als 1,7 Milliarden € noch um einiges niedriger als 2012 gelegen. Dies verdeutlicht einmal mehr die hilfreichen weil konjunkturstimulierenden Impulse, die von der „Umweltprämie“ auf den Automobilhandel ausgingen und einer entsprechend ausgedehnten Inanspruchnahme von Krediten so gezielt entgegenwirkten. Aktuell bedarf es aufgrund der sich zusehends eintrübenden Konjunktur in jener Sparte⁸⁾ allerdings wieder einer entsprechend erhöhten Kreditnachfrage. Der Anteil der Kredite für den Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von

Kraftfahrzeugen“ an insgesamt lag zum Jahresende 2012 bei 6,8 Prozent (vgl. Tab. 3 und Abb. 6).

Im Bereich „Information und Kommunikation“; Forschung und Entwicklung; Verlagswesen⁹⁾ war im Zeitraum von 2008 bis 2012 ein durchschnittlicher Kreditbestand von gut 1,5 Milliarden € zu verzeichnen. Gleiches galt für das Ergebnis zum Jahresende 2012. Damit ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Kreditsteigerung um 5,8 Prozent. Bezogen auf 2008 entsprach der aktuelle Stand indes einem um 6,2 Prozent niedrigeren Niveau (vgl. Tab. 3). Ungeachtet dessen ging zuletzt noch immer mehr als jeder 20. Euro aller an die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen)

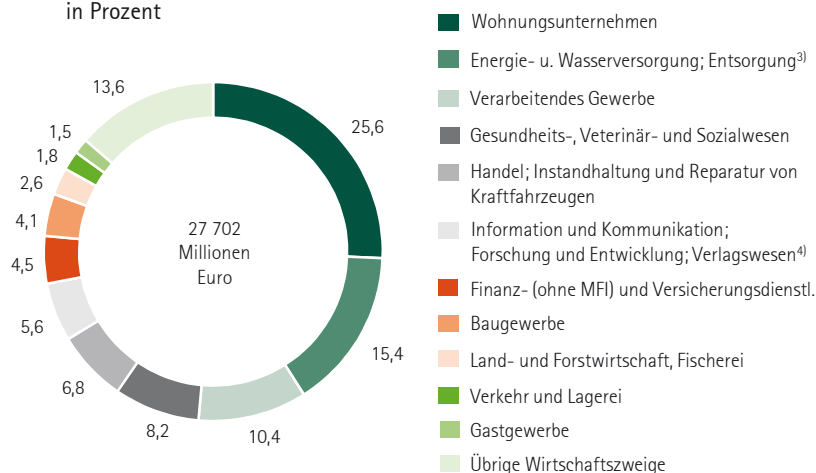
wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen insgesamt ausgehändigten Kredite an genau diesen Dienstleistungsbereich (vgl. Abb. 6).

An das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen wurden im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 Kredite im Wert von 1,4 Milliarden € gezahlt. Für den aktuellen Rand ergab sich ein

8) Nach vorläufigen Angaben der sächsischen Binnenhandelsstatistik lag der Umsatz im Bereich „Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ 2012 im Vergleich zu 2011 nominal um 4,2 Prozent und real um 5,0 Prozent niedriger. Im 1. Quartal 2013 setzte sich die abwärtsgerichtete Entwicklung gegenüber dem Vorjahresquartal um nominal 8,8 Prozent und real 8,6 Prozent sogar noch in verstärkter Intensität fort.

9) einschließlich „Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Beteiligungsgesellschaften), Interessenvertretungen“

Abb. 6 Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen¹⁾ in Sachsen 2012 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾ in Prozent



- 1) Bestand an Buch- und Wechseldiskontkreditlinien zum Jahresende ohne Treuhandkredite. Die Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen wurde geschätzt.
 2) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); WZ-Bezeichnungen gemäß Kundensystematik der Deutschen Bundesbank.
 3) einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden
 4) einschließlich Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Beteiligungsgesellschaften), Interessenvertretungen

Bestand von knapp 2,3 Milliarden €, nachdem er in den Jahren zuvor weitestgehend unverändert zwischen 1,1 ... 1,2 Milliarden € gelegen hatte (vgl. Tab. 3). Dabei ist für die annähernde Verdopplung des Kreditbestandes weniger die konjunkturelle Entwicklung sondern vielmehr eine methodische Besonderheit ausschlaggebend, die konkret in einer Verbesserung des Datenerhebungsverfahrens durch entsprechende Optimierungen im IT-Bereich liegt. Insofern hat sich der Kreditanteil des sächsischen „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens“ an insgesamt von zuletzt unter fünf Prozent auf 8,2 Prozent Ende 2012 erhöht (vgl. Abb. 6). Auf alle übrigen Dienstleistungsbereiche entfielen im Mittel der Jahre 2008 bis 2012 wie auch am aktuellen Rand noch rund 5,9 Milliarden € an Krediten und damit etwa ein Viertel der an (inländische) Unternehmen und (inländische) wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen gezahlten Geldleistungen insgesamt (vgl. Tab. 3). Darunter zeigen vor allem die „Finanz- (ohne MFI) und Versicherungsdienstleister“ seit 2008 bis an den aktuellen Rand einen deutlichen und kontinuierlichen Aufwärtstrend. Hinsichtlich der Entwicklungen und Strukturen in den anderen Dienstleistungsbereichen sei auf die entsprechenden Angaben in Tabelle 3 bzw. Abbildung 6 verwiesen. Das Produzierende Gewerbe in Sachsen erhielt im Zeitraum von 2008 bis 2012 durchschnittlich rund 7,1 Milliarden € an Finanzhilfen und damit mehr als ein Viertel der Gesamtkredite an die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen (vgl. Abb. 5). Zum Jahresende 2012 belief sich der Kreditbestand bereits auf knapp 8,3 Milliarden €. Binnen Jahresfrist waren das 2,2 Prozent mehr, im Vergleich zu 2008

gar 44,6 Prozent mehr. Seither ist das Kreditvolumen im Produzierenden Gewerbe stetig weiter angestiegen. Die im Vergleich zur Gesamtentwicklung sowie zum Kreditzuwachs in den Dienstleistungsbereichen weit überdurchschnittliche Entwicklung hat folglich zu einer Schwerpunktverlagerung der Kreditzahlungen hin zum Produzierenden Gewerbe geführt, die im Unterschied zur allgemeinen Wirtschafts- und Erwerbstätigenstruktur in Sachsen steht. Diese war über die vergangenen Jahre ja gerade stark von einem Wandel weg von der Produktionsgesellschaft hin zur Dienstleistungsgesellschaft geprägt gewesen.¹⁰⁾ Innerhalb des Produzierenden Gewerbes wurde an den Bereich „Energie und Wasserversorgung; Entsorgung; Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 mit rund 3,1 Milliarden € die höchste Kreditsumme ausgezahlt. Am aktuellen Rand belief sich der Kreditbestand auf annähernd 4,3 Milliarden € und lag damit 5,6 Prozent höher als noch 2011. Im Vergleich zum Vorkrisenjahr 2008 ist der aktuelle Wert indes mehr als zweieinhalb Mal so hoch (vgl. Tab. 3). Dahinter steht auch in diesem Wirtschaftszweig ein gewisser Sondereffekt, der nur zum Teil auf die aufstrebende Konjunkturentwicklung im Gefolge der Wirtschaftskrise als vielmehr auch auf eine ähnliche Besonderheit wie w. o. bereits beim „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ beschrieben zurückgeht. Der Anteil an allen Krediten für die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen 2012 betrug 15,4 Prozent (vgl. Abb. 6). Einen ähnlich hohen Kapitalbedarf weist auch das sächsische Verarbeitende Gewerbe auf, wo die Kredite von 2008 bis 2012 ein durch-

schnittliches Niveau von fast 3,0 Milliarden € erreichten (vgl. Abb. 5). Ende 2012 lag der Kreditbestand bei weniger als 2,9 Milliarden € und damit 2,3 Prozent niedriger als im Vorjahr und 5,1 Prozent unter dem Niveau von 2008. 2009 war der Wert dann zwischenzeitlich auf rund 3,2 Milliarden € angewachsen (vgl. Tab. 3). In dieser Steigerung dürften sich im Wesentlichen die Bestrebungen der Unternehmen widerspiegeln, in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzkrise möglichst uneingeschränkt zahlungsfähig zu bleiben und deren negative Auswirkungen so gut es geht zu begrenzen. Als eine Industriebranche, die besonders stark von der Krise betroffen war und ihre Kreditnachfrage 2009 im Vergleich zu 2008 signifikant ausgeweitet hatte, sei hier beispielhaft die „Metallerzeugung und -bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen“ genannt (vgl. Tab. 3). An anderer Stelle, wie z. B. im Bereich „Maschinenbau; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen einschließlich sonstigem Fahrzeugbau sowie Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“ blieb der Kreditbedarf auch über diese Zeit hinweg – nicht zuletzt wegen der staatlichen Konjunkturpakete wie z. B. der „Umweltprämie“ – dagegen weitestgehend konstant bei 0,5 ... 0,6 Milliarden €. ¹¹⁾ Der Kreditanteil des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende 2012 noch immer bei mehr als einem Zehntel, d. h. gut jeder zehnte Euro der an die (inländischen) Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen in Sachsen ausgereichten Finanzhilfen insgesamt wandert in diesen Wirtschaftszweig (vgl. Abb. 6). An das sächsische Baugewerbe gingen seitens der MFI im Durchschnitt der Jahre 2008 bis 2012 wie auch am aktuellen Rand Kredite in Höhe von rund 1,1 Milliarden €. Damit lag das Ergebnis um 1,9 Prozent über dem Vorjahresstand und 8,8 Prozent höher als im Vorkrisenjahr 2008. Von 2000 bis 2007 war die Kreditentwicklung im Baugewerbe noch durch einen kontinuierlichen Abwärtstrend gekennzeichnet gewesen (vgl. Tab. 2). Zu einem gewissen Teil steht diese Entwicklung durchaus im Einklang mit den rückläufigen Betriebs-, Beschäftigten- und Umsatzzahlen der Betriebe des Bauhaupt- bzw. des Ausbaugewerbes mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen in jener Zeit. [4, S. 76 f.] Seither hat sich der Kreditbedarf auf einem Niveau von reichlich einer Milliarde € eingependelt. In der Tendenz ist sogar eine leichte Aufwärtsbewegung zu erkennen (vgl. Tab. 3).

10) Die Entwicklung der sächsischen Wirtschafts- bzw. Erwerbstätigenstruktur wurde zuletzt ausführlicher im Wirtschaftsbericht für Sachsen 2010 thematisiert. Vgl. hierzu [4] sowie zusätzlich [5].
 11) Die Konjunkturentwicklung in der sächsischen Industrie und ausgewählten Branchen zu Zeiten der Krise wurde bereits an anderer Stelle und zu einem früheren Zeitpunkt genauer analysiert. Vgl. hierzu [6] und [7].

Der Anteil des Baugewerbes bezogen auf alle Kredite an (inländische) Unternehmen sowie (inländische) wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen lag zum Jahresende 2012 bei 4,1 Prozent (vgl. Abb. 6).

Auf die „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ entfiel in der Zeit von 2008 bis 2012 schließlich ein durchschnittliches Kreditvolumen von gut 0,6 Milliarden €, zum Jahresende 2012 wa-

ren es reichlich 0,7 Milliarden € und damit 7,6 Prozent mehr als vor Jahresfrist und sogar gut ein Viertel mehr als 2008. Auch bei der Nachfrage nach Krediten spielt dieser Wirtschaftsbereich also im gesamtwirtschaftlichen Kontext eine eher untergeordnete Rolle. So war die „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ zuletzt lediglich zu 2,5 ... 2,6 Prozent an der Gesamtkreditsumme für die (inländischen)

Unternehmen sowie die (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen vertreten (vgl. Tab. 3 und Abb. 6).

Von Seiten der **bundesdeutschen MFI** wurden 2012 Kredite im Gesamtumfang von 1 377,6 Milliarden € an (inländische) Unternehmen sowie (inländische) wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen ausgezahlt. Binnen Jahresfrist entspricht dies einer Niveauförderung um 0,7

Tab. 3 Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen¹⁾ in Sachsen 2008 bis 2012 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen²⁾

Wirtschaftszweig (WZ 2008) ³⁾	Bestand am Jahresende					Veränderung		Anteil an insgesamt 2012
	2008	2009	2010	2011	2012	2012 zu 2011	2012 zu 2008	
	Millionen €					Prozent		
Insgesamt	22 321	26 100	24 690	26 198	27 702	5,7	24,1	100
darunter								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	559	562	607	669	720	7,6	28,8	2,6
Verarbeitendes Gewerbe	3 028	3 170	2 846	2 940	2 873	-2,3	-5,1	10,4
darunter								
Metallerzeugung und -bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen	679	937	723	730	741	1,5	9,1	2,7
Maschinenbau; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen ⁴⁾ ; Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen	541	508	535	553	524	-5,2	-3,1	1,9
Herstellung von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen; Herstellung von elektrischen Ausrüstungen ⁵⁾	648	649	475	420	352	-16,2	-45,7	1,3
Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	279	235	270	320	337	5,3	20,8	1,2
Energie- u. Wasserversorgung; Entsorgung; Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	1 652	1 671	3 736	4 040	4 265	5,6	158,2	15,4
Baugewerbe	1 031	1 022	1 129	1 102	1 122	1,8	8,8	4,1
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	1 771	1 692	1 628	1 636	1 890	15,5	6,7	6,8
Gastgewerbe	440	417	404	400	404	1,0	-8,2	1,5
Verkehr und Lagerei	474	441	525	497	508	2,2	7,2	1,8
Finanz- (ohne MFI) und Versicherungsdienstl.	630	819	889	1 143	1 253	9,6	98,9	4,5
übrige Dienstleistungsbereiche ⁶⁾	12 736	16 306	12 926	13 771	14 667	6,5	15,2	52,9
darunter								
Wohnungsunternehmen	5 835	8 740	6 867	7 216	7 095	-1,7	21,6	25,6
Information und Kommunikation; Forschung und Entwicklung; Verlagswesen ⁷⁾	1 648	1 447	1 445	1 461	1 546	5,8	-6,2	5,6
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen ⁸⁾	1 083	1 210	1 222	1 219	2 266	85,9	109,2	8,2
nachrichtlich:								
Kredite an inländische Selbstständige ⁹⁾	7 009	7 865	7 028	7 055	8 035	13,9	14,6	29,0

1) Buch- und Wechseldiskontkredite ohne Treuhandkredite

2) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008); Die Umstellung der Krediterhebung von der WZ 2003 auf die WZ 2008 zum Jahresende 2008 war in den berichtspflichtigen Bankstellen mit diversen Verzögerungen verbunden, sodass es vereinzelt auch in den Jahren nach 2008 noch zu gewissen "Niveausprüngen" kommt. Dies schränkt eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse von Jahr zu Jahr in gewisser Weise ein.

3) WZ-Bezeichnungen gemäß Kundensystematik der Deutschen Bundesbank (vgl. http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Statistische_Sonderveroeffentlichungen/Statso_2/statso_2_bankenstatistik_kundensystematik_072013.pdf?__blob=publicationFile)

4) einschließlich sonstiger Fahrzeugbau

5) einschließlich Reparatur von Datenverarbeitungsgeräten und Gebrauchsgütern

6) einschließlich freier Berufe

7) einschließlich Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen (ohne Beteiligungsgesellschaften), Interessenvertretungen

8) Die deutliche Kreditniveauförderung von 2011 zu 2012 ist nahezu ausschließlich methodisch bedingt, nachdem es hier zu einer Verbesserung des Datenerhebungsverfahrens durch entsprechende Optimierungen im IT-Bereich gekommen ist.

9) einschließlich Einzelkaufleute

Datenquelle: Regionalstatistik der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

Prozent, gegenüber 2008 um 3,4 Prozent und im Vergleich mit 2000 um 8,7 Prozent. Von den entsprechenden Kreditzahlungen auf Bundesebene waren am aktuellen Rand so 2,0 Prozent den berichtspflichtigen Bankstellen in Sachsen zuzurechnen.

Von den insgesamt 1 377,6 Milliarden € an Finanzhilfen entfielen auf die Dienstleistungsbereiche zusammen mehr als drei Viertel (76,2 Prozent). Darunter waren nennenswerte Anteile beispielsweise für die „Finanz- und Versicherungsdienstleister“ (14,2 Prozent), die „Wohnungsunternehmen“ (13,4 Prozent), den Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (9,2 Prozent), den Bereich „Information und Kommunikation; Forschung und Entwicklung; Verlagswesen“⁹⁾ (6,4 Prozent), das „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ (5,8 Prozent) oder auch für den Bereich „Verkehr und Lagerei“ (5,6 Prozent) zu verzeichnen. Das Produzierende Gewerbe erhielt mit 20,6 Prozent noch ein Fünftel der entsprechenden Kredite. Darunter floss in etwa jeder zehnte Euro ins Verarbeitende Gewerbe (9,5 Prozent), wobei vor allem die Bereiche „Maschinenbau; Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen teilen einschließlich sonstigem Fahrzeugbau; Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen“, „Metallerzeugung und -bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen“ sowie „Holzgewerbe; Papier- und Druckgewerbe; Herstellung von Möbeln und sonstigen Waren“ einen erhöhten Kreditbedarf aufwiesen. Der Bereich „Energie und Wasserversorgung; Entsorgung; Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden“ war 2012 zu 6,7 Prozent an allen den (inländischen) Unternehmen sowie den (inländischen) wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen zur Verfügung gestellten Krediten vertreten, das „Baugewerbe“ zu 4,3 Prozent und die „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ schließlich noch zu 3,2 Prozent.

Verglichen mit der Kreditstruktur in Sachsen kommt der „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ auf Bundesebene also eine etwas höhere Bedeutung zu. Gleiches gilt für den Kreditanteil der Dienstleistungsbereiche in Deutschland, der sogar um annähernd zehn Prozentpunkte höher liegt. Entsprechend weniger stark als in Sachsen ist hingegen das Produzierende Gewerbe an den von den MFI an Unternehmen sowie wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen ausgereichten Krediten insgesamt vertreten.

Zusammenfassung und Ausblick

Das von den sächsischen Monetären Finanzinstituten an die einzelnen Schuldnergruppen ausgezahlte Kreditvolumen insgesamt lag am aktuellen Rand 2012 – anders als auf Bundesebene – niedriger als zu Beginn des Beob-

achtungszeitraums im Jahre 2000. Dies legt den Schluss nahe, dass der Kreditbedarf (der Wirtschaft) auf gesamtdeutscher Ebene über die zurückliegenden Jahre tendenziell immer weiter zugenommen hat, während sich speziell die sächsischen Bankstellen langfristig eher einer rückläufigen Kreditnachfrage durch ihre – vermutlich mehrheitlich innerhalb Sachsens ansässigen – Kunden gegenübersehen. Eine flankierende Finanzausstattung der Betriebe mit Fremdkapital hat hier also offensichtlich an Bedeutung verloren. Dieser Umstand spiegelt sich nicht zuletzt auch in den in ostdeutschen (also auch sächsischen) Betrieben grundsätzlich höheren Eigenkapitalquoten im Vergleich zu denen im früheren Bundesgebiet wider. [8], [9] Ausgehend vom Tiefpunkt in 2008 steigen die für Sachsen zu verzeichnenden Kreditbestände nunmehr aber wieder kontinuierlich an, sofern man einmal vom zwischenzeitlichen Maximum im Krisenjahr 2009 absieht. Dabei sind die jeweiligen Kreditwerte bei den Unternehmen und den wirtschaftlich unselbstständigen und sonstigen Privatpersonen⁹⁾ sowie (nachvollziehbarerweise) bei den langfristigen Krediten am höchsten. Während deren Volumen in den letzten Jahren zusehends weiter zugenommen hat, ist die Entwicklung bei den mittelfristigen und vor allem bei den kurzfristigen Krediten an den Finanzmärkten durch einen mehr oder weniger ausgeprägt abwärtsgerichteten Verlauf charakterisiert. Von wirtschaftszweiglicher Seite her betrachtet, geht der Großteil der sächsischen Kredite in den Dienstleistungssektor. Hier sind vor allem die „Wohnungsunternehmen“, der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“, die „Information und Kommunikation; Forschung und Entwicklung; Verlagswesen“⁹⁾ sowie das „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“ als Wirtschaftszweige mit einem hohen Kreditbedarf zu nennen. Im Produzierenden Gewerbe gilt dies in erster Linie für das Verarbeitende Gewerbe sowie den Bereich „Energie- und Wasserversorgung; Entsorgung sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“.

Natürlich fragen Unternehmen, Privatpersonen oder auch die öffentliche Hand bei monetären Finanzinstituten nicht nur Kredite nach, sondern tätigen dort auch verschiedene Einlagen zur Werterhaltung bzw. Vermehrung ihres finanziellen Vermögens. Ein genauerer Blick auf die einzelnen Einlagenarten sowie deren Gläubigergruppen wird daher Gegenstand des zweiten Teils der Analysen zum Geld und Kreditwesen in Sachsen sein, die in einer der folgenden Ausgaben der Amtszeitschrift publiziert werden.

Roman Straube, Dipl.-Volkswirt,
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich
Gesamtwirtschaftliche Analysen

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Deutsche Bundesbank: Bank Lending Survey – eine Zwischenbilanz und aktuelle Entwicklungen. In: Monatsbericht Januar 2009, Frankfurt a. M., S. 15 – 31 sowie Deutsche Bundesbank: Aggregierte Umfrageergebnisse des Bank Lending Survey für Deutschland. Abrufbar unter: http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Standardartikel/Kerngeschaeftsfelder/Geldpolitik/volkswirtschaft_bank_lending_survey.html [Aufruf vom 04.04.2013].
- [2] Verordnung (EG) Nr. 2423/2001 der EZB vom 22. November 2001 über die konsolidierte Bilanz des Sektors der monetären Finanzinstitute (EZB/2001/13), Artikel 2. Abrufbar unter: <http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/02001r2423-20080104-de.pdf> [Aufruf vom 27.11.2012].
- [3] <http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/facts/Time-series-and-Diagrams/Zeitreihen/Reihen-Kredithuerde.html> [Aufruf vom 04.04.2013].
- [4] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: Wirtschaft im Freistaat Sachsen – Ergebnisse der amtlichen Statistik 2010 (Z 1 2 – j/10), Kamenz, September 2011, S. 9 ff. Abrufbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/100_Berichte-Z/Z_1_2_j10.pdf [Aufruf vom 03.01.2013].
- [5] Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland, 1991 bis 2012, Veröffentlichung des AK VGRdL, Reihe 1, Band 1. Abrufbar unter: http://www.vgrdl.de/Arbeitskreis_VGR/ergebnisse.asp?lang=de-DE#LA-GDP [Aufruf vom 10.04.2013].
- [6] Straube, R.: Analysen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Sachsen 2008/2009 anhand ausgewählter konjunkturstatistischer Kennzahlen. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 2 – 13. Abrufbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Zeitschrift/Zeitschrift_2010_1.pdf [Aufruf vom 03.01.2013].
- [7] Straube, R. und G. Vogt: Amtliche Konjunkturdaten und ifo Geschäftsklimaindex für Sachsen 2008 und 2009 – Wie gestalten sich die Zusammenhänge? In: Statistik in Sachsen, 2/2010, S. 2 – 10. Abrufbar unter: http://www.statistik.sachsen.de/download/300_Voe-Zeitschrift/Zeitschrift_2010_2.pdf [Aufruf vom 03.01.2013].
- [8] imreg: Die Eigenkapitalquote allein spiegelt die Finanzierungssituation im ostdeutschen Mittelstand nur unzureichend wider. Abrufbar unter: <http://www.imreg.de/pdf/projekte/wirtschaftspolitik/imreg-Standpunkt%20EK-Quote%20ostdeutscher%20Unternehmen.pdf> [Aufruf vom 06.11.2013].
- [9] Schulz, H., M. Titze und M. Weinhold (IWH): Eigenkapitalausstattung in den Neuen Ländern teilweise höher als in Westdeutschland. In: Wirtschaft im Wandel, Jg. 17 (5), 2011, S. 180 – 187. Abrufbar unter: <http://www.iwh-halle.de/d/publik/presse/17-11L.pdf> [Aufruf vom 06.11.2013].

Straßenverkehrsunfälle von Fahrradfahrern im Jahr 2012

Vorbemerkungen

Das Bild auf unseren Straßen hat sich seit den 1990-er Jahren gewandelt. War damals ein gravierender Anstieg der Autozahlen zu registrieren und der Wandel von Trabant und Wartburg zu VW, Opel, Renault und Co., so waren es in den letzten Jahren immer mehr Zweiradfahrer, die die Straßen bevölkern. Neben der größeren Zahl an Motorrädern – vor allem Fahrer mittleren Alters haben den Nervenkitzel auf schnellen Zweirädern für sich entdeckt – sind immer mehr Fahrräder in unserem Straßenbild zu finden. Fahrradfahren ist aus verschiedenen Gründen Trend geworden, sei es der Gesundheit zuliebe oder aus der wirtschaftlichen Notwendigkeit heraus aufgrund gestiegener Benzinpreise. Für viele Senioren, die sich eine Autofahrt nicht mehr zutrauen, ist das Fahrrad die einzige Möglichkeit der Mobilität. Nicht zuletzt machen sich auch viele Schüler mit dem Fahrrad auf den verlängerten Schulweg. Auch die Fahrräder selbst haben sich entwickelt. Sie sind leichter und schneller geworden und mancher Fahrradfahrer hat in den letzten Jahren Unterstützung durch kleine Motoren bekommen. Diese gewachsene Beteiligung von Fahrradfahrern am Straßenverkehr hat zwangsläufig auch zu einer gestiegenen Beteiligung an Straßenverkehrsunfällen geführt. Da es sich dabei um ungeschützte Verkehrsteilnehmer handelt – die Zahl der schwer verletzten und getöteten Autofahrer konnte auch durch bessere Sicherungssysteme in den Autos verringert werden – sind Unfälle unter Beteiligung von Fahrradfahrern sehr oft mit Personenschaden verbunden. Dieser Artikel zu Umfang, Ursachen und Folgen von Straßenverkehrsunfällen unter Beteiligung von Fahrradfahrern basiert auf der amtlichen Straßenverkehrsunfallstatistik, die aus den Unfallmeldungen der Polizeidienststellen erstellt wird. Es handelt sich also nur um Straßenverkehrsunfälle, zu denen die

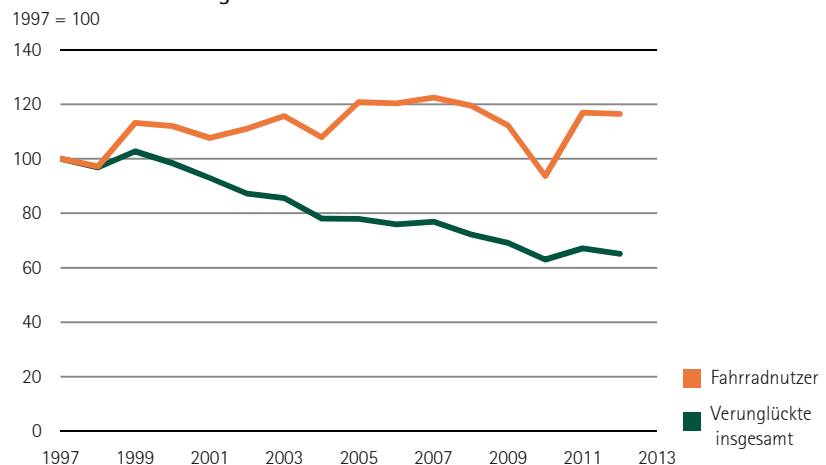
Polizei hinzugerufen wurde. In diesem Beitrag werden nur Unfälle mit Personenschaden betrachtet, also Unfälle, bei denen eine Person verletzt oder getötet wurde. Dabei werden als Getötete die Personen definiert, die nach einem Verkehrsunfall sofort oder innerhalb von 30 Tagen an dessen Folgen sterben. Als Schwerverletzte werden Personen bezeichnet, die unmittelbar nach dem Unfall für mindestens 24 Stunden stationär in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Alle übrigen Verletzten sind Leichtverletzte. Dabei wird jedoch bei Unfällen von Fahrradfahrern mit ausschließlich Leichtverletzten eine große Dunkelziffer vermutet, die nicht der Polizei gemeldet werden, vor allem, wenn es sich um Alleinunfälle handelt.

Überblick

Im Jahr 2012 wurden in Sachsen 13 633 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden von der Polizei aufgenommen. Dabei verloren 211 Verkehrsteilnehmer ihr Leben, 4 009 Personen erlitten schwere und 12 956

leichte Verletzungen. Insgesamt waren mehr als 25 700 Personen an Straßenverkehrsunfällen beteiligt, 61 Prozent als Pkw-Fahrer, 16 Prozent als Fahrradfahrer und sieben Prozent waren zu Fuß unterwegs. Zwei Drittel aller Unfallbeteiligten waren männlich. Unter den 13 633 Hauptverursachern eines Unfalls waren mehr als zwei Drittel Pkw-Fahrer, 13 Prozent Fahrradfahrer und sieben Prozent Fahrer von Güterkraftfahrzeugen. Jeweils ein Fünftel der Hauptverursacher war zwischen 15 und 25 Jahren bzw. zwischen 25 und 35 Jahren alt. Auch bei den Hauptverursachern waren etwa zwei Drittel männlich. Hauptursache von Straßenverkehrsunfällen war im Jahr 2012 das Nichtbeachten der Vorfahrt (18 Prozent aller ermittelten Ursachen) dicht gefolgt von nicht angepasster Geschwindigkeit (17 Prozent). Geschwindigkeitsunfälle waren aber die weitaus schwereren Unfälle, dabei starben 88 Menschen, das waren 42 Prozent aller Getöteten und 17 Personen mehr als im Jahr 2011. Sowohl mehr als die Hälfte aller verunglückten als auch aller getöteten Verkehrsteilnehmer war zum Zeitpunkt des

Abb. 1 Entwicklung der Zahl der Verunglückten insgesamt und der verunglückten Fahrradnutzer



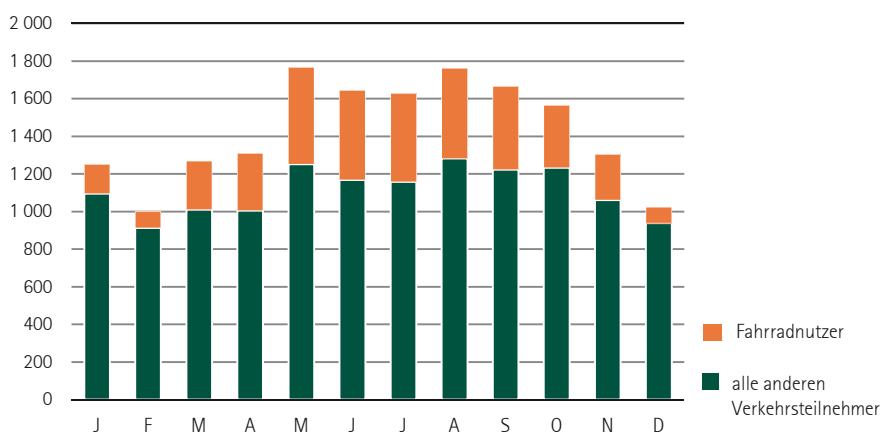
Tab.1 Anzahl der Verunglückten bei Straßenverkehrsunfällen und darunter Fahrradnutzer 1992 bis 2012

Jahr	Verunglückte		Anteil verunglückter Fahrradnutzer an allen Verunglückten in %
	insgesamt	darunter Fahrradnutzer	
1992	23 360	2 433	10,4
1993	23 881	2 692	11,3
1994	26 693	3 124	11,7
1995	26 858	3 170	11,8
1996	27 210	3 111	11,4
1997	26 380	3 298	12,5
1998	25 552	3 204	12,5
1999	27 088	3 734	13,8
2000	25 952	3 692	14,2
2001	24 537	3 549	14,5
2002	23 000	3 664	15,9
2003	22 560	3 813	16,9
2004	20 603	3 557	17,3
2005	20 551	3 985	19,4
2006	20 027	3 968	19,8
2007	20 293	4 040	19,9
2008	19 048	3 943	20,7
2009	18 238	3 703	20,3
2010	16 613	3 091	18,6
2011	17 710	3 857	21,8
2012	17 176	3 840	22,4

Unfalls mit einem Pkw unterwegs. 3 840 Personen verunglückten mit einem Fahrrad, das waren 22 Prozent aller Unfallopfer und die zweithäufigste Art der Verkehrsbeteiligung an einem Straßenverkehrsunfall. Bei ausschließlicher Betrachtung der Getöteten stellten die Nutzer von Motorzweirädern mit einem Anteil von 18 Prozent die zweithäufigste Art der Verkehrsbeteiligung, die wesentlich höheren Geschwindigkeiten führten zu schwereren Unfällen. Jeweils 13 Prozent

aller getöteten Verkehrsteilnehmer fuhrten auf einem Fahrrad bzw. gingen zu Fuß. Während sich die Zahl aller bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückten in den letzten 15 Jahren um ca. ein Drittel verringert hat, ist die Anzahl der verunglückten Fahrradfahrer sogar um etwa ein Sechstel angestiegen. Damit stieg der Anteil der Fahrradfahrer an allen Verunglückten von 13 Prozent im Jahr 1997 auf 22 Prozent im Jahr 2012 (vgl. Tab. 1).

Abb. 2: Verunglückte bei Straßenverkehrsunfällen insgesamt und darunter Fahrradnutzer nach Monaten



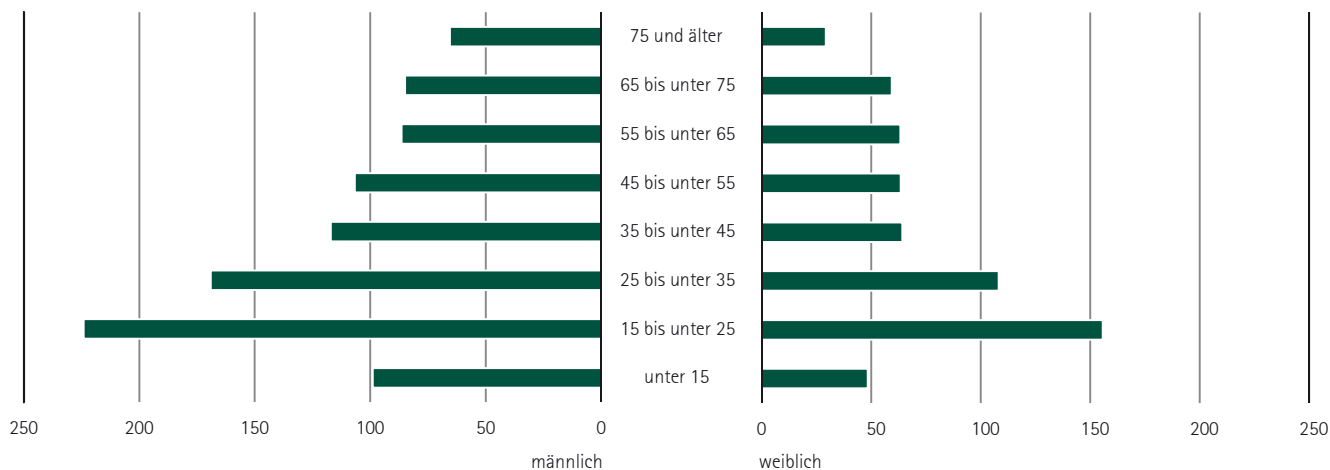
Verunglückte Fahrradfahrer nach Ort und Zeit

Im Jahr 2012 wurde die Polizei zu 3 872 Unfällen mit Personenschaden unter Beteiligung von Fahrradfahrern gerufen. Insgesamt waren 4 155 Fahrradfahrer in diese Unfälle verwickelt. 3 840 Fahrradnutzer erlitten einen körperlichen Schaden, 27 von ihnen starben infolge des Unfalls. 910 Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern wurden schwer und 2 903 leicht verletzt. Das bedeutet, dass

- etwa alle 2 1/4 Stunde ein Unfall unter Beteiligung von Fahrradfahrern aufgenommen werden musste
- jeden Tag mehr als zehn Fahrradnutzer verletzt wurden
- alle zwei Wochen ein Fahrradfahrer bei einem Verkehrsunfall starb
- jede Woche sieben Kinder und elf Senioren über 65 Jahren als Fahrradnutzer bei einem Verkehrsunfall verunglückten
- und jeden Monat ein Senior als Fahrradfahrer bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam.

93 Prozent der Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern kamen innerhalb von Ortschaften zu Schaden. Die schwereren Unfälle gab es jedoch außerhalb von Ortschaften, was sicher auf die größere Geschwindigkeit der anderen Verkehrsteilnehmer zurückzuführen ist. Außerhalb der Ortsschilder verunglückten 37 Prozent der getöteten Fahrradnutzer (10) und 11 Prozent der schwer Verletzten (101). Im Jahr 2012 verunglückten die meisten Fahrradfahrer im Mai (515), die größte Zahl getöteter Fahrradfahrer war in den Monaten Juli und August zu beklagen (jeweils 5). In den Monaten Mai, Juni und Juli kamen jeweils 29 Prozent aller verunglückten Verkehrsteilnehmer als Fahrradnutzer zu Schaden. Von Juni bis September gab es zwischen 442 und 479 verunglückte Fahrradfahrer, die wenigsten wurden im Februar (87) und im Dezember (85) registriert, weil in den Wintermonaten auch weniger Verkehrsteilnehmer mit dem Fahrrad unterwegs sind (Abb. 2). 83 Prozent aller verunglückten Fahrradfahrer kamen bei Tageslicht zu Schaden, in der Gesamtheit aller Verkehrsunfallopfer waren es 76 Prozent. Bei einem Drittel aller an einem Unfall beteiligten Fahrradfahrer ereignete sich dieser Unfall zwischen 14:00 und 18:00 Uhr. Die meisten Beteiligten an Unfällen mit Getöteten gab es aber in den Mittagsstunden (12:00 bis 14:00 Uhr – 7 Beteiligte) und in den frühen Abendstunden (18:00 bis 20:00 Uhr – 6 Beteiligte).

Abb. 3: Verunglückte Fahrradfahrer 2012 nach Altersgruppen und Geschlecht
Verunglückte je 100 000 Einwohner der Altersgruppe



Betrachtung nach Altersgruppen und Geschlecht

Eine Erhebung über den Umfang der Fahrradnutzung gibt es leider nicht. Deshalb kann auch nicht beurteilt werden, ob einzelne Altersgruppen besonders riskant Fahrrad fahren und deshalb häufiger an Unfällen beteiligt sind, oder ob diese Altersgruppe häufiger das Fahrrad nutzt. Fast ein Fünftel aller verunglückten Fahrradfahrer und damit der höchste Anteil war zwischen 25 und 35 Jahren alt, ihr Bevölkerungsanteil beträgt nur knapp 13 Prozent. Daraus ergeben sich 141 verunglückte Fahrradfahrer je 100 000 Einwohner in dieser Altersgruppe. Noch höher war diese Kennziffer bei den 15- bis unter 25-Jährigen, deren Bevölkerungsanteil nur bei neun Prozent liegt. Mit 191 verunglückten Fahrradfahrern je 100 000 Einwohner war diese Kennziffer bei den jungen Heranwachsenden mehr als doppelt so hoch als bei allen übrigen Altersgruppen (Abb. 3). Durchschnittlich waren im Jahr 2012 circa 62 Prozent der verunglückten Fahrradnutzer männlich, wobei in den höheren Altersgruppen der Anteil der Frauen etwas ansteigt. Wie bereits erwähnt sind Fahrradfahrer besonders ungeschützte Verkehrsteilnehmer, deshalb sollen an dieser Stelle die besonders schweren Verkehrsunfälle mit Fahrradfahrern betrachtet werden. Im Jahr 2012 hat sich die Zahl der getöteten Fahrradfahrer um zwei auf 27 im Vorjahresvergleich erhöht. Von diesen 27 Unfallopfern waren zwölf – also fast die Hälfte – 65 Jahre und älter. Im Jahr 2011 waren sieben der insgesamt 25 getöteten Fahrradfahrer 65 Jahre alt oder älter. In keiner anderen Altersgruppe gab es im Jahr 2012 einen derartigen Anstieg. Die Zahl der schwer verletzten Fahrradnutzer ging im vergangenen Jahr um 45 Verkehrsteilnehmer auf 910 zurück, 23 Prozent davon waren 65 Jahre alt oder älter. Erfreulicherweise wurde im Jahr 2012 kein Kind unter 15 Jahren als Fahrrad-

nutzer getötet (2011 waren es drei) und auch die Zahl der schwerverletzten Kinder (75) ist um ein Viertel gesunken. Diese Tendenz kann man schon seit Jahren beobachten. Während sich die Zahl der verunglückten Fahrradfahrer und -mitfahrer von 1995 bis 2012 insgesamt um 21 Prozent erhöht hat, ist die Zahl der verunglückten Kinder (unter 15 Jahren) um 65 Prozent gesunken (Abb. 4). Dabei muss natürlich auch die Bevölkerungsentwicklung mit beachtet werden, denn es gibt heute wesentlich weniger Kinder als 1995. Der Rückgang der Bevölkerung in dieser Altersgruppe betrug jedoch nur 30 Prozent. Dieses positive Ergebnis ist auf die gute Verkehrserziehung in den Schulen in den letzten 20 Jahren zurückzuführen. Im Vergleich dazu sollen noch zwei weitere Altersgruppen betrachtet werden. Bei den Jugendlichen von 15 bis unter 25 Jahren verringerte sich die Zahl der Verunglückten im Jahr 2012 im Vergleich zum Jahr 1995 um 12 Prozent – nachdem sie zwischenzeitlich

im Jahr 2004 um 30 Prozent über dem Wert von 1995 lag. Die Bevölkerungszahl hat sich in den letzten 17 Jahren aber um 34 Prozent verringert, also sind in dieser Altersgruppe die Verunglücktenzahlen faktisch angestiegen. Ähnlich verhält es sich bei der Altersgruppe der 65-Jährigen und älter. Während im Jahr 1995 insgesamt 246 verunglückte Senioren gezählt wurden, waren es im Jahr 2012 schon 583, also 137 Prozent mehr. In dieser Altersgruppe hat sich auch die Bevölkerungszahl im Vergleichszeitraum erhöht, allerdings nur um 32 Prozent. Als Fazit kann man also festhalten, mit Ausnahme der Kinder unter 15 Jahren ist die Zahl der verunglückten Fahrradnutzer in den letzten 17 Jahren in allen Altersgruppen angestiegen. Besonders gefährdet sind die Senioren, weil sie aufgrund ihrer körperlichen Konstitution die Folgen eines Verkehrsunfalles schlechter verkraften und deshalb überproportionale Anteile an den schwer verletzten und getöteten Fahrradfahrern haben.

Abb. 4: Verunglückte Fahrradnutzer 1995, 2004 und 2012 nach Altersgruppen

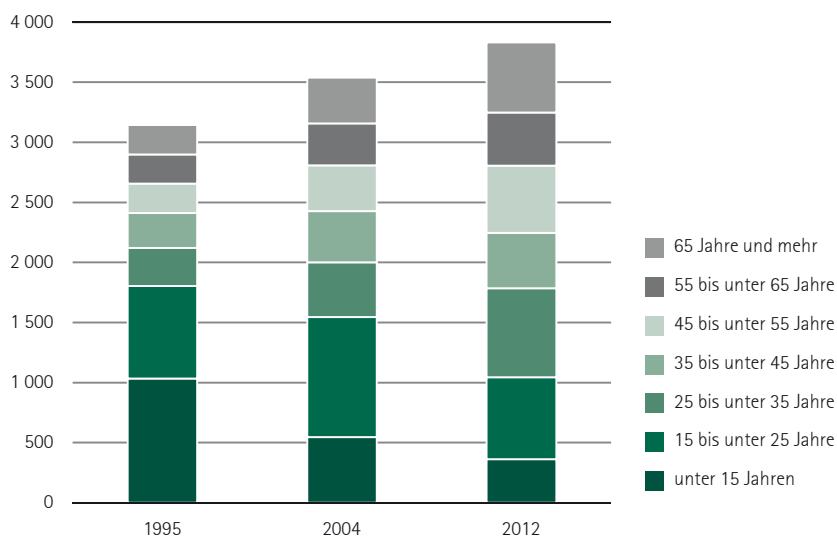
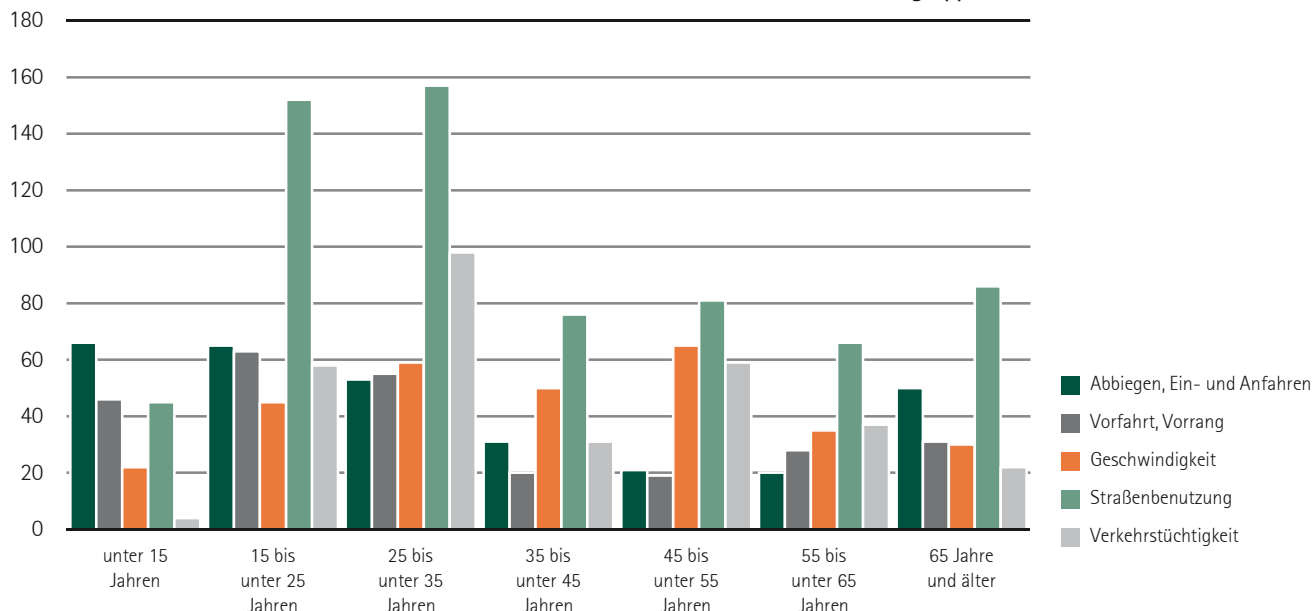


Abb. 5: Fehlverhalten von Fahrradfahrern bei Unfällen mit Personenschaden 2012 nach Altersgruppen



Ursachen und Verursacher von Straßenverkehrsunfällen mit Fahrradfahrern

Im Jahr 2012 waren insgesamt 4 155 Fahrradfahrer an Unfällen mit Personenschaden (zu denen die Polizei gerufen wurde) beteiligt, 144 von ihnen verließen den Unfallort unerlaubt. 44 Prozent der beteiligten Fahrradfahrer wurde die Hauptschuld am Entstehen des Unfalls zugewiesen. So entschied die Polizei u. a., dass jeweils ein Fahrradfahrer 17 Unfälle mit tödlichem Ausgang und 557 Unfälle mit Schwerverletzten verursacht hat, wobei der Fahrer in der Regel selbst zu den Verunglückten zählte. Was sind nun die hauptsächlichen Fehlverhalten von Fahrradfahrern?

Alle nachfolgend aufgeführten Fehlverhalten wurden bei allen Unfällen unter Beteiligung von Fahrradfahrern registriert, auch wenn dieser nicht als Hauptverursacher bestimmt wurde. Zu jedem Unfall kann die Polizei bis zu acht Ursachen festlegen, die sich auf die Beteiligten und auch auf Straßenzustände, Witterungsverhältnisse u. Ä. beziehen können. Unangefochtener Spitzenreiter bei den Fehlverhalten von Fahrradfahrern ist die falsche Straßenbenutzung, die 691-mal als Ursache von der Polizei festgestellt wurde. Darunter ist u. A. die Benutzung des Radweges auf der falschen Seite, das Ignorieren eines vorgeschriebenen Radweges oder das Fahren

auf dem Fußweg zu verstehen. 312-mal wurden im Jahr 2012 Fehler von Fahrradfahrern beim Abbiegen bzw. beim Einfahren in den fließenden Verkehr festgestellt, die zu einem Unfall geführt haben. Genauso oft war die Geschwindigkeit des Radfahrers der jeweiligen Verkehrssituation nicht angepasst und in 309 Fällen war der Fahrradfahrer nicht verkehrstüchtig (darunter 84 Prozent Alkohol). Dabei gibt es zwischen den Altersgruppen große Unterschiede. Während die Kinder am meisten Probleme beim Abbiegen, Ein- und Anfahren haben, steht bei jungen Leuten zwischen 15 und 35 Jahren die falsche Straßenbenutzung an oberster Stelle. Auch bei

Tab. 2 Unfälle mit zwei Beteiligten mit Personenschaden 2012 nach Unfallverursacher, Unfallgegner und Unfallfolgen

Gegenstand der Nachweisung	Der erste Beteiligte (Hauptverursacher) war ein			Gegenstand der Nachweisung	Der zweite Beteiligte war ein		
	Pkw	Lkw	Fahrrad		Der erste Beteiligte (Hauptverursacher) war ein Fahrrad	Pkw	Fußgänger
Anzahl Unfälle	1 687	180	246	Anzahl Unfälle	595	128	
vom ersten Beteiligten verunglückten				vom ersten Beteiligten verunglückten			
insgesamt	20	2	107	insgesamt	596	34	
davon				davon			
Getötete	-	-	-	Getötete	2	-	
Schwerverletzte	2	-	23	Schwerverletzte	148	9	
Leichtverletzte	18	2	84	Leichtverletzte	446	25	
vom zweiten Beteiligten verunglückten				vom zweiten Beteiligten verunglückten			
insgesamt	1 683	182	214	insgesamt	16	116	
davon				davon			
Getötete	5	2	1	Getötete	-	-	
Schwerverletzte	299	42	42	Schwerverletzte	1	26	
Leichtverletzte	1 379	38	171	Leichtverletzte	15	90	

den Senioren ist das die mit Abstand häufigste Ursache. Unangepasste Geschwindigkeit ist am ehesten ein Problem der mittleren Altersgruppen zwischen 25 und 55 Jahren, während fehlende Fahrtüchtigkeit – und damit zum überwiegenden Teil die Nutzung des Fahrrades unter Alkoholeinfluss – Unfallursache der Jüngeren (15 bis unter 35), aber auch der mittleren Altersgruppe (45 bis unter 55) war (Abb. 5).

720 Unfälle waren Alleinunfälle von Fahrradfahrern. Wenn zwei Verkehrsteilnehmer am Unfall beteiligt waren, stieß ein Fahrradfahrer am häufigsten mit einem Pkw zusammen (2 282-mal), in etwas mehr als einem Viertel dieser Fälle bekam der Fahrradfahrer die Hauptschuld. Am zweithäufigsten stieß ein Fahrradfahrer mit einem anderen Fahrradfahrer zusammen (246-mal). Bei den insgesamt 199 Unfällen zwischen einem Lkw und einem Fahrrad wurde jeder sechste Fahrradfahrer als Hauptverursacher ermittelt. Fast genauso oft (196) gab es einen Zusammenstoß zwischen einem Fahrrad und einem Fußgänger, hier waren zwei Drittel der Fahrradfahrer die Hauptschuldigen (Tab. 2).

Regionale Betrachtung von Straßenverkehrsunfällen unter Beteiligung von Radfahrern

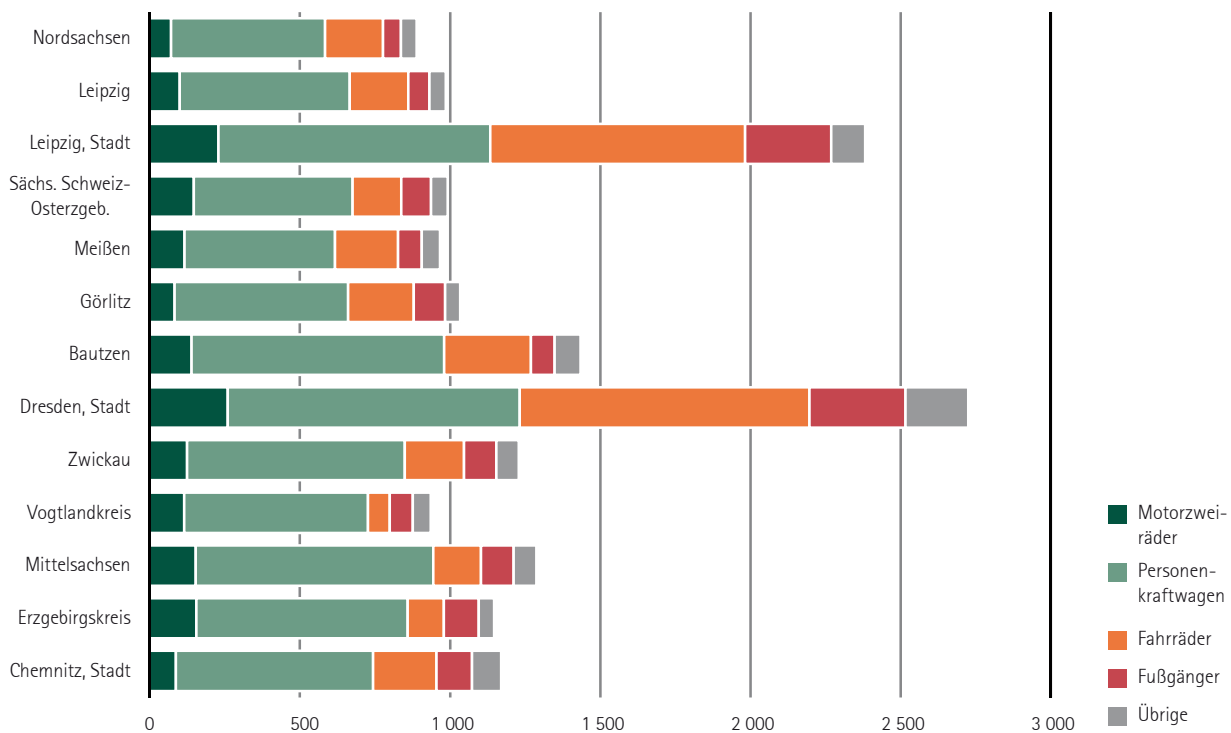
Da sich 93 Prozent aller Unfälle mit Personenschaden in die Fahrradfahrer verwickelt waren innerhalb von Ortschaften abgespielt

haben, ist bei einer regionalen Betrachtung der Anteil der Kreisfreien Städte an allen Unfällen mit Fahrradfahrern wesentlich größer als der der Landkreise. Mehr als die Hälfte aller verunglückten Fahrradnutzer mussten in einer der Kreisfreien Städte registriert werden, wobei Dresden (25 Prozent) und Leipzig (22 Prozent) die absoluten Spitzenreiter waren, während Chemnitz (5 Prozent) sich in die Größenordnung der Landkreise einordnet. Aber auch da gibt es regionale Unterschiede. Der Landkreis Bautzen ist mit flachem Land und vielen Freizeitangeboten für Radfahrer besonders für diese Art der Fortbewegung geeignet. Damit ist dieser auch flächenmäßig größte Landkreis der mit der höchsten Zahl von verunglückten Fahrradfahrern (289, das sind 8 Prozent). Es folgen Görlitz (219 Verunglückte), Meißen (210) und der Landkreis Leipzig (195), ebenfalls alles Gegenden ohne große Erhebungen. Dagegen gab es im Vogtlandkreis nur 73 verunglückte Fahrradnutzer (Abb. 6). Etwas anders sieht es bei der Zahl der getöteten Fahrradnutzer aus. Im Landkreis Mittelsachsen starben im vergangenen Jahr vier Fahrradfahrer bei einem Verkehrsunfall, das war die höchste Zahl. Neben den Landkreisen Nordsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Görlitz verloren auch in der Kreisfreien Stadt Leipzig jeweils drei Fahrradfahrer ihr Leben bei einem Verkehrsunfall. Ein Jahr zuvor waren in den Landkreisen Nordsachsen und Säch-

sische Schweiz-Osterzgebirge keine getöteten Fahrradfahrer zu beklagen. Dagegen kamen im Jahr 2012 im Landkreis Bautzen „nur“ zwei Fahrradfahrer bei Unfällen ums Leben, im Jahr 2011 waren es noch fünf. Auch in der Kreisfreien Stadt Dresden konnte diese Zahl von vier im Jahr 2011 auf einen im letzten Jahr gesenkt werden.

Bundesweit verunglückten im Jahr 2012 insgesamt 74 776 Fahrer und Mitfahrer von Fahrrädern (-2,6 Prozent gegenüber 2011), 406 von ihnen tödlich (Anstieg um 7 Personen bzw. 1,8 Prozent). Das entspricht einem bevölkerungsbezogenen Risiko von 93 bei Straßenverkehrsunfällen verunglückten Fahrradnutzern je 100 000 Einwohner. In Sachsen lag diese Kennziffer bei 95. Im Durchschnitt aller Bundesländer wurden fünf Fahrradfahrer oder -mitfahrer je eine Million Einwohner bei einem Straßenverkehrsunfall getötet, in Sachsen waren es dagegen fast sieben und damit nach Sachsen-Anhalt der zweithöchste Wert dieser Kennziffer [1, 2] (Tab. 3). Zum Vergleich ergibt die Betrachtung aller Verunglückten bundesweit ein bevölkerungsbezogenes Unfallrisiko von 482 verunglückten Verkehrsteilnehmern je 100 000 Einwohner in Sachsen lag es um einiges niedriger bei 424. Allerdings starben im Freistaat 52 Personen je 1 Million Einwohner an den Folgen eines Verkehrsunfalls, im Bundesdurchschnitt waren es 45.

Abb. 6 Verunglückte 2012 nach Art der Verkehrsbeteiligung sowie nach Kreisfreien Städten und Landkreisen



Tab. 3 Anzahl der verunglückten und getöteten Fahrradnutzer sowie die bevölkerungsbezogenen Kennziffern 2012 nach Bundesländern

Bundesland	Verunglückte Fahrradnutzer		Einwohnerzahl ¹⁾	Verunglückte je 100 000 Einwohner	Getötete je 1 Million Einwohner
	insgesamt	darunter Getötete			
Baden-Württemberg	7 928	43	10 569 111	75	4
Bayern	12 758	74	12 519 571	102	6
Berlin	5 199	15	3 375 222	154	4
Brandenburg	2 481	18	2 449 511	101	7
Bremen	1 356	3	654 774	207	5
Hamburg	2 188	4	1 734 272	126	2
Hessen	3 519	21	6 016 481	58	3
Mecklenburg-Vorpommern	1 478	8	1 600 327	92	5
Niedersachsen	8 546	48	7 778 995	110	6
Nordrhein-Westfalen	15 349	81	17 554 329	87	5
Rheinland-Pfalz	2 624	21	3 990 278	66	5
Saarland	1 545	2	994 287	155	2
Sachsen	3 840	27	4 050 204	95	7
Sachsen-Anhalt	2 186	18	2 259 393	97	8
Schleswig-Holstein	3 515	13	2 806 531	125	5
Thüringen	1 264	10	2 170 460	58	5
Deutschland	74 776	406	80 523 746	93	5

1) im Dezember 2012 auf Grundlage des Zensus 2011

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ausblick

Die Zahlen belegen es: Die Teilnahme am Straßenverkehr mit einem Fahrrad ist nicht ungefährlich. Im ersten Halbjahr 2013 gab es trotz der ungünstigen Witterung im Frühjahr bereits 1 343 verunglückte Fahrradnutzer. Auch wenn dieser Wert ebenso wie die Zahl der Schwerverletzten (324) jeweils um ein Viertel unter dem des Vorjahreszeitraums liegt, so starben doch bereits elf Fahrradfahrer an den Folgen eines Verkehrsunfalls und damit drei mehr als im ersten Halbjahr 2012. Mit der stärkeren Verbreitung von Pedelec und E-Bike wird die Problematik der Straßenverkehrsunfälle mit Fahrrädern sicher noch brisanter, weil sich mit elektromotorischer Unterstützung größere Geschwindigkeiten erreichen lassen. Wobei es sich bei einem E-Bike – darunter ist ein Fahrrad mit Trethilfe und elektromotorischem Antrieb zu verstehen, mit deren Unterstützung sich Geschwindigkeiten bis 45 km/h erreichen lassen – um ein zulassungsfreies Kraftrad handelt, für das Versicherungskennzeichenpflicht besteht. Sowohl E-Bike als auch Pedelec werden ab 2014 als eigenständige Art der Verkehrsbeteiligung in den Unfallprotokollen geführt, um die Unfallentwicklung mit diesen Sonderformen des Fahrrades besser beobachten zu können. Momentan befindet sich diese Maßnahme in einer Testphase.

Um bei den Fahrradnutzern die Unfallzahlen zu senken, wird auch zukünftig ein wesentliches Augenmerk der Präventionsarbeit von Politik und Polizei auf dieser Art der Verkehrsbeteiligung liegen. So gibt es beispielsweise im sächsischen Lenkungsausschuss Verkehrssicherheit, in dem auch das Statistische Landesamt zwecks Datenlieferung Mitglied ist, eine spezielle Arbeitsgruppe Rad. Mit der Verkehrserziehung in Kindergärten und Schulen wurden schon gute Erfolge erzielt, dafür sollten unbedingt auch in Zukunft Mittel zur Verfügung stehen. Darüber hinaus müssen aber auch verstärkt verkehrserzieherische Maßnahmen für Erwachsene angeboten werden, damit diese gesunde Form der Fortbewegung auch wirklich gesund bleibt. Eine Fahrradhelmpflicht wäre sicher eine Möglichkeit zur Verringerung der Zahl schwerer und schwerster Verletzungen, aber nicht zur Vermeidung von Unfällen. Dazu bedarf es neben Information und Aufklärung auch des weiteren Ausbaus des Radwegenetzes und anderer verkehrsstruktureller Maßnahmen und eventuell auch verstärkter Kontrollen.

Carmen Ronge, Dipl.-Ing., Referentin Dienstleistungen, Handel, Verkehr und Tourismus

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Statistisches Bundesamt: Zweiradunfälle im Straßenverkehr 2012
- [2] Bevölkerung im Dezember 2012 auf Grundlage des Zensus 2011 – Internetauftritt des Statistischen Bundesamtes

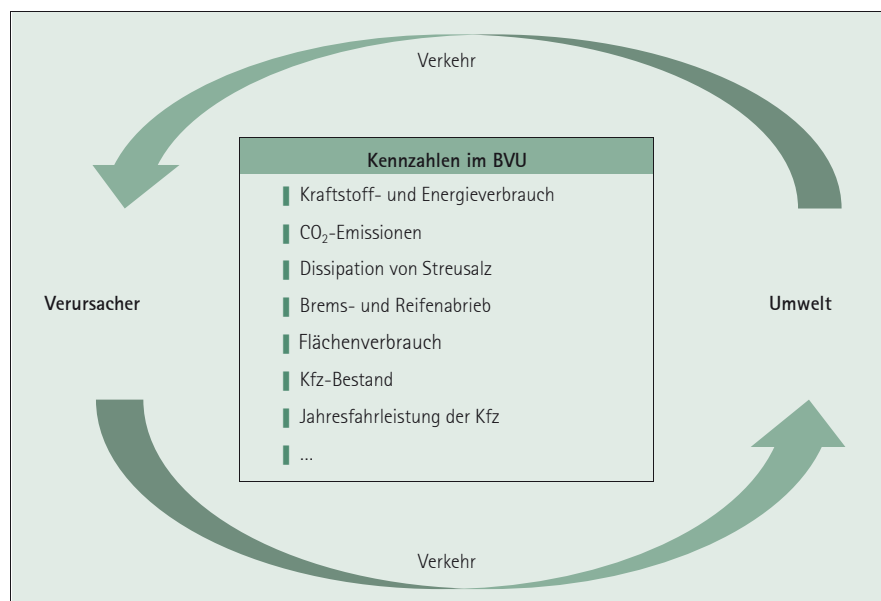
Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Kraftfahrzeugbestand, Jahresfahrleistung und Straßenverkehrsfläche für Sachsen im Bundesländervergleich

Vorbemerkung

Seit 2009 wird das „Regionale Berichtsmodul Verkehr und Umwelt (BVU)“ als Teil der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen der Länder (UGRdL) im Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen bearbeitet.¹⁾ Mit dem Berichtsmodul wird die Intention verfolgt, einen „Veröffentlichungsrahmen zur gezielten Darstellung des Verkehrs in Sachsen [oder in jedem anderen Bundesland] in seinen Wechselwirkungen zur Umwelt“ zur Verfügung zu stellen (vgl. Abb. 1). [2] Dabei ermöglichen die Abgrenzungen im BVU sowohl Betrachtungen nach den Quellen als auch nach den Verursachern der durch den Verkehr hervorgerufenen Umweltwirkungen. Analysen zu einem einzelnen Bundesland und der Vergleich der Länder im Kontext zu Deutschland sind realisierbar. Verkehr wird als motorisierte Aktivität zum Transport von Gütern und zur Beförderung von Personen definiert. [2]

Zur Konzeption, Methodik und zum Aufbau des BVU sowie zu ersten Ergebnissen sind im Jahr 2010 bereits drei Publikationen in dieser Zeitschrift erschienen. [2, 3, 4] Daran anknüpfend zeigt dieser Beitrag, welche weiteren Auswertungsmöglichkeiten das BVU bietet. Es wurde eine vergleichende Analyse nach Bundesländern für die ausgewählten Kennzahlen Kfz-Bestand, Jahresfahrleistung und Straßenverkehrsfläche in Bezug zur Bevölkerung und Bodenfläche vorgenommen. Mit Verweis auf die bereits veröffentlichten Artikel wurde keine Zeitreihenbetrachtung durchgeführt, sondern der Analysezeitraum auf das ausgewählte Jahr 2008²⁾ beschränkt. Ziel der Analyse war die Darstellung der Position Sachsens im Vergleich zu den anderen Bundesländern und zu Deutschland. Der konzeptionelle Rahmen des BVU besteht seit dem Jahr 2010. Seither sind Struktur und Aufbau des Berichtsmoduls unverändert geblieben. Damit ist zu den schon veröffentlichten Ergebnissen aus dem BVU jederzeit

Abb. 1 Wechselwirkung von Verkehr und Umwelt



die Vergleichbarkeit gewährleistet. Trotz der Prämisse Wiederholungen zu bereits erschienen Veröffentlichungen zu vermeiden, ist eine kurze Erläuterung zur Methodik und zum theoretischen Hintergrund, insbesondere zu den Besonderheiten des BVU, für das Verständnis der später dargestellten Analyse unverzichtbar.

Methodik

Verursacherbezogene Perspektive

Eine Option für die Auswertung der Kennzahlen im BVU ist das Abstellen auf den Kfz-Halter. Damit setzt die Analyse bei dem Verursacher der Umweltwirkung an und es kann dem vielfach geforderten Aspekt der Kostenwahrheit im Verkehr Rechnung getragen werden (Verursacherprinzip). Dies ist als Besonderheit hervorzuheben, da es sich dabei um eine verursacherbezogene Betrachtung und nicht – wie ebenfalls möglich und

oft vorgenommen – um eine gebietsbezogene Betrachtung handelt (vgl. Abb. 2). Die verursacherbezogene Perspektive rückt, im Gegensatz zur bisher weit verbreiteten Darstellung der Merkmale in regionaler Wirkung (gebiets- oder auch quellenbezogener Ansatz genannt), die Akteure in den Fokus der Überlegungen (vgl. auch [5]).

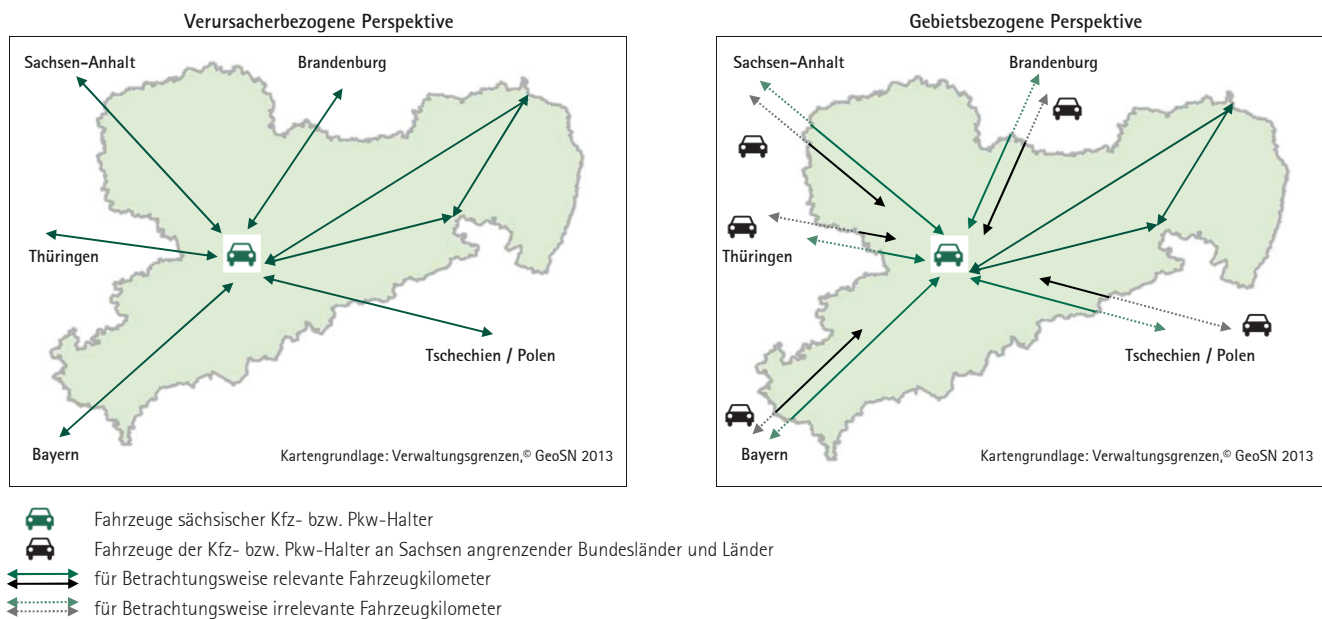
Für die in der Analyse betrachtete BVU-Kennzahl Jahresfahrleistung³⁾ der Kfz bedeutet dies, dass bei der beispielsweise für das Bun-

1) Auf Bundesebene gibt es im Rahmen der UGR des Statistischen Bundesamtes bereits ein etabliertes, separates Berichtsmodul Verkehr und Umwelt. [1]

2) Bei der Straßenverkehrsfläche und Bevölkerung wurde auf deren Stand zum 31.12.2008 zurückgegriffen. Bei den Kfz-Beständen auf den Stand zum 01.01.2009, welcher den Kfz-Bestand für das Jahr 2008 repräsentiert. Die Jahresfahrleistung wurde für 2008 berechnet.

3) Den Berechnungen der Jahresfahrleistung (verursacherbezogen) liegen Angaben des Kraftfahrtbundesamtes [6], des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung [7], der Studie „Mobilität in Deutschland 2008“ (MiD 2008) [8] und des Methodenberichts des Statistischen Bundesamtes zur Weiterentwicklung der Berechnungen zum Energieverbrauch und zu den CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs [9] zugrunde.

Abb. 2 Unterschiedliche Umweltwirkungen in Abhängigkeit von der gewählten Perspektive



desland Sachsen ausgewiesenen Jahresfahrleistung es sich um die von den sächsischen Kfz-Haltern mit ihren Fahrzeugen (Quellen) erbrachte Jahresfahrleistung handelt. Diese muss nicht zwangsläufig auf sächsischem Boden erbracht worden sein. Die regionale Wirkung, der Ort der Umweltwirkungen wird bei der verursacherbezogenen Perspektive somit nicht abgebildet. Im Gegensatz dazu werden bei der gebietsbezogenen Betrachtung alle im Bundesland Sachsen zurückgelegten Kilometer, unabhängig von der Herkunft der sie verursachenden Fahrzeuge (Quellen) berücksichtigt. Der Raum, in dem

der Verkehr stattfindet, gleicht der erforderlichen bzw. genutzten Infrastruktur. In Abhängigkeit von der gewählten Perspektive, der gebiets- oder verursacherbezogenen Betrachtungsweise, führen die Berechnungen und Analysen zu völlig unterschiedlichen Aussagen. Dies ist, insbesondere vor der weiteren Betrachtung der Auswirkungen von Verkehr auf die Umwelt, zu beachten. Das BVU trägt mit seinem konzeptionellen Aufbau beiden Perspektiven Rechnung. Die in diesem Artikel dargestellten Ergebnisse zur Jahresfahrleistung entsprechen der verursacherbezogenen Perspektive.

Off-Road-Verkehr) und das Verkehrsmittel Kraftfahrzeug. Hinsichtlich der Haltergruppen ist eine weitere Differenzierung möglich und auch anzustreben. Dies würde jedoch den Rahmen dieses Aufsatzes überschreiten. Bezüglich der räumlichen Abgrenzung wird, der verursacherbezogenen Perspektive entsprechend, für die Jahresfahrleistung keine weitere Differenzierung vorgenommen. Die Angaben zur Straßenverkehrs- und Bodenfläche sowie zur Bevölkerung beziehen sich naturgemäß auf das jeweils eigene Bundesland.

Ergebnisse

Überblick

Das BVU enthält zehn Zielgrößen, zusammengefasst in vier übergeordneten Bereichen (vgl. [2, S. 20, Abb. 2]). Für die vorliegende Analyse wurden Kennzahlen aus den übergeordneten Bereichen Umweltnutzung, Verkehrsbetrieb und Verkehrsinfrastruktur sowie aus dem Bereich der ökonomischen Eckdaten und Bezugswahlen herangezogen. Im Einzelnen sind das die Kennzahlen **Kfz-Bestand**, **Jahresfahrleistung** und **Straßenverkehrsfläche**. Als Bezugswahlen des Landes fungieren die **Bodenfläche** und die **Bevölkerung**. Als Analysejahr wurde das Jahr 2008²⁾ festgelegt, da hier für alle ausgewählten Kennzahlen bereits Daten verfügbar sind bzw. die Berechnung möglich war. Obwohl die Kfz-Bestände und Jahresfahrleistungen auch nach Fahrzeugarten untergliedert vorliegen, beschränkt sich diese Analyse im Wesentlichen auf die Betrachtung der Kfz-Bestände

4) hier als Konsumenten

Abb. 3 Abgrenzungsmöglichkeiten im BVU

Haltergruppen	Gewerblicher Verkehr Werkverkehr Motorisierter Individualverkehr (MIV)
Quelle / Verkehrsmittel	Kraftfahrzeug Schienenfahrzeug Schiff Flugzeug
Infrastruktur / Verkehrsträger	Straße / Off-Road Schiene Wasser Luft
Räumliche Abgrenzung	Eigenes Bundesland Anderes Bundesland Ausland

Abgrenzungen im BVU

Wie in Abbildung 3 ersichtlich, lassen sich die als Verursacher von Umweltwirkungen herausgestellten Akteure zu folgenden übergeordneten Haltergruppen zusammenfassen:

- Gewerblicher Verkehr,
- Werkverkehr und
- Motorisierter Individualverkehr (MIV).

Diese Klassifizierung orientiert sich an den etablierten Gesamtrechnungssystemen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) bzw. UGR und schließt somit alle Wirtschaftsbereiche und zusätzlich die privaten Haushalte⁴⁾ in die Betrachtungen ein. Eine Differenzierung des Verkehrs nach Verkehrsmitteln, Verkehrsträgern und hinsichtlich der räumlichen Abgrenzung ist ebenfalls möglich. Für die vorgestellte Analyse werden folgende Abgrenzungen verwendet: Analysiert werden der Verkehrsträger Straße (einschließlich

Tab. 1 Kennzahlen und Bezugswerte im BVU 2008 nach Ländern

Land	Kfz-Bestand		Jahresfahrleistung		Straßenverkehrsfläche		Bodenfläche		Bevölkerung	
	Anzahl	%	Mill. Fzg-km	%	1 000 ha	%	1 000 ha	%	Mill.	%
Baden-Württemberg	6 867 506	13,9	86 059,9	12,6	180,2	11,5	3 575,1	10,0	10,7	13,1
Bayern	8 499 456	17,1	112 931,6	16,5	310,2	19,8	7 055,0	19,8	12,5	15,3
Berlin	1 266 879	2,6	15 895,6	2,3	10,6	0,7	89,2	0,2	3,4	4,2
Brandenburg	1 546 337	3,1	23 192,5	3,4	90,2	5,8	2 948,1	8,3	2,5	3,1
Bremen	299 283	0,6	3 693,2	0,5	3,6	0,2	40,4	0,1	0,7	0,8
Hamburg	818 189	1,7	10 178,5	1,5	7,2	0,5	75,5	0,2	1,8	2,2
Hessen	3 860 815	7,8	55 666,1	8,1	130,5	8,3	2 111,5	5,9	6,1	7,4
Mecklenburg-Vorpommern	951 827	1,9	14 057,8	2,1	57,4	3,7	2 318,6	6,5	1,7	2,0
Niedersachsen	4 895 553	9,9	74 511,5	10,9	210,2	13,4	4 762,7	13,3	7,9	9,7
Nordrhein-Westfalen	10 318 681	20,8	144 636,4	21,2	203,9	13,0	3 408,8	9,5	17,9	21,9
Rheinland-Pfalz	2 671 389	5,4	36 941,3	5,4	99,4	6,3	1 985,4	5,6	4,0	4,9
Saarland	678 332	1,4	9 491,9	1,4	14,1	0,9	257,0	0,7	1,0	1,3
Sachsen	2 405 706	4,9	31 980,8	4,7	62,9	4,0	1 841,9	5,2	4,2	5,1
Sachsen-Anhalt	1 384 486	2,8	19 752,0	2,9	67,8	4,3	2 044,8	5,7	2,4	2,9
Schleswig-Holstein	1 730 303	3,5	25 045,3	3,7	60,7	3,9	1 579,9	4,4	2,8	3,5
Thüringen	1 368 347	2,8	19 252,0	2,8	59,4	3,8	1 617,2	4,5	2,3	2,8
Deutschland¹⁾	49 563 089	100	683 286,5	100	1 568,3	100	35 711,1	100	82,0	100

1) Kfz-Bestand und Jahresfahrleistung: Die Ländersumme enthält keine Kfz, die Bundesland unplausibel bzw. den Bundesländern nicht zuzuordnen sind, z. B. Kfz der Bundespolizei

Datenquellen:

Kfz-Bestand: Kraftfahrt-Bundesamt: Kfz-Bestand zum 01.01.2009

Jahresfahrleistung: eigene Berechnung

Straßenverkehrsfläche/ Bodenfläche: Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 5.1, Tabelle 1.3 Bodenfläche zum 31.12.2008

Bevölkerung: Statistisches Bundesamt: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (12411) zum 31.12.2008

und Jahresfahrleistungen insgesamt⁵⁾. Eine weiterführende, nach Kraftfahrzeugarten differenzierte Auswertung ist jederzeit möglich und lässt interessante Aussagen erwarten.

Auswertung

Die Abbildung 4 gibt Auskunft über die absoluten Werte der ausgewählten Kenn- und Bezugswerte für alle Bundesländer im ausgewählten Analysejahr 2008 (vgl. dazu auch Tab.1).

In Abbildung 5 sind die Bundesländer mit den gleichen Kenn- und Bezugswerten absteigend in der Reihenfolge der Größe ihres Kfz-Bestandes dargestellt. Dafür wurden für jedes einzelne Bundesland die jeweiligen Anteilswerte an der zugehörigen Ländersumme ermittelt (in Prozent).

Die **bevölkerungsreichsten Bundesländer und größten Flächenländer** weisen folgerichtig auch den höchsten Kfz-Bestand, die höchste Jahresfahrleistung und die größte Straßenverkehrsfläche auf. Das bevölkerungsreichste Bundesland ist Nordrhein-Westfalen, gefolgt von Bayern und Baden-Württemberg. Diese drei Bundesländer sind in der gleichen Reihenfolge auch „Spitzenreiter“ beim Kfz-Bestand und bei den Jahresfahrleistungen.

Größtes Flächenland ist dagegen mit Ab-

stand Bayern, gefolgt von Niedersachsen und wiederum Baden-Württemberg. Korrespondierend zur größten Bodenfläche und als zweitbevölkerungsreichstes Bundesland ist die Straßenverkehrsfläche mit 310 207 ha in Bayern am größten. Dies entspricht einem Anteil von 4,4 Prozent an der Bodenfläche. Die zweitgrößte Straßenverkehrsfläche weist mit 210 194 ha Niedersachsen auf und die drittgrößte Straßenverkehrsfläche ist mit 203 850 ha bei Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Flächenland, zu verzeichnen.

In Analogie zur Betrachtung der bevölkerungsreichen Bundesländer, weisen auch die **bevölkerungsarmen und kleinsten Flächenländer**⁶⁾ den geringsten Kfz-Bestand, die geringste Jahresfahrleistung und die kleinste Straßenverkehrsfläche auf. Die bevölkerungsärmsten Flächenländer sind Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland. Diese drei Bundesländer belegen in der gleichen Reihenfolge auch die letzten Positionen beim Kfz-Bestand und bei den Jahresfahrleistungen.

Nach Thüringen und Schleswig-Holstein bildet das Saarland das „Schlusslicht“ bei der Bodenfläche der Flächenländer. Diese Position nimmt das Saarland mit 14 133 ha auch bei der Straßenverkehrsfläche ein, wobei ihr Anteil an der Bodenfläche mit 5,5 Prozent

verhältnismäßig hoch ist. Im Unterschied zur Bodenfläche steht Mecklenburg-Vorpommern bei der Straßenverkehrsfläche mit 57 444 ha an „vorletzter Stelle“ und zwar bei einem Anteil der Verkehrs- an der Bodenfläche von lediglich 2,5 Prozent. Davor reiht sich mit 59 360 ha erst Thüringen und dann mit 60 699 ha Schleswig-Holstein ein, wobei der Anteil der Verkehrs- an der Bodenfläche für Thüringen 3,7 Prozent und für Schleswig-Holstein 3,8 Prozent beträgt.

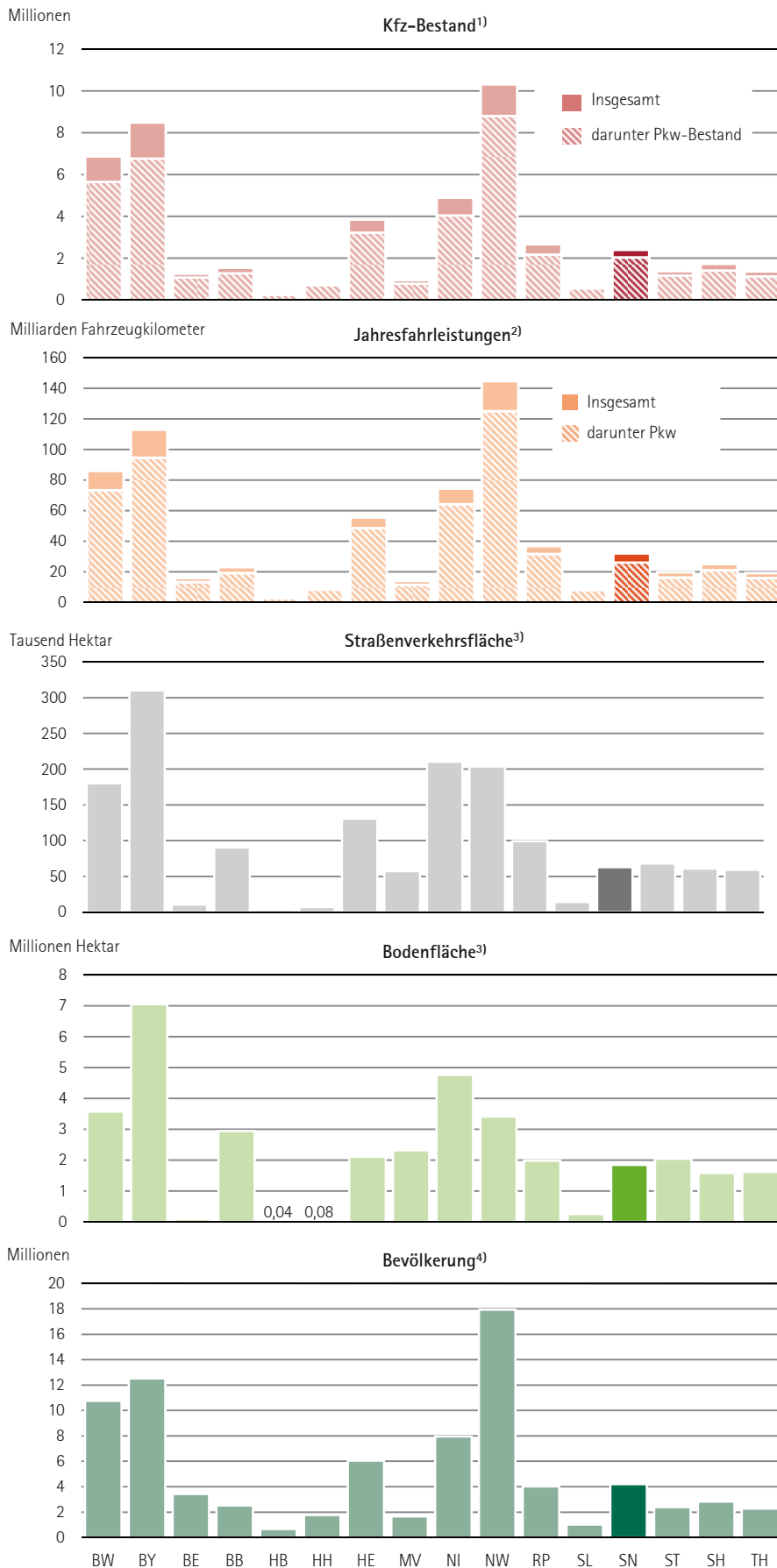
Der **Freistaat Sachsen** liegt für alle ausgewählten Kenn- und Bezugswerte im Mittelfeld. Beim Kfz-Bestand beträgt der Anteil Sachsens 4,9 Prozent an der Summe der Länder und bei der Jahresfahrleistung 4,7 Prozent. Für die in Sachsen mit 62 881 ha ausgewiesene Straßenverkehrsfläche ergibt sich ein Anteilswert in Höhe von 4,0 Prozent. Bei der Bodenfläche beträgt der Anteilswert Sachsens 5,2 Prozent.

Das Verhältnis der Straßenverkehrsfläche zur Bodenfläche ist mit 3,4 Prozent jedoch einer der niedrigsten Werte im Ländervergleich. Bei der Bezugswahl Bevölkerung ergeben die

5) Eine Ausnahme bilden die Indikatoren Pkw je Einwohner und Jahresfahrleistung der Pkw je Einwohner. Hier wird in Bezug zu den Einwohnern sinnvollerweise auf Pkw statt auf Kfz insgesamt abgestellt. Der Pkw stellt generell die wichtigste Kraftfahrzeugart dar.

6) Die Stadtstaaten sind hier bewusst ausgelammert und werden nachfolgend gesondert ausgewertet

Abb. 4 Kfz-Bestand, Jahresfahrleistung, Straßenverkehrs- und Bodenfläche sowie Bevölkerung 2008 nach Bundesländern



4,2 Millionen Einwohner Sachsens einen Anteilswert an der Ländersumme von 5,1 Prozent (vgl. Tab. 1).

Die **Stadtstaaten** Berlin, Hamburg und Bremen weisen eine hohe Bevölkerungsdichte auf. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass das Verhältnis Straßenverkehrsfläche zu Bodenfläche sehr hoch sein muss. Dies spiegelt sich mit 11,9 Prozent für Berlin, 9,6 Prozent für Hamburg und 8,9 Prozent für Bremen in den zugehörigen Zahlen wider. Aufgrund ihrer Charakteristik sind die Werte der Stadtstaaten nur bedingt mit denen der Flächenländer zu vergleichen. Dies wird bei der nachfolgenden Auswertung der ausgewählten Indikatoren deutlich und ist Grund dafür, dass sie bei der bisherigen und weiteren Betrachtung herausgenommen werden.

In Ergänzung zu dem bereits vorgestellten Ländervergleich von ausgewählten Kennzahlen und Bezugswerten wurden für alle Bundesländer zudem folgende Verhältniswerte als Indikatoren gebildet (vgl. Tab. 2):

- Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner,
- Jahresfahrleistung der Pkw (in Fahrzeugkilometern) je Einwohner,
- Straßenverkehrsfläche (in Quadratmetern) je Einwohner,
- Kfz-Bestand je Straßenverkehrsfläche (in Hektar),
- Jahresfahrleistung (in Millionen Fahrzeugkilometern) je Straßenverkehrsfläche (in Hektar) und
- Straßenverkehrsfläche zu Bodenfläche (prozentualer Anteil).

Für Deutschland bzw. für die Ländersumme liegen in Tabelle 2 ebenfalls Angaben vor. Während für die Kennzahl Straßenverkehrsfläche und für die Bezugswahlen Bodenfläche und Bevölkerung die Ländersummen auch dem Wert für Deutschland entsprechen, ist zu beachten, dass dies bei den Kennzahlen Kfz-Bestand (und damit auch bei der Kraftfahrzeugart Pkw) und Jahresfahrleistungen nicht der Fall ist. Dies ergibt sich aus der Erfassungsmethodik des Kraftfahrtbundesamtes (KBA). Kraftfahrzeuge, welche sich keinem Bundesland zuordnen lassen, werden unter der Kategorie „Sonstige“⁷⁾ geführt und sind damit nur im Wert für Deutschland enthalten. [10] Da der Fokus dieser Analyse

1) Kraftfahrt-Bundesamt: Kfz-Bestand zum 01.01.2009, repräsentiert den Kfz-Bestand für das Jahr 2008.

2) Eigene Berechnung.

3) Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 5.1, Tabelle 1.3 Bodenfläche zum 31.12.2008.

4) Statistisches Bundesamt: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zum 31.12.2008.

7) Erklärung gemäß KBA: „Bei regionaler Gliederung erfolgt die Zuordnung von Fahrzeugen der Bundespolizei und des THW zusammen mit den nicht eindeutig zuordnungs-fähigen Fahrzeugen unter Sonstige“. [10]

bei den Bundesländern liegt, wird die Kategorie „Sonstige“ hier nicht berücksichtigt und von der Ländersumme als Gesamtwert gesprochen. Des Weiteren existiert in den Veröffentlichungen des KBA die Fahrzeugart „Sonstige Kfz“⁸⁾, welche nicht mit der soeben beschriebenen Kategorie „Sonstige“ zu verwechseln ist. Bei den „Sonstigen Kfz“ handelt es sich um Angaben, die für jedes Bundesland sowie für die Kategorie „Sonstige“ vorliegen. [10] Die „Sonstigen Kfz“ sind in der

Analyse in den Gesamtwerten Kfz-Bestand und Jahresfahrleistung enthalten. In Abbildung 6 sind alle ausgewählten Kennzahl- und Bezugswerte für 2008 und die daraus gebildeten Indikatoren in ihrer Reihenfolge vom Bundesland mit dem größten Betrag bis zum Bundesland mit dem kleinsten Betrag zu finden. Auf den ersten Blick fallen aufgrund ihrer Charakteristik die Stadtstaaten auf, welche in der Regel „im Block“ am Reihenanfang oder -ende stehen. Zudem wird

ebenfalls ersichtlich, dass sich die Reihenfolge der ausgewählten Indikatoren von der der Kennzahl- und Bezugswerte unterscheidet. Für den **Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner (Pkw-Dichte)**⁹⁾ ist die Spannweite über alle Bundesländer verhältnismäßig gering. Mit 558 Pkw je 1 000 Einwohner liegt das Saarland vor Rheinland-Pfalz mit 545 Pkw je 1 000 Einwohner und Bayern mit 482 Pkw je 1 000 Einwohner. Am Ende steht mit 482 Pkw je 1 000 Einwohner Mecklenburg-Vorpommern, knapp hinter Sachsen mit 489 Pkw je 1 000 Einwohner und Nordrhein-Westfalen mit 492 Pkw je 1 000 Einwohner. Für die Ländersumme insgesamt beträgt die Pkw-Dichte 504 Pkw je 1 000 Einwohner (vgl. auch Abb. 7). Das heißt, die Hälfte der Einwohner in Deutschland besitzt statistisch gesehen einen Pkw.¹⁰⁾

Bei der **Jahresfahrleistung der Pkw je Einwohner**⁹⁾ liegt Niedersachsen mit 8 068 Fahrzeugkilometern je Einwohner an der Spitze der Bundesländer, aber nur knapp vor dem Saarland mit 8 065 Fahrzeugkilometern je Einwohner. Danach folgt mit etwas Abstand Hessen mit 8 021 Fahrzeugkilometern je Einwohner. Sachsen weist mit 6 223 Fahrzeugkilometern je Einwohner den geringsten Wert der Flächenländer auf. Gegenüber Deutschland¹¹⁾ mit 7 085 Fahrzeugkilometern je Einwohner sind dies 12 Prozent weniger. Vor Sachsen reihen sich Baden-Württemberg mit 6 828 Fahrzeugkilometern je Einwohner und Sachsen-Anhalt mit 6 856 Fahrzeugkilometern je Einwohner ein (vgl. Abb. 7).

Das Verhältnis **Straßenverkehrsfläche je Einwohner**⁹⁾ ist mit knapp 360 m² je Einwohner in Brandenburg am größten. Es folgen mit 345 m² je Einwohner Mecklenburg-Vorpommern und mit 285 m² je Einwohner Sachsen-Anhalt. Die Stadtstaaten ausgeklammert, weist Nordrhein-Westfalen mit 114 m² je Einwohner den niedrigsten Wert auf. Davor reihen sich mit 137 m² je Einwohner das Saarland und mit 150 m² je Einwohner Sachsen ein. Damit belegt

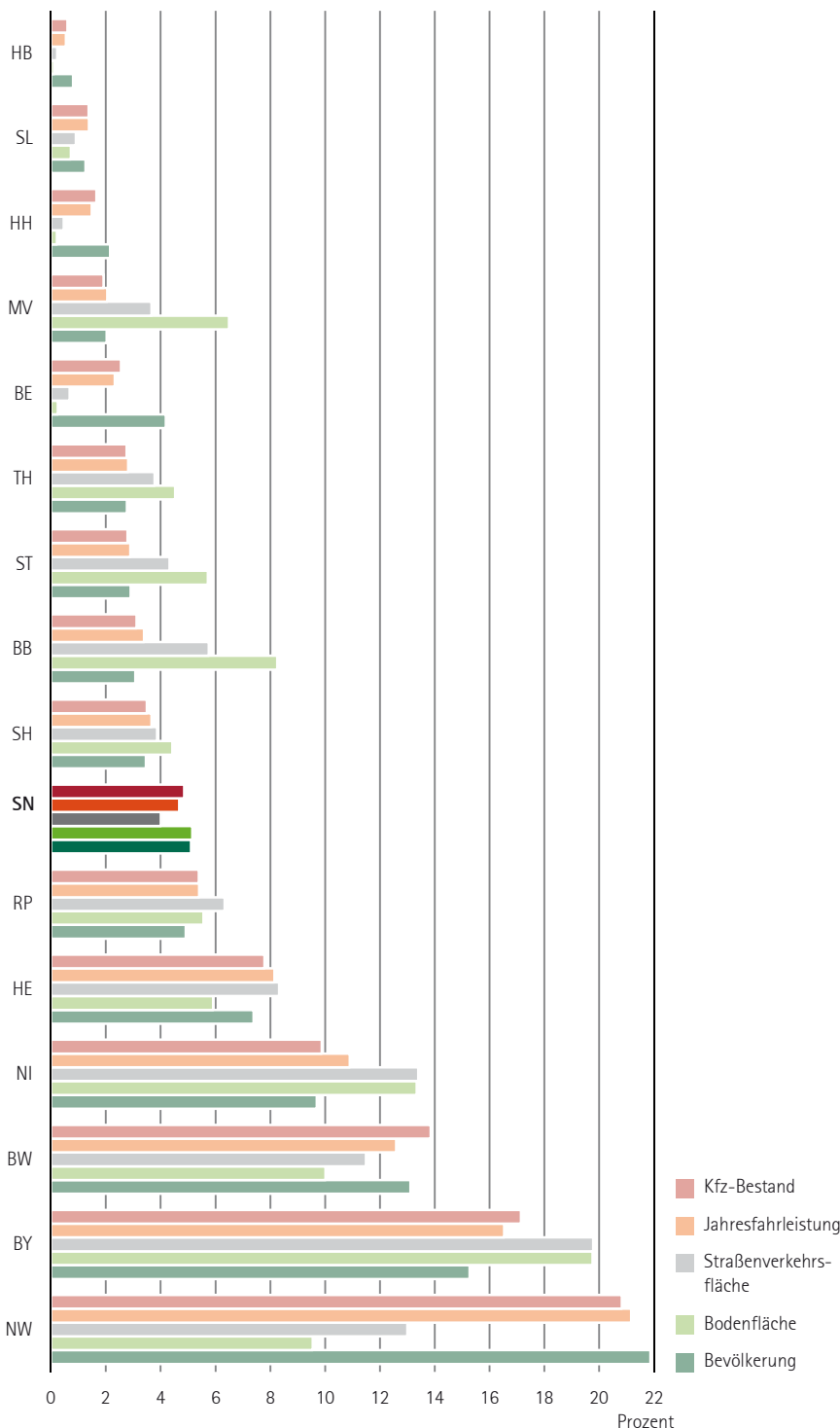
8) Erklärung gemäß KBA: „Sonstiges Kraftfahrzeug: (gemäß Verzeichnis zur Systematisierung von Kraftfahrzeugen und ihren Anhängern), Feuerwehrausführung und Ähnliches, Krankenfahrstuhl (zulassungsfrei, zulassungspflichtig je nach Fahrzeugart bzw. -klasse z. B. M1), Polizeikraftfahrzeug, Post-, Funk- und Fernmeldefahrzeug, Zivilschutzfahrzeug, Sonstiges Kraftfahrzeug, soweit nicht aufgeführt, Fahrzeugklasse bzw. Aufbauart unbekannt.“ [10]

9) Auswertung hier ausschließlich für die Flächenländer. Die Stadtstaaten werden ausgeklammert. Sie nehmen für die Indikatoren Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner, Jahresfahrleistung der Pkw je Einwohner und Straßenverkehrsfläche je Einwohner in der Reihenfolge der Bundesländer immer die unteren Randpositionen ein, wenn auch die Reihenfolge von Bremen und Hamburg variiert. Dies ist auf die Charakteristik „hohe Bevölkerungsdichte“ zurückzuführen.

10) Die Stadtstaaten für sich genommen, trifft diese Aussage nicht zu. Hier ist der Pkw-Bestand je Einwohner deutlich geringer. Mit 317 Pkw je 1 000 Einwohner ist das Verhältnis in Berlin am geringsten und spiegelt somit das unterschiedliche Verkehrsverhalten in Stadtstaat und Flächenland bzw. in Stadt und ländlichem Raum wider.

11) als Ländersumme (Summe der Bundesländer)

Abb. 5 Länderanteile 2008 für Kfz-Bestand, Jahresfahrleistung, Straßenverkehrsfläche, Bodenfläche und Bevölkerung



Sortierung nach Kfz-Bestand

Tab. 2 Ausgewählte Indikatoren des BVU 2008 nach Ländern

Land	Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner	Jahresfahrleistung der Pkw je Einwohner	Straßenverkehrsfläche je Einwohner	Kfz-Bestand je Straßenverkehrsfläche	Jahresfahrleistung je Straßenverkehrsfläche	Straßenverkehrsfläche je Einheit Bodenfläche
	Pkw / EW	Fzg-km / EW	m ² / EW	Kfz / ha	Mill. Fzg-km / ha	%
Baden-Württemberg	527	6 828	168	38,1	0,48	5,0
Bayern	541	7 567	248	27,4	0,36	4,4
Berlin	317	3 905	31	119,6	1,50	11,9
Brandenburg	514	7 622	358	17,1	0,26	3,1
Bremen	392	4 496	55	82,9	1,02	8,9
Hamburg	401	4 757	41	113,4	1,41	9,6
Hessen	535	8 021	215	29,6	0,43	6,2
Mecklenburg-Vorpommern	482	6 915	345	16,6	0,24	2,5
Niedersachsen	511	8 068	264	23,3	0,35	4,4
Nordrhein-Westfalen	492	6 974	114	50,6	0,71	6,0
Rheinland-Pfalz	545	7 863	247	26,9	0,37	5,0
Saarland	558	8 065	137	48,0	0,67	5,5
Sachsen	489	6 223	150	38,3	0,51	3,4
Sachsen-Anhalt	496	6 856	285	20,4	0,29	3,3
Schleswig-Holstein	505	7 435	214	28,5	0,41	3,8
Thüringen	505	7 045	262	23,1	0,32	3,7
Deutschland¹⁾	504	7 085	191	31,6	0,44	4,4

1) Kfz-Bestand und Jahresfahrleistung: Die Ländersumme enthält keine Kfz, die Bundesland unplausibel bzw. den Bundesländern nicht zuzuordnen sind, z. B. Kfz der Bundespolizei.

Abb. 6 Ländervergleich¹⁾ ausgewählter Kennzahlen, Bezugswerte und Indikatoren des BVU 2008



- Flächenland mit größtem bzw. kleinstem Betrag
- Stadtstaaten
- Sachsen

1) Straßenverkehrsfläche, Bodenfläche und Bevölkerung zum 31.12.2008, Kfz-Bestand zum 01.01.2009, repräsentiert den Kfz-Bestand für das Jahr 2008.

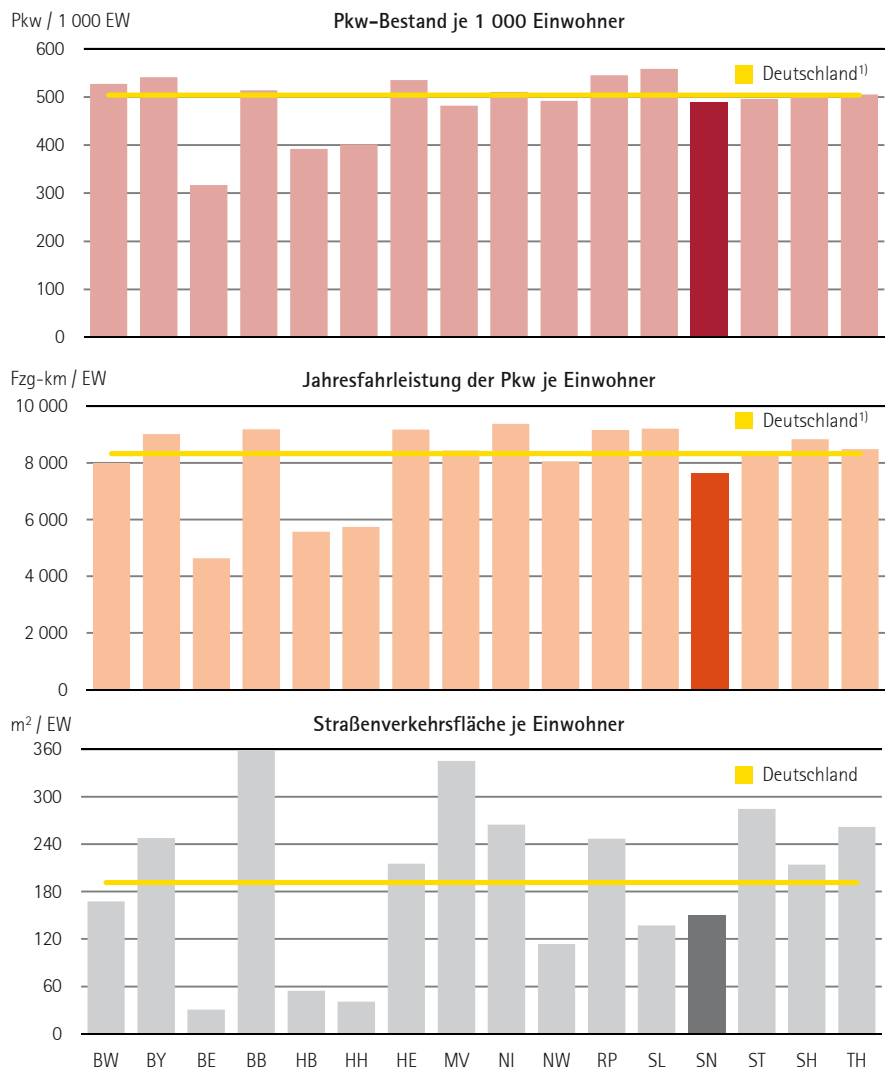
Sachsen Position 11 in der Reihenfolge der Bundesländer und weist gegenüber Deutschland mit 191 m² je Einwohner einen deutlich geringeren Wert auf. Das Verhältnis Straßenverkehrsfläche zu Einwohner spiegelt die Spezifika der einzelnen Bundesländer erwartungsgemäß wider. Die schwach besiedelten Bundesländer, wie Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, weisen mehr Straßenverkehrsfläche je Einwohner auf als das bevölkerungsstarke Nordrhein-Westfalen und das Saarland mit seiner hohen Bevölkerungsdichte (vgl. Abb. 7).

Bei den Indikatoren **Kfz-Bestand bzw. Jahresfahrleistung je Straßenverkehrsfläche**¹²⁾ ist die Reihenfolge der Länder nahezu gleich. Lediglich Bayern und Rheinland-Pfalz vertauschen ihre Positionen im Mittelfeld (vgl. Abb. 6), was auf die bundesländer-spezifische Jahresfahrleistung der Pkw zurückgeführt werden kann. Das führende Bundesland ist jeweils Nordrhein-Westfalen mit 50,6 Kraftfahrzeugen und 0,71 Millionen Fahrzeugkilometern je Hektar, gefolgt vom Saarland (48,0 Kraftfahrzeuge und 0,67 Millionen Fahrzeugkilometer je Hektar) und von Sachsen (38,3 Kraftfahrzeuge und 0,51 Millionen Fahrzeugkilometer je Hektar). Mecklenburg-Vorpommern nimmt mit 16,6 Kraftfahrzeugen und 0,24 Millionen Fahrzeugkilometern je Hektar hinter Sachsen-Anhalt (20,4 Kraftfahrzeuge und 0,29 Millionen Fahrzeugkilometer je Hektar) und Brandenburg (17,1 Kraftfahrzeuge und 0,26 Millionen Fahrzeugkilometer je Hektar) für beide Indikatoren die letzte Position ein (vgl. Tab. 2 und Abb. 8).

Das Verhältnis **Straßenverkehrsfläche je Bodenfläche**¹²⁾ ist mit 6,2 Prozent in Hessen am größten. Es folgen Nordrhein-Westfalen mit 6,0 Prozent und das Saarland mit 5,5 Prozent. Am geringsten ist es dagegen mit 2,5 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Davor rangieren mit 3,1 Prozent Brandenburg und mit 3,3 Prozent Sachsen-Anhalt. Sachsen nimmt mit 3,4 Prozent Position 13 ein. Im Vergleich zu anderen Bundesländern nimmt die Straßenverkehrsfläche in Sachsen einen verhältnismäßig geringen Anteil an der Bodenfläche ein. Gleiches ergibt sich beim Vergleich mit Deutschland (Anteil 4,4 Prozent). Hier liegt Sachsen bei einem Prozentpunkt weniger (vgl. Tab. 2).

Für die zusammenhängende Betrachtung der ausgewählten Indikatoren bietet sich ein Brückenschlag zu Abbildung 1 an, welche die Wechselwirkung von Verkehr und Umwelt veranschaulicht. Die Abbildung greift zahlreiche Fragestellungen auf, unter anderem woraus die Umweltwirkung des Verkehrs entsteht, worin die Umweltwirkungen bestehen bzw. welche Wechselwir-

Abb. 7 Pkw-Bestand, Jahresfahrleistung der Pkw und Straßenverkehrsfläche je Einwohner 2008 nach Bundesländern



1) Ausgangswert für Kfz-Bestand sowie Jahresfahrleistung: Summe der Länder; ohne Kfz, die Bundesland unplausibel bzw. den Bundesländern nicht zuzuordnen sind, z. B. Kfz der Bundespolizei.

kungen zwischen Umwelt und Verkehr und umgekehrt zum Tragen kommen.

Hierzu kann festgestellt werden, dass hinsichtlich der Entstehung von Umweltwirkungen durch den Verkehr die Analyse der Kfz-Haltung allein (Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner) keine belastbare Aussage liefert. Vielmehr stellt sie eine Nutzungsalternative mit potenziellen Umweltauswirkungen dar. Dennoch sind beim Pkw-Bestand je 1 000 Einwohner auch unter diesem Gesichtspunkt niedrige Werte als grundsätzlich positiv anzusehen.

Unmittelbar ausschlaggebend für die Umweltwirkung des Verkehrs ist dagegen die Nutzung der Kraftfahrzeuge, ausgedrückt in der Jahresfahrleistung der Pkw je Einwohner. Hierzu gilt pauschal, je geringer das Verhältnis Jahresfahrleistung der Pkw je Einwohner, desto günstiger für die daraus resultierenden Wirkungen auf die Umwelt. Dabei ist zu beachten, dass die Beschaffenheit des Kraft-

fahrzeugs (Motorisierung, Kraftfahrzeugart u. a.) einen erheblichen Einfluss auf die Auswirkungen auf die Umwelt hat.

Das Vorhandensein von Straßenverkehrsinfrastruktur (Straßenverkehrsfläche je Einwohner) stellt für sich genommen bereits eine Auswirkung auf die Umwelt dar, z. B. in Form von Flächenversiegelung und Flächenzerschneidung, und ist naturgemäß gleichzeitig Nutzungspotenzial für die Verkehrsteilnehmer und damit wiederum auch Potenzial für weitere Umweltwirkungen. Eine Aussage zur Entwicklungsrichtung des Verhältnisses Straßenverkehrsfläche je Einwohner kann dennoch nicht angegeben

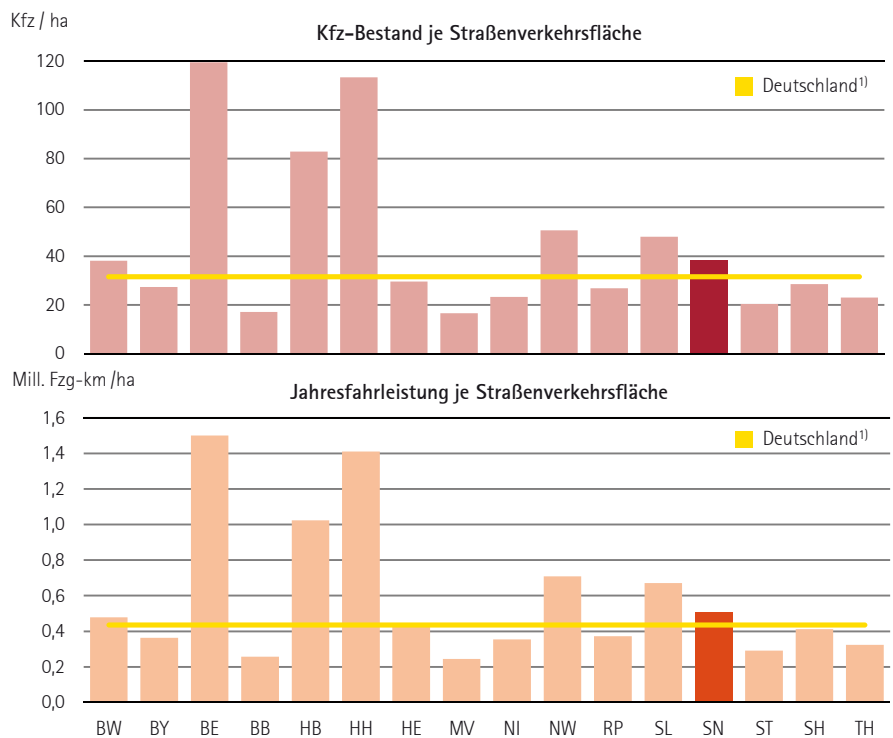
12) Auswertung hier ausschließlich für die Flächenländer. Die Stadtstaaten werden ausgeklammert. Sie nehmen aufgrund ihrer Spezifika für die Indikatoren Kfz-Bestand je Straßenverkehrsfläche, Jahresfahrleistung je Straßenverkehrsfläche und Straßenverkehrsfläche je Bodenfläche in der Reihenfolge der Bundesländer immer die vordersten Positionen in gleicher Reihenfolge (Berlin, Hamburg, Bremen) ein.

werden, da insbesondere die Auslastung der Verkehrsinfrastruktur eine wesentliche Rolle im Hinblick auf die Umweltwirkungen spielt. Nicht erstrebenswert sind einerseits Übernutzungen der Verkehrsinfrastruktur, da z. B. durch Staus negative Auswirkungen (höherer Kraftstoffverbrauch, höhere Treibhausgasemissionen) auf die Umwelt entstehen. Andererseits ist auch eine zu geringe Nutzung der Verkehrsinfrastruktur nicht sinnvoll, da die für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung gestellte Fläche nicht mehr für andere Nutzungsarten verwendet werden kann. Im Sinne möglichst geringer negativer Auswirkungen auf die Umwelt kommt es auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der Bereitstellung der Verkehrsinfrastruktur und der Nachfrage der Verkehrsteilnehmer an, wobei auch der „induzierte Verkehr“¹³⁾ zu berücksichtigen ist. Um anzugeben, wie hoch der „Fahrleistungsdruck“ auf die Straßenverkehrsfläche bzw. die Auslastung der Straßenverkehrsinfrastruktur in den einzelnen Bundesländern ist, ist der Indikator Jahresfahrleistung je Straßenverkehrsfläche bedingt geeignet, da für die Berechnung der Jahresfahrleistung die verursacherbezogene Perspektive gewählt wurde. Die von den Kfz-Haltern eines Bundeslandes erbrachte Jahresfahrleistung wird zu der in diesem Bundesland vorhandenen Straßenverkehrsfläche ins Verhältnis gesetzt, unabhängig davon, wo die Fahrzeugkilometer tatsächlich zurückgelegt werden. Ist das Verhältnis Jahresfahrleistung zu Straßenverkehrsfläche überdurchschnittlich hoch, liegt die Vermutung nahe, dass die Kfz-Halter dieses Bundeslandes auch verstärkt Straßenverkehrsflächen anderer Bundesländer nutzen bzw. ihre eigene Straßenverkehrsfläche intensiver nutzen als dies die Kraftfahrzeughalter der anderen Bundesländer tun. Dass dies insbesondere für die Stadtstaaten gilt, wird in Abbildung 8 ersichtlich.

Fazit

Für das Jahr 2008 wurde für die BVU-Kennzahlen Kfz-Bestand und Jahresfahrleistung in Bezug zu Einwohnerzahlen und zur Straßenverkehrsfläche die Positionierung Sachsens im Vergleich zu den anderen Bundesländern und zu Deutschland bestimmt. Dazu wurden sowohl die Kennzahl- und Bezugswerte ausgewertet als auch daraus resultierende Indikatoren gebildet. Der Freistaat Sachsen positioniert sich mit allen Kennzahl- und Bezugswerten, abgesehen von der Bevölkerung, im Mittelfeld der Länder. Bei den Indikatoren mit Bezug zu den Einwohnerzahlen und zur Bodenfläche ist der Freistaat Sachsen dagegen bei den Ländern mit den geringeren Werten zu finden, was hinsichtlich der

Abb. 8 Kfz-Bestand und Jahresfahrleistung je Straßenverkehrsfläche 2008 nach Bundesländern



1) Ausgangswert für Kfz-Bestand sowie Jahresfahrleistung: Summe der Länder; ohne Kfz, die Bundesland unplausibel bzw. den Bundesländern nicht zuzuordnen sind, z. B. Kfz der Bundespolizei.

Auswirkungen auf die Umwelt als durchaus positiv zu bewerten ist. Bei den Verhältnissen Kfz-Bestand und Jahresfahrleistung je Straßenverkehrsfläche befindet sich Sachsen, unter ausschließlicher Betrachtung der Flächenländer, bei den Ländern mit höheren Werten. Daraus lässt sich schließen, dass die zur Verfügung stehende Straßeninfrastruktur im Allgemeinen auch gut ausgelastet wird. Inwieweit es dabei auch zu Übernutzungen kommt, kann nicht abgelesen werden. Allgemeingültige Aussagen hinsichtlich der Umweltwirkungen können somit nicht getroffen werden.

Mit den ausgewählten Kennzahl- und Bezugswerten und den daraus gebildeten Indikatoren steht nunmehr Ausgangsdatenmaterial für alle Bundesländer zur Verfügung, welches für künftige Analysen, aber auch für weiterführende Konzepte zur Reduzierung von Umweltbelastungen durch den Verkehr verwendet werden kann.

Ausblick

Die im Rahmen dieses Artikels vorgenommene Analyse stellt eine Auswertungsmöglichkeit im Rahmen des BVU dar und legt den Grundstein für weitere. Damit dient sie als ausbaufähiges Beispiel. Neben der Erweiterung um zusätzliche Jahresscheiben, um Entwicklungen im Zeitverlauf abbilden zu können, ist z. B. die Einbeziehung weiterer

Kennzahlen, die Differenzierung nach Haltergruppen und Kraftfahrzeugen sowie eine Fokussierung auf andere Bundesländer möglich. Im Rahmen dessen wäre auch eine weiterführende Betrachtung der verursacherbezogenen Perspektive anzustreben.

Ramona Haase, Dipl.-Verkehrswirtschaftlerin, Referentin Umweltökonomische Gesamtrechnungen / Kommunalen Finanzausgleich

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Adler, W.: Berichtsmodule Verkehr und Umwelt, Beiträge zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen, Band 14, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, März 2004. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/UmweltökonomischeGesamtrechnungen/VerkehrundUmwelt/BeitragU-GRBand14Kurzfassung5859001049004.pdf?__blob=publicationFile [Aufgerufen am 19.09.2013]

13) „Von induziertem Verkehr ist dann zu sprechen, wenn durch den Bau oder Ausbau von Infrastruktur ein Verkehrszuwachs stattfindet, der ohne diese Maßnahme nicht stattgefunden hätte. [...] Von sekundär induziertem Verkehr wird gesprochen, wenn die Verbesserung der Erschließung die Wohnortwahl oder die Standortwahl von Unternehmen beeinflusst, also zu Neuansiedlungen führt. Primär induzierter Verkehr hingegen ist Neuverkehr bei unveränderter Siedlungsstruktur.“ [11, S. 46 - 47]

- [2] Toth, T.: Regionales Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Aufbau und erste Ergebnisse für Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 1/2010, S. 19 -25.
- [3] Toth, T.: Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Verkehrsbetrieb und -infrastruktur; Entwicklung des Verkehrsaufkommens in Sachsen. In: Statistik in Sachsen, 2/2010, S. 22 - 26.
- [4] Toth, T.: Berichtsmodul Verkehr und Umwelt – Kraftfahrzeuge nach Kraftstoffarten und Emissionsklassen. In: Statistik in Sachsen, 3/2010, S. 31 - 37.
- [5] Büringer, H. und D. Schmidtmeier: Straßenverkehr in Baden-Württemberg: Fahrleistungen und Emissionen. In: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg, 6/2009, S. 45 – 50.
- [6] Kraftfahrtbundesamt (KBA): Statistische Mitteilungen des KBA, Reihe 2, 2004 bis 2006, Statistische Mitteilungen des KBA: Fahrzeugzulassungen, -bestand, Halter am 1. Januar 2007 bis 2009.
- [7] Kalinowska, D. und U. Kunert: Kraftfahrzeugverkehr 2008 noch auf hohem Niveau. In: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) 50/2009, S. 872 – 88., Berlin, Dezember 2009.
- [8] Mobilität in Deutschland 2008 (MiD 2008), Haushaltsbefragung zum Verkehrsverhalten im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).
- [9] Mayer, H. und P. Fehrentz: Weiterentwicklung der Berechnungen zum Energieverbrauch und zu den CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs im Rahmen des NAMEA-Rechenansatzes, Methodenbericht, Umweltökonomische Gesamtrechnungen, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Februar 2011.
- [10] Kraftfahrtbundesamt: Methodische Erläuterungen zu Statistiken und Fahrzeugzulassungen.
http://www.kba.de/cIn_031/nn_1128832/DE/Statistik/Fahrzeuge/fz__methodische__erlaueterungen__200901__pdf,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/fz_methodische_erlaueterungen_200901__pdf.pdf
 [Aufgerufen am 05.08.2013]
- [11] Verron H. et al 2005: Determinanten der Verkehrsentstehung, Texte 26/05, Umweltbundesamt, Dessau, Dezember 2005.

Die Verdienststrukturerhebung 2010

– Tarifbindung –

Vorbemerkungen

Mit diesem Beitrag werden weitere Ergebnisse zur Tarifbindung in der sächsischen Wirtschaft präsentiert, im Vergleich mit dem bundesdeutschen Durchschnitt und dem der Neuen Bundesländer. Ermöglicht wird das ausschließlich durch die Auswertung der Verdienststrukturerhebung (VSE), die alle

vier Jahre in Deutschland stattfindet. Dabei wurden 2010 entsprechend dem Verdienststatistikgesetz in maximal 34 000 Betrieben im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich Angaben zum Betrieb und zu einzelnen Arbeitnehmern erfragt. [1] Daten von Betrieben in den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

und Private Haushalte mit Hauspersonal sowie in allen Bereichen von Betrieben mit weniger als zehn Arbeitnehmern wurden nicht erfasst. Der im Freistaat Sachsen anteilig zu leistende Befragungsumfang belief sich auf 1 941 Betriebe mit knapp 101 000 Arbeitnehmern. Die Ergebnisse wurden im Statistischen Bericht „Verdienststrukturer-

Tab. 1 Tarifbindung in Betrieben nach Anteil der Arbeitnehmer¹⁾ und Wirtschaftszweigen (in Prozent)

WZ	Wirtschaftszweig WZ 2008	Branchentarifvertrag			Firmentarifvertrag			Betriebliche Vereinbarung			Kein Tarifvertrag		
		Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen
B-S	Produzierend. Gewerbe, Dienstleistungen	50	41	42	5	6	7	4	4	5	41	49	45
B	Bergbau, Gewinnung v. Steinen u. Erden	57	45	32	11	37	21	1	0	-	31	18	47
C	Verarbeitendes Gewerbe	46	20	23	5	6	8	1	3	7	48	71	62
D	Energieversorgung	61	68	88	23	16	12	0	1	-	16	15	-
E	Wasservers.; Abwasser-u. Abfallentsorgung u. Beseitigung v. Umweltverschmutzungen	51	45	45	7	6	5	1	4	14	40	45	36
F	Baugewerbe	46	31	44	1	2	5	0	1	5	53	65	46
G	Handel, Instandhaltung; Reparatur von Kfz	31	24	21	1	3	2	0	0	0	67	73	77
H	Verkehr und Lagerei	20	13	15	25	26	34	1	2	3	54	59	49
I	Gastgewerbe	34	28	25	2	1	1	1	0	-	63	71	74
J	Information u. Kommunikation	16	11	14	12	17	14	1	0	-	71	72	72
K	Erbring. v. Finanz- u. Versicherungsdienstl.	87	82	79	2	4	5	0	0	1	11	14	15
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	44	39	38	2	1	-	1	4	12	54	56	50
M	Erbring. v. freiberuflichen, wissenschaftl. u. technischen Dienstleistungen	21	26	24	6	5	6	1	3	4	73	67	66
N	Erbring. v. sonst. wirtschaftlichen Dienstleistungen	57	49	54	3	2	2	0	1	2	40	48	43
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	100	100	100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung und Unterricht	94	91	92	0	0	0	0	0	-	5	9	8
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	36	22	30	8	12	11	23	18	17	32	48	43
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	38	43	53	1	2	3	4	7	8	56	49	37
S	Sonstige Dienstleistungen	33	20	19	5	1	2	11	13	26	51	66	53

1) Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben

2) Neue Bundesländer (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen)

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010

Tab. 2 Tarifbindung in Betrieben nach Anteil der Betriebe¹⁾ und Wirtschaftszweigen (in Prozent)

WZ	Wirtschaftszweig WZ 2008	Branchentarifvertrag			Firmentarifvertrag			Betriebliche Vereinbarung			Kein Tarifvertrag		
		Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen
B-S	Produzierend. Gewerbe, Dienstleistungen	25	19	19	3	4	4	3	3	5	69	74	72
B	Bergbau, Gewinnung v. Steinen u. Erden	39	32	29	6	5	9	1	0	-	54	63	62
C	Verarbeitendes Gewerbe	19	10	12	1	2	3	1	1	4	79	87	82
D	Energieversorgung	52	57	77	24	18	23	0	2	-	24	24	-
E	Wasservers.; Abwasser- u. Abfallentsorgung u. Beseitigung v. Umweltverschmutzungen	37	38	44	4	3	3	1	1	3	59	58	50
F	Baugewerbe	41	26	34	0	0	1	0	1	4	59	73	61
G	Handel, Instandhaltung; Reparatur von Kfz	25	19	15	1	2	2	0	0	1	74	79	83
H	Verkehr und Lagerei	13	6	11	15	21	19	0	1	1	72	73	69
I	Gastgewerbe	25	19	10	2	2	4	1	0	-	72	78	86
J	Information u. Kommunikation	8	6	7	7	13	9	0	0	-	85	81	84
K	Erbring. v. Finanz- u. Versicherungsdienstl.	73	73	67	2	6	7	1	1	4	24	20	23
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	32	32	27	2	1	-	1	5	16	65	61	58
M	Erbring. v. freiberuflichen, wissenschaftl. u. technischen Dienstleistungen	8	11	10	2	3	4	1	2	5	88	83	81
N	Erbring. v. sonst. wirtschaftlichen Dienstleistungen	47	47	46	2	2	3	0	0	1	51	50	50
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	100	100	100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung und Unterricht	40	41	36	1	2	1	4	3	-	55	54	63
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	18	7	6	5	4	5	16	19	17	60	70	72
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	24	24	27	0	1	2	1	3	4	75	72	68
S	Sonstige Dienstleistungen	30	18	19	4	2	4	11	16	29	55	64	48

1) Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben

2) Neue Bundesländer (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen)

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010

hebung im Freistaat Sachsen 2010" veröffentlicht. [2]

Die Betriebe wurden unter anderem befragt, ob die Beschäftigten anhand eines Branchentarifvertrages, eines Firmenvertrages, einer betrieblichen Vereinbarung oder einer sonstigen Vereinbarung vergütet werden.

Bei einem **Branchentarifvertrag** handelt es sich um eine Vereinbarung, die zwischen einer Gewerkschaft und einem Arbeitgeberverband abgeschlossen wird. Dieser Tarifvertrag gilt für die gesamte Branche eines bestimmten Tarifgebiets und ist in der Regel von allen Mitgliedsunternehmen des Arbeitgeberverbandes zwingend anzuwenden.

Schließt ein Unternehmen dagegen direkt mit einer Gewerkschaft einen Tarifvertrag ab, handelt es sich um einen **Firmentarifvertrag**. Andere Unternehmen wenden einen Branchentarifvertrag an, ohne dazu verpflichtet zu sein. Dies wird als **betriebliche Vereinbarung** bezeichnet.

In den folgenden Tabellen wurde die Tarifbindung nach zwei verschiedenen Methoden berechnet:

1. Ausgangspunkt ist der Betrieb. Es werden alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als tarifgebunden gezählt, die in tarifgebundenen Betrieben beschäftigt sind. (vgl. dazu Tab. 1 und Tab. 2)

2. Ausgangspunkt ist die einzelne Arbeitnehmerin bzw. der einzelne Arbeitnehmer. Erfasst wird, ob der Einzelne nach Tarif entlohnt wird. (vgl. dazu Tab. 3 und Tab. 4)

Auswertung der VSE 2010 zur Tarifbindung

Analyse der tarifgebundenen Betriebe und deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Um zu ermitteln, wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in tarifgebundenen Betrieben beschäftigt sind, wurden alle Beschäftigten der vom Betrieb am häufigsten angewandten Verdienstregelung zugeordnet. Kurzum: Die Angaben zur Tarifbindung der Betriebe werden mit der Gesamtzahl der

Beschäftigten der jeweiligen Betriebe multipliziert. Da die Tarifbindung mit steigender Beschäftigtenzahl tendenziell zunimmt, weisen die Ergebnisse deutliche Unterschiede auf. So liegt der Anteil der Betriebe, die einen Branchentarifvertrag anwenden, in Deutschland bei 25 Prozent, der Anteil der Arbeitnehmer, die in einem branchentarifgebundenen Betrieb beschäftigt sind, dagegen bei 50 Prozent. Kommen in einem Betrieb mehrere Verdienstregelungen zur Anwendung, wird für die Auswertung zur Tarifbindung die Verdienstregelung zugrunde gelegt, die nach Angaben des Betriebes am häufigsten angewandt wird. Daraus ergeben sich die Ergebnisse für den Anteil der tarifgebundenen Betriebe.

Beispiel: In Sachsen arbeiten im Wirtschaftszweig F (Baugewerbe) 44 Prozent aller Arbeitnehmer in Betrieben, die einen Branchentarifvertrag anwenden. Weitere 5 Prozent der Arbeitnehmer sind in Betrieben mit einem eigenen Firmentarif tätig, während 5 Prozent der Arbeitnehmer in Betrieben arbeitet, die eine betriebliche Vereinbarung anwenden. Die übrigen 46 Prozent sind in Betrieben

Tab. 3 Tarifbindung nach Arbeitnehmern¹⁾ und Wirtschaftszweigen (in Prozent)

WZ	Wirtschaftszweig WZ 2008	Branchentarifvertrag			Firmentarifvertrag			Betriebliche Vereinbarung			Kein Tarifvertrag		
		Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen	Deutsch- land	NBL ²⁾	Sachsen
B-S	Produzierendes Gewerbe, Dienstleistungen	50	42	43	5	6	7	3	4	5	41	49	45
S	Bergbau, Gewinnung v. Steinen u. Erden	56	43	30	11	36	21	1	0	-	31	21	49
C	Verarbeitendes Gewerbe	44	20	23	5	6	8	1	3	7	50	71	62
D	Energieversorgung	58	63	81	22	16	12	0	1	-	20	19	6
E	Wasservers.; Abwasser- u. Abfallentsorgung u. Beseitigung v. Umweltverschmutzungen	52	45	45	8	6	5	1	4	15	39	45	36
F	Baugewerbe	45	31	44	1	2	5	0	1	5	53	66	47
G	Handel, Instandhaltung; Reparatur von Kfz	31	23	19	1	3	2	0	0	0	68	74	78
H	Verkehr und Lagerei	24	14	16	24	28	34	1	3	3	51	55	47
I	Gastgewerbe	35	29	26	3	1	1	1	0	-	61	70	73
J	Information u. Kommunikation	15	11	14	12	17	15	1	1	-	72	71	71
K	Erbring. v. Finanz- u. Versicherungsdienstl.	82	81	78	2	4	5	0	0	1	16	15	16
L	Grundstücks- und Wohnungswesen	41	39	34	3	1	-	1	4	12	55	56	53
M	Erbring. v. freiberuflichen, wissenschaftl. u. technischen Dienstleistungen	20	26	24	5	5	6	1	3	4	74	66	65
N	Erbringung v. sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	56	48	53	3	3	3	0	1	1	40	48	43
O	Öffentl. Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	100	100	100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
P	Erziehung und Unterricht	94	90	91	0	0	0	0	0	-	5	9	9
Q	Gesundheits- und Sozialwesen	37	23	32	8	11	8	23	18	16	32	48	44
R	Kunst, Unterhaltung und Erholung	46	47	60	1	2	3	3	6	7	50	45	30
S	Sonstige Dienstleistungen	33	20	18	5	1	2	10	13	26	51	66	54

1) ohne geringfügig Beschäftigte, einschließlich Auszubildender

2) Neue Bundesländer (Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen)

Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010

beschäftigt, die nach freier Vereinbarung bezahlen. Demgegenüber wenden in diesem Wirtschaftszweig 34 Prozent der Betriebe einen Branchentarifvertrag, 1 Prozent einen Firmentarifvertrag, 4 Prozent eine betriebliche Vereinbarung und 61 Prozent keinen Tarifvertrag an.

Analyse der nach Tarif entlohten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Diese Auswertung berücksichtigt, dass auch in tarifgebundenen Betrieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter außertariflich entlohnt werden. Dies gilt insbesondere für Führungskräfte und geringfügig Beschäftigte. Grundlage der Auswertung sind hier die Arbeitnehmerfragebogen der Verdienststrukturerhebung, in denen für jeden einzelnen Arbeitnehmer neben persönlichen Angaben, wie Geburtsjahr und Ausbildungsabschluss, auch Merkmale über das Beschäftigungsverhältnis, beispielsweise zu Tarifvertrag und/oder Leistungsgruppe (LG), erhoben werden. Dabei hatten die Betriebe ein Wahlrecht zwischen Tarifangabe und Leistungsgruppe. Nicht wenige Firmen haben sich für die Leis-

tungsgruppe entschieden, obwohl sie nach Tarif bezahlen. Um dennoch Aussagen zur Tarifbindung auf Arbeitnehmerebene machen zu können, wurden alle herausgehobenen Fachkräfte (LG 2), Fachkräfte (LG 3) sowie angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (LG 4) in tarifgebundenen Betrieben als tarifgebunden gekennzeichnet. Für geringfügig Beschäftigte werden in der Verdienststrukturerhebung keine Leistungsgruppen erfasst, so dass diese Arbeitnehmergruppe in den Ergebnissen zur Tarifbindung nach Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht berücksichtigt wurde. [3]

Beispiel: In Sachsen werden im Wirtschaftszweig C (Verarbeitendes Gewerbe) 23 Prozent aller Arbeitnehmer nach einem Branchentarifvertrag bezahlt. Weitere 8 Prozent der Arbeitnehmer erhielten ihre Vergütung nach einem Firmentarifvertrag, während 7 Prozent der Arbeitnehmer entsprechend einer betrieblichen Vereinbarung entlohnt werden. Die übrigen 62 Prozent wurden nach einer freien Vereinbarung bezahlt.

Es muss nochmals darauf verwiesen werden, dass der Abdeckungsbereich der Datengrund-

lage der Verdienststrukturerhebung nicht vollständig ist und somit keine Aussage für die gesamte Wirtschaft getroffen werden kann.

Für die Tabellen 1 und 2 wurden in Sachsen die Angaben von hochgerechnet 19 544 Betrieben bzw. 1 089 538 Arbeitnehmern ausgewertet.

Für die Tabellen 3 und 4 wurden hochgerechnet 1 024 984 Arbeitnehmer berücksichtigt. Der Bereich Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Statistischen Landesamtes weist 2010 demgegenüber insgesamt 1 726 000 Arbeitnehmer für den Freistaat Sachsen aus.

Diese durch die VSE nicht erfassten 700 000 Arbeitnehmer in hauptsächlich kleinen Betrieben sind vermutlich zu einem hohen Anteil dem Bereich zuzuordnen, der keinen Tarifvertrag aufweisen kann.

Des Weiteren kann nur der Ist-Stand 2010 dargestellt werden – die Entwicklung kann erst mit Vorliegen der Ergebnisse der VSE 2014 aufgezeigt werden.

Abschließend ist als Fazit zu ziehen, dass die Neuen Bundesländer und damit auch der

Tab. 4 Tarifbindung nach Geschlecht, vertraglicher Arbeitszeit, Art des Arbeitsvertrags, Leistungsgruppe und Unternehmensgrößenklassen in Deutschland und Sachsen¹⁾ (in Prozent)

Gliederungsart	Branchen-/Firmen-tarifvertrag		Betriebliche Vereinbarung		Kein Tarifvertrag	
	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen	Deutschland	Sachsen
Insgesamt	55	50	3	5	41	45
Geschlecht						
Frauen	57	54	6	6	37	40
Männer	54	46	2	5	45	49
vereinbarte Arbeitszeit						
Vollzeitbeschäftigte	53	57	2	8	44	36
Teilzeitbeschäftigte	61	47	7	5	32	48
Art des Arbeitsvertrags						
Unbefristet	54	48	3	5	43	46
Befristet	61	51	3	6	36	42
Auszubildende	52	42	4	5	44	53
Altersteilzeit	85	86	2	3	13	11
Leistungsgruppe						
1 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in leitender Stellung	52	61	3	4	45	35
2 Herausgehobene Fachkräfte	70	59	4	7	26	34
3 Fachkräfte	53	46	4	5	44	49
4 Angelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	43	39	4	8	53	53
5 Ungelernte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	57	58	2	3	42	40
Keine Angaben	52	42	4	5	44	53
Unternehmensgrößenklasse						
10 - 49	20	12	2	4	79	84
50 - 249	35	29	4	9	60	63
250 - 499	52	45	4	7	44	48
500 - 999	61	48	9	16	30	35
1 000 und mehr	86	88	2	1	12	12

1) ohne geringfügig Beschäftigte, einschließlich Auszubildender
Quelle: Verdienststrukturerhebung 2010

Freistaat Sachsen im erreichten Niveau der Tarifbindung – abhängig vom Wirtschaftszweig – zum Teil noch weit hinter dem bundesdeutschen Durchschnitt zurückliegen. Die entsprechenden Auswirkungen spiegeln sich nicht nur im Abstand der Bruttodurchschnittsverdienste wider, sondern auch bezüglich weiterer Fakten wie Wochenarbeitszeit, Urlaubsanspruch, Arbeitsbedingungen und Kündigungsrecht.

Steffen Pollack,
Referent Verdienste; Arbeitskosten

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Verdienststatistikgesetz (VerdStatG) vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3291), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. November 2010 (BGBl. I S. 1480, 1481), in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 13 des Gesetzes vom 25. Juli 2013 (BGBl. I S. 2749).
- [2] Verdienststrukturerhebung im Freistaat Sachsen. November 2012. Statistischer Bericht N I 5 – 4j/10, Kamenz 2012.
- [3] Verdienste und Arbeitskosten – Tarifbindung in Deutschland 2010 – Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2013.

Demografischer Wandel: Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen – Eine Analyse für die Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen

Vorbemerkung

Die Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen umfassen Themengebiete, die prinzipiell geeignet sind, neuere Erkenntnisse zum Zusammenhang von Ökonomie und Gesundheitswesen auf einer Messebene beizusteuern.[1] Besondere Aspekte der Gesundheitsökonomischen Gesamtrechnungen werden dabei häufig in Zusammenarbeit mit Universitäten in Form von Diplom- oder Masterarbeiten ausgearbeitet. Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen einer Kooperation mit dem Gesundheitsökonomischen Zentrum (GÖZ) der TU Dresden und basiert auf der Abschlussarbeit von Daniela Wolf.

In den letzten Jahren ist der Gesundheitsmarkt kontinuierlich gewachsen, was durch höhere Wachstumsraten im Vergleich zur Gesamtwirtschaft und stetigen Beschäftigungsaufbau deutlich wird. [2] Eine der Hauptursachen dafür ist der demografische Wandel. Er ist u. a. durch einen Anstieg der Lebenserwartung und damit der Zahl älterer Menschen gekennzeichnet, welche einen erhöhten Bedarf an medizinischen Leistungen haben. [3] Folglich ist die Gesundheitswirtschaft eine der bedeutenden Zukunftsbranchen.

Ein weiterer demografischer Trend ist das Schrumpfen der Bevölkerung insgesamt und im Speziellen der erwerbsfähigen Bevölkerung. Dadurch ergeben sich weitreichende Auswirkungen auf das Arbeitskräftepotenzial und die Finanzierbarkeit der Sozialversicherungssysteme. Der Teilbereich der medizinischen Rehabilitation zielt vor allem darauf ab, Pflegebedürftigkeit zu vermeiden sowie die weitere Teilnahme am Erwerbsleben zu ermöglichen. [4] Hierbei ist vor allem die Rolle der Rehabilitation für die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt von sehr hoher Relevanz. Das Erwerbspersonenpotenzial geht zukünftig zurück, gleichzeitig erhöht sich jedoch die Anzahl älterer Menschen. Das heißt,

dass die Kosten für die umlagenbasierten Sozialversicherungssysteme steigen werden, da weniger Menschen im Erwerbsleben für eine höhere Anzahl an Menschen im Rentenalter aufkommen müssen. Der Erhalt der Erwerbsfähigkeit bzw. die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt wird in Zukunft somit immer wichtiger. Die medizinische Rehabilitation leistet hier einen wichtigen Beitrag, die Sozialversicherungssysteme zu entlasten.

Bisher existieren nur wenige Analysen zum Personalbestand im sächsischen Gesundheitswesen. Im Rahmen des Projektes zur Gesundheitspersonalrechnung wurden auch erste Untersuchungen zu Beschäftigungspotenzialen im Pflege- und Krankenhausbereich bereits durchgeführt (vgl. [6] und [7]). Um ein einheitliches Forschungsdesign sicherzustellen, erfolgen die Berechnungen für die einzelnen Bereiche des sächsischen Gesundheitswesens auf Basis eines standardisierten Ergebnisprofils¹⁾, welches die maßgeblichen Parameter vorgibt. Die Diplomarbeit von Daniela Wolf [5] untersucht die Auswirkungen des demografischen Wandels in Sachsen auf den Personalbedarf im Bereich der stationären medizinischen Rehabilitationseinrichtungen sowie mögliche daraus entstehende Beschäftigungspotenziale.

Die Analyse erfolgte auf Basis der Daten des Jahres 2009 für die Prognosejahre 2020, 2025 sowie 2030. Dabei erfolgt eine Differenzierung des Personals hinsichtlich seines Qualifikationsniveaus in ärztliches, nichtärztliches medizinisches und sonstiges nichtärztliches Personal. Aufgrund der hohen Teilzeitquote im Gesundheitsbereich werden die Berechnungen für Vollkräfte durchgeführt.²⁾

Methodik

Grundlage für die Schätzung der zukünftigen Erwerbspotenziale in sächsischen stationären medizinischen Rehabilitationseinrich-

tungen bilden die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen³⁾ sowie die Daten der sächsischen Statistik der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Die Bevölkerungsvorausberechnung liefert Daten hinsichtlich der Entwicklung der Bevölkerung in Sachsen bis zum Jahr 2030 unterteilt nach Altersjahrgängen und Geschlecht. Um einen Ergebniskorridor zu erhalten, wurden die Berechnungen für beide Prognosevarianten V 1 und V 2 der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose des Freistaates Sachsen durchgeführt. Der Vorsorge- und Rehabilitationsstatistik kann die Anzahl der stationären Reha-Fälle nach Altersjahren für das den Berechnungen zugrunde gelegte

- 1) Im Rahmen dieses Forschungsprojektes [8] wurde zur Sicherstellung vergleichbarer Ergebnisse ein standardisiertes Ergebnisprofil wie folgt festgelegt. Die Basis bilden die Ergebnisse der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen. Als Basisjahr wurde das Jahr 2009 festgeschrieben, für welches die Indikatoren zur Inanspruchnahme medizinischer Leistungen und zur Darstellung der Berufskategorien ärztliches Personal, nichtärztliches medizinisches Personal und sonstiges nichtärztliches Personal dargestellt wurden. Die Berechnungen der Beschäftigungspotenziale erfolgten für die Jahre 2020, 2025 und 2030.
- 2) Vollzeitäquivalente geben die Anzahl der Beschäftigten an, wenn man die volle tarifliche Arbeitszeit zugrunde legt.
- 3) Die 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose stellt Daten bis ins Jahr 2025 für das Land, die Kreisfreien Städte und die Landkreise zur Verfügung. [9] Abgegrenzt von der eigentlichen Prognose erfolgte noch eine Modellrechnung, die die Entwicklung der Bevölkerung bis zum Jahr 2030 fortschreibt. Es wurden zwei Annahme-Szenarien (Variante 1 – V 1, Variante 2 – V 2) für die Prognose entwickelt, welche sich in Annahmen zur zusammengefassten Geburtenziffer, dem Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt sowie dem Wanderungssaldo unterscheiden. Die Variante 1 wurde als eigenständige regionalisierte Variante basierend auf dem Landesergebnis für Sachsen aus der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes vom Februar 2010 übernommen (Basis: Variante V1-W1 der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung). Durch die damit erfolgte Verknüpfung der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung mit der 5. Regionalisierten Bevölkerungsprognose ist es möglich, die künftige Bevölkerungsentwicklung Sachsens in den gesamtdeutschen Kontext einzuordnen. Die zweite Variante ist überwiegend durch landesspezifische Annahmen geprägt. Die Trends der Bevölkerungsentwicklung sind in beiden Varianten ähnlich und verlaufen in die gleiche Richtung, nur im zeitlichen Verlauf und in der Intensität der Veränderung der einzelnen Parameter gibt es Unterschiede. Die Varianten bilden einen Annahmekorridor, in dem V 1 die obere und V 2 die untere Grenze bilden.

Basisjahr 2009 entnommen werden. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung in diesem Jahr erhält man die Reha-Häufigkeit der einzelnen Altersgruppen.

Zunächst wurde im Status-Quo-Szenario davon ausgegangen, dass die Reha-Inanspruchnahme im Zeitverlauf über alle Altersklassen konstant bleibt. Durch Multiplikation der ermittelten Reha-Häufigkeit 2009 mit der geschätzten Bevölkerungszahl des jeweiligen Prognosejahres erhält man die Fallzahlen für die Jahre 2020, 2025 und 2030. Diese ändern sich also nur aufgrund der voraussichtlichen Bevölkerungsstruktur. Mögliche Effekte von beispielsweise Präventionsmaßnahmen oder Gesetzesänderungen werden nicht berücksichtigt.

Die Ermöglichung der Teilnahme am Erwerbsleben ist ein Hauptanliegen medizinischer Reha-Maßnahmen. In Anbetracht der geringer werdenden sowie stark alternden Erwerbsbevölkerung kann zukünftig von einem Bedeutungszuwachs der Reha-Leistungen, vor allem in höheren Altersjahren, ausgegangen werden. Schon in den letzten Jahren konnte man bei altersspezifischer Betrachtung eine steigende Inanspruchnahme von Reha-Maßnahmen für Personen ab 55 Jahre feststellen. Daher wurde für diese Altersgruppe ein Alternativszenario entwickelt. Mit Hilfe des Verfahrens der linearen Regression wurde der in den Jahren 2003 bis 2009 beobachtete Trend einer steigenden Reha-Inanspruchnahme (um durchschnittlich 2,3 Prozent für die über 55-Jährigen) bis zum Jahr 2030 fortgeschrieben. Durch die ansteigende Lebenserwartung und die dadurch zukünftig verbundene höhere Anzahl älterer Menschen scheint die Annahme einer weiterhin wachsenden Reha-Quote im Alternativszenario gerechtfertigt.

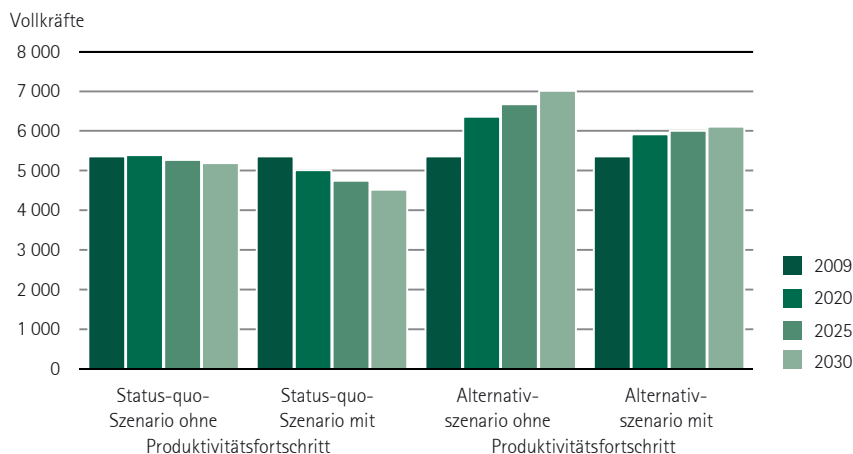
Die in den Reha-Einrichtungen beschäftigten Personen bzw. Vollkräfte entsprechend ihrer Berufsqualifikation können ebenso der Vorsorge- und Rehabilitationsstatistik entnommen werden. Da der Reha-Sektor durch sehr viel Teilzeitarbeit charakterisiert ist, wurden die Berechnungen für Vollkräfte durchgeführt. Damit ist die Vergleichbarkeit zu anderen Branchen gewährleistet. Der Quotient aus beschäftigtem Personal und vollstationären Patienten gibt den Betreuungskoeffizienten an. Unter der Annahme eines konstant bleibenden Verhältnisses des Basisjahres kann durch Multiplikation mit den im ersten Schritt ermittelten Fallzahlen die Anzahl der Vollkräfte vorausberechnet werden, die zur Betreuung der Patienten voraussichtlich notwendig sein werden.

Aufgrund verschiedener Faktoren, wie des medizinisch-technischen Fortschritts oder der Erhöhung des Humankapitals, kann es

Abb. 1 Szenarien zur Ermittlung des Beschäftigungspotenzials im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich bis 2030

		Reha-Inanspruchnahme			
		Konstant auf dem Niveau des Jahres 2009		Steigt für die über 55-Jährigen	
Betreuungskoeffizient	Konstant auf dem Niveau des Jahres 2009	Status-Quo-Szenario ohne Produktivitätsfortschritt		Alternativszenario ohne Produktivitätsfortschritt	
		Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2
	Sinkt durch den Produktivitätsfortschritt (Fachpersonal: 0,5 Prozent jährlich, sonstiges Personal: 1,0 Prozent jährlich)	Status-Quo-Szenario mit Produktivitätsfortschritt		Alternativszenario mit Produktivitätsfortschritt	
		Variante 1	Variante 2	Variante 1	Variante 2

Abb. 2 Vollkräfte in medizinischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2009, 2020, 2025 und 2030 nach Variante 1



zu Produktivitätssteigerungen und in Folge dessen zur Verringerung des für 2009 ermittelten Betreuungskoeffizienten kommen. Die Arbeit im Reha-Bereich ist jedoch in erster Linie sehr personalintensiv; insbesondere sei hierbei auf den hohen Anteil der Arbeitsgebiete Beratung und Anleitung verwiesen. Produktivitätsverbesserungen dürften damit eine eher untergeordnete Rolle spielen. Für das Fachpersonal (Ärzte und medizinisches Personal) wurde daher ein jährlicher Produktivitätsfortschritt in Höhe von 0,5 Prozent, für das nichtärztliche Personal in Höhe von 1,0 Prozent angenommen.⁴⁾ Insgesamt ergeben sich somit acht Szenarien, für die die Beschäftigungspotenziale im stationären Reha-Bereich bis 2030 ermittelt werden: Für die beiden Varianten V 1 und V 2 der Bevölkerungsvorausberechnung jeweils das Status-Quo-Szenario sowie das Alternativszenario mit und ohne Produktivitätsfortschritt⁵⁾ (vgl. Abb. 1).

Ergebnisse

Abbildung 2 verdeutlicht zunächst die gesamte Nachfrage nach Vollkräften in den verschiedenen Szenarien für Variante 1. Im Status-Quo-Szenario ohne Produktivitätsfortschritt kann nur bis 2020 absolut ein leichter Anstieg der Personalnachfrage festgestellt werden. Während im Basisjahr 2009 insgesamt 5 355 Vollkräfte in den Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen arbeiteten, werden 2020 voraussichtlich mit 5 392 Vollkräften geringfügig mehr Personen benötigt.

4) Grundlage für diese Annahmen sind verschiedene Studien im Gesundheitsbereich. Da Reha-Leistungen meist in spezifischen Reha-Teams erfolgen und somit sehr personalintensiv sind mit nur wenig Spielraum für Produktivitätsverbesserungen, wurde für das Fachpersonal (Ärzte und medizinisches Personal) ein geringerer Produktivitätsfortschritt angenommen als für das nichtärztliche Personal.

5) Zusätzlich wurde ein weiteres Szenario für die Anpassung der Betreuungskoeffizienten entwickelt. Mit Hilfe einer linearen Regressionsrechnung für die Betreuungskoeffizienten der Jahre 2003 bis 2009 wurde versucht, die vergangenen Trends fortzuschreiben. Die Ergebnisse dieses Szenarios stellen jedoch Extremwerte dar und werden daher hier nicht dargestellt.

Für die restlichen Prognosejahre bzw. unter Annahme eines Produktivitätsfortschrittes – wie weiter oben spezifiziert – geht der voraussichtliche Personalbedarf zurück. Hingegen zeigt sich in den Alternativszenarien durchgängig ein höherer Bedarf an Vollkräften. In Variante 2 lassen sich die gleichen Tendenzen beobachten wie in Variante 1, nur mit einem gedämpften Verlauf.

In Tabelle 1 sind die voraussichtlichen Beschäftigungspotenziale für die einzelnen Berufsgruppen des Personals für die Bevölkerungsvarianten V 1 und V 2 der Jahre 2020, 2025 sowie 2030 im Status-Quo-Szenario dargestellt. Unter der Annahme konstanter Personalschlüssel ergeben sich nur bis 2020 sowohl in Variante 1 als auch in Variante 2 positive Beschäftigungspotenziale. Danach übersteigt der Bevölkerungsrückgang den Alterungseffekt, wodurch bis zum Jahr 2030 in beiden Varianten absolut gesehen die voraussichtliche Beschäftigung zurückgeht. Noch deutlicher zeigt sich diese Entwicklung bei den Ergebnissen unter Annahme eines personalsparenden Produktivitätsfortschritts. Dadurch können in allen Prognosejahren keine positiven Beschäftigungspotenziale mehr vorausgerechnet werden.

Im Status-Quo-Szenario ohne Produktivitätsfortschritt erhöht sich der Personalbedarf in den Reha-Einrichtungen bis 2020, verglichen mit 2009 lediglich um insgesamt 0,7 Prozent (V 1) bzw. 0,04 Prozent (V 2). Bis zum Jahr 2030 sinkt der Bedarf dann um 3,1 Prozent bzw. 5,1 Prozent im Vergleich zum Basisjahr.

Im Status-Quo-Szenario mit Produktivitätsfortschritt sinkt der Personalbedarf mit 6,4 Prozent (V 1) bzw. 7,0 Prozent (V 2) für das Jahr 2020, 11,5 Prozent bzw. 12,6 Prozent für das Jahr 2025 sowie 15,6 Prozent bzw. 17,3 Prozent für das Jahr 2030 deutlich kräftiger (vgl. Tab. 1).

Die Ergebnisse des Alternativszenarios stellen sich dahingegen anders dar. Unter der Annahme konstanter Personalschlüssel bis 2030 werden in beiden Bevölkerungsvarianten steigende Beschäftigungspotenziale erwartet (vgl. Tab. 2). Selbst bei der Realisierung von Produktivitätsfortschritten fallen die Beschäftigungspotenziale positiv aus, jedoch in deutlich geringerem Maße. Diese Entwicklung verläuft für alle Berufsgruppen einheitlich.

Insgesamt erhöht sich im Alternativszenario ohne Produktivitätsfortschritt der Personalbedarf der Reha-Einrichtungen verglichen mit 2009 um 18,8 Prozent (V 1) bzw. 18,1 Prozent (V 2) bis zum Jahr 2020, um 24,7 Prozent bzw. 23,5 Prozent bis zum Jahr 2025 sowie um 31,0 Prozent bzw. 29,0 Prozent bis zum Jahr 2030.

Tab. 1 Voraussichtliche Beschäftigungspotenziale im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich bis 2030 nach dem Status-Quo-Szenario

Personal in Vollkräften	Beschäftigungspotenziale V 1			Beschäftigungspotenziale V 2		
	2020	2025	2030	2020	2025	2030
Status-Quo-Szenario ohne Produktivitätsfortschritt						
Ärztliches Personal	3	-7	-13	0	-12	-21
Nichtärztliches medizinisches Personal	22	-50	-98	1	-90	-161
Sonstiges nichtärztliches Personal	12	-28	-54	1	-50	-88
Vollkräfte insgesamt	37	-85	-164	2	-152	-271
Status-Quo-Szenario mit Produktivitätsfortschritt						
Ärztliches Personal	-20	-39	-54	-22	-43	-61
Nichtärztliches medizinisches Personal	-150	-292	-406	-170	-329	-463
Sonstiges nichtärztliches Personal	-172	-283	-376	-182	-302	-405
Vollkräfte insgesamt	-342	-614	-836	-374	-674	-929

Abweichungen in den Summen rundungsbedingt
Quelle: eigene Berechnung

Im Alternativszenario mit Produktivitätsfortschritt erhöht sich der Personalbedarf um 10,4 Prozent (V 1) bzw. 9,8 Prozent (V 2) für das Jahr 2020, um 12,2 Prozent bzw. 11,1 Prozent für das Jahr 2025 sowie um 14,0 Prozent bzw. 12,3 Prozent für das Jahr 2030.

Insgesamt ergeben sich also in den Status-Quo-Szenarios bis zum Jahr 2030 negative und somit keine neuen Beschäftigungspotenziale. Dahingegen ist im Alternativszenario, in dem von einer erhöhten Inanspruchnahme der Reha-Leistungen vor allem älterer Personen ausgegangen wird, sowohl in der Variante mit als auch in der ohne Produktivitätsfortschritt mit positiven Beschäftigungseffekten zu rechnen.

Die Ergebnisse hängen stark von den getroffenen Annahmen ab, wodurch eine große

Streuungsbreite entsteht. Wie sich konkrete Rahmenbedingungen verändern, lässt sich jedoch nicht mit endgültiger Sicherheit bestimmen. Ermittelte Bedarfszahlen sind somit nicht als feste Werte zu bestimmen, sondern eher als Anhaltspunkte zu sehen, inwiefern zukünftig Beschäftigungspotenziale in der medizinischen stationären Rehabilitation möglich erscheinen.

Schlussfolgerung und Ausblick

Die Ergebnisse der verschiedenen Szenarien weisen eine hohe Schwankungsbreite auf. Bis zum Jahr 2030 könnten bis zu 929 Vollkräfte (Status-Quo-Szenario mit Produktivitätsfortschritt V 2) weniger benötigt werden bzw. auch bis zu 1 659 neue Vollkraftstellen

Tab. 2 Voraussichtliche Beschäftigungspotenziale im Vorsorge- und Rehabilitationsbereich Sachsens nach dem Alternativszenario bis 2030

Personal in Vollkräften	Beschäftigungspotenziale V 1			Beschäftigungspotenziale V 2		
	2020	2025	2030	2020	2025	2030
Alternativszenario ohne Produktivitätsfortschritt						
Ärztliches Personal	79	104	130	76	99	122
Nichtärztliches medizinisches Personal	597	787	987	577	747	923
Sonstiges nichtärztliches Personal	328	432	542	317	410	507
Vollkräfte insgesamt	1 004	1 323	1 659	970	1 256	1 552
Alternativszenario mit Produktivitätsfortschritt						
Ärztliches Personal	52	64	75	50	59	68
Nichtärztliches medizinisches Personal	394	481	570	375	444	513
Sonstiges nichtärztliches Personal	111	108	106	101	89	78
Vollkräfte insgesamt	557	652	751	526	592	658

Abweichungen in den Summen rundungsbedingt
Quelle: eigene Berechnung

(Alternativszenario V 1) entstehen. Trotz des Beschäftigungsrückgangs im Status-Quo-Szenario ist nicht sichergestellt, dass die benötigten Stellen auch qualitativ hochwertig besetzt werden können, da die zur Verfügung stehende Erwerbsbevölkerung in Sachsen in stärkerem Maße zurückgeht als die Nachfrage nach Arbeitskräften.

Die Ergebnisse sind mit Unsicherheit behaftet, da es neben den in Betracht gezogenen Parametern weitere, nicht in die Analyse einbezogene Einflussfaktoren gibt. Schwer vorherzusagen sind z. B. politische Entscheidungen die sich unterschiedlich auf den Reha-Markt, und somit den Personalbedarf auswirken können. Weiterhin muss die Entwicklung im akutstationären Bereich beobachtet werden. Der Trend zu früheren Entlassungen in die Reha hält weiter an, wodurch auch die medizinischen Anforderungen in den Einrichtungen steigen. Weiterhin werden „nicht so schwere Fälle in die ambulante Reha verschoben“. Dies wird sich qualitativ und quantitativ auf das Personal der stationären Einrichtungen auswirken. Wichtig für die Planung des zukünftigen Personalbedarfs wird ferner auch die Analyse der altersspezifischen Betreuungsrelationen sein, da ältere Patienten meist mehr Betreuung benötigen. Weiterhin muss das Personal für die neuen, medizinisch anspruchsvolleren Aufgaben ausgebildet und im Hinblick auf eine sich ändernde Patientenstruktur in geriatrischen Behandlungsmethoden geschult werden.

Die allgemeine Tendenz einer zunehmenden Fachkräftenachfrage auf dem Arbeitsmarkt Sachsens, welche in vielen Bereichen zu einem Fachkräftemangel führt [10], ist insbesondere auch für den Bereich der medizinischen Rehabilitation festzustellen. Rehabilitationseinrichtungen fungieren zukünftig selbst als wichtiger Arbeitgeber und sichern gleichzeitig, durch ihre Aufgabe des Erhalts der Erwerbsfähigkeit, Fachkräfte für andere Wirtschaftsbereiche. Daher gilt es in Zukunft eine qualitativ hochwertige Versorgung sicherzustellen und dafür ausreichend Fachkräfte zu akquirieren.

Univ.-Prof. Dr. Alexander Karmann, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung; Gesundheitsökonomisches Zentrum, TU Dresden,
Dipl.-Volkswirtin Daniela Wolf,
Absolventin der TU Dresden

Literatur- und Quellenverzeichnis:

- [1] Richter, B.: Zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Gesundheitswesens im Spiegel der amtlichen Statistik. In: Statistik in Sachsen, 2/2008, S. 89 - 101.
- [2] Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2012): Branchenskizze Gesundheitswirtschaft. <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Wirtschaft/branchenfokus,did=221418.html?view=renderPrint> [Letzter Aufruf am 18.04.2012].
- [3] IKB Deutsche Industriebank, Prognos (2007): Die Gesundheitsbranche: Dynamisches Wachstum im Spannungsfeld von Innovation und Intervention. Düsseldorf. Verlag: Schmitzdruck & medien, Brüggen.
- [4] Fünftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB V) - Gesetzliche Krankenversicherung. In der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1988 (BGBl. I S. 2477), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. Juli 2011 (BGBl. I S. 1622).
- [5] Wolf, D.: Demografischer Wandel: Beschäftigungspotenziale im sächsischen Gesundheitswesen – Eine Analyse für die medizinischen Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen. Diplomarbeit, eingereicht am 27. Mai 2012 am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Geld, Kredit und Währung der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dresden.
- [6] Brenker, I., B. Richter: Auswirkungen des demografischen Wandels im Pflegebereich – Schätzung der zu erwartenden Beschäftigungspotenziale im Jahr 2020. In: Statistik in Sachsen 4/2010, S. 9 - 11.
- [7] Karmann, A., S. Andrä, K. Richter: Die Folgen des demografischen Wandels im stationären medizinischen Bereich – Beschäftigungspotenziale in sächsischen Krankenhäusern bis zum Jahr 2030. In: Statistik in Sachsen, 2/2012, S. 64 - 67.
- [8] Analysen zum Fachkräftebedarf im sächsischen Gesundheitswesen 2020 und 2030 – Konzept für ein Forschungsprojekt vom Statistischen Landesamt des Freistaates Sachsen und dem Gesundheitsökonomischen Zentrum der TU Dresden, Stand: 11. August 2011.
- [9] Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen: 5. regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, <http://www.statistik.sachsen.de/bevprog/>, [Letzter Aufruf am 23.01.2012].
- [10] Sächsischer Landtag: Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Lebensbereiche der Menschen im Freistaat Sachsen sowie ihre Folgen für die politischen Handlungsfelder. Bericht der Enquete-Kommission. Dresden 2008.

Gerhard-Fürst-Preis 2014 des Statistischen Bundesamtes

Zum 16. Mal prämiert das Statistische Bundesamt im Jahr 2014 herausragende wissenschaftliche Arbeiten mit dem Gerhard-Fürst-Preis. Ausgezeichnet werden Arbeiten in den Kategorien „Dissertationen“ und „Master- und Bachelorarbeiten“ (einschließlich Diplom- und Magisterarbeiten), die ein theoretisches Thema mit einem engen Bezug zum Aufgabenspektrum der amtlichen Statistik behandeln oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

Mit der jährlichen Auslobung des Preises möchte das Statistische Bundesamt die Beschäftigung mit Fragen der amtlichen Statistik im Rahmen der Hochschulausbildung fördern und die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiter intensivieren. Zugleich soll der Preis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ermutigen, das vielfältige Datenangebot der amtlichen Statistik für ihre empirischen Forschungen ausgiebig zu nutzen.

Der Preis wurde nach dem ersten Präsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Vorsitzenden der Deutschen Statistischen Gesellschaft benannt, der die noch heute bestehende organisatorische und rechtliche Struktur der amtlichen Statistik in Deutschland nach 1945 mit ihren zentralen Eckpfeilern der fachlichen Konzentration und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit ganz wesentlich geprägt hat.

Die Auszeichnung ist in der Kategorie „Dissertationen“ mit 5 000 €, in der Kategorie „Master- und Bachelorarbeiten“ mit 2 500 € dotiert.

Das Statistische Bundesamt verleiht seinen Wissenschaftspreis auf Empfehlung eines unabhängigen Gutachtergremiums. Den äußeren Rahmen der 15. Verleihung des Gerhard-Fürst-Preises im Jahr 2013 bildete das 22. Wissenschaftliche Kolloquium zum Thema „Armutsmessung“, welches das Statistische Bundesamt zusammen mit der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 21. und 22. November 2013 in Wiesbaden veranstaltete.

Die Preisträger werden über ihre Arbeiten einen Artikel in der monatlich erscheinenden Zeitschrift des Statistischen Bundesamtes „Wirtschaft und Statistik“ veröffentlichen. Vorschläge für den Gerhard-Fürst-Preis 2014 können ausschließlich von den betreuenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern

eingereicht werden. Im Auswahlverfahren werden deutsch- oder englischsprachige Arbeiten berücksichtigt, die zwischen dem 1. Januar 2012 und dem 31. März 2014 mindestens mit der Note „gut“ resp. „magna cum laude“ abschließend bewertet worden sind. Einzureichen sind neben der vorgeschlagenen Arbeit u. a. eine kurze Begründung der/des vorschlagenden Wissenschaftlerin/Wissenschaftlers zur Preiswürdigkeit, Kopien der Erst- und ggf. Zweitgutachten, mit denen die Arbeit abschließend bewertet wurde, eine Kurzfassung der Arbeit, ein Lebenslauf der Verfasserin/des Verfassers und eine schriftliche Erklärung zur Einreichung einer Dissertation bzw. Abschlussarbeit.

Die vorgeschlagene Arbeit ist dreifach und die übrigen Unterlagen sind in siebenfacher Ausfertigung einzureichen. Darüber hinaus sind Arbeit und Kurzfassung zusätzlich als MS-Word oder PDF-Datei auf einer CD-ROM zur Verfügung zu stellen.

Die Unterlagen sind an folgende Adresse zu senden:

Statistisches Bundesamt
Institut für Forschung und Entwicklung in
der Bundesstatistik
A 10.130
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden

Nähere Informationen über den Gerhard-Fürst-Preis erhalten Sie im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/gerhard_fuerst_preis. Dort finden Sie einen Bewerbungsbogen und weitere Details zur Auslobung und den Teilnahmebedingungen für den Gerhard-Fürst-Preis 2014, dessen Einreichungsfrist am 31. März 2014 endet.

Neues aus Sachsen

Erwerbstätigenzahl überschreitet Zwei-Millionen-Grenze

Über zwei Millionen Erwerbstätige hatten im dritten Quartal des Jahres 2013 ihren Arbeitsplatz im Freistaat Sachsen. Das war seit dem Jahr 1996 (Jahresdurchschnitt reichlich zwei Millionen Erwerbstätige) der höchste Stand in einem Quartal.

Gegenüber dem dritten Quartal 2012 stieg die Erwerbstätigenzahl um reichlich 10 700 Personen bzw. 0,5 Prozent. Hauptsächlich erhöhte sich die Zahl der Arbeitnehmer ohne marginal Beschäftigte. Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl insgesamt war in den einzelnen Branchen unterschiedlich. Der Dienstleistungsbereich trug mit dem höchsten Zuwachs maßgeblich zu dem aktuellen Anstieg bei. Hier verzeichnete speziell der Bereich Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit einen Zuwachs um fast 4 800 Personen, wobei sich vor allem die Erwerbstätigenzahl im Gesundheits- und Sozialwesen erhöhte. Auch im Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation stieg die Zahl der Arbeitsplätze um reichlich 4 000 Personen. Betrachtet man das Produzierende Gewerbe, so ist hier der höchste Zugang an Arbeitsplätzen im Baugewerbe mit fast 1 500 Personen festzustellen. Einen Rückgang an Erwerbstätigen gab es dagegen nur im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei mit reichlich 1 100 Personen.

Schülerzahlen in Sachsen steigen weiter

Im Schuljahr 2013/14 lernen in Sachsen 335 866 Schülerinnen und Schüler an 1 474 allgemeinbildenden Schulen in öffentlicher und in freier Trägerschaft. Damit stieg die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen um 7 835 bzw. 2,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr weiter an.

An den 1 279 öffentlichen allgemeinbildenden Schulen lernen 90,6 Prozent (304 355) aller Schüler. 9,4 Prozent (31 511) der Schüler werden an den 195 Schulen in freier Trägerschaft unterrichtet. Im Vorjahr betrug dieser Anteil 9,0 Prozent. In diesem Schuljahr werden 126 464 Schüler an den 824 Grundschulen und 97 486 an den 336 Mittelschulen unterrichtet. 91 801 Gymnasiasten an den 153 Gymnasien des Freistaates wollen die allgemeine Hochschulreife erwerben. Die 156 allgemeinbildenden Förderschulen verzeichnen 18 551 Schüler und die 5 Freien Waldorfschulen 1 564.

An den Grundschulen lernen 2 229 mehr Schüler als im Vorjahr, das ist ein Anstieg von

1,8 Prozent. Um über 3 Prozent stieg die Zahl der Schüler an den sächsischen Mittel- bzw. Oberschulen (3,1 Prozent bzw. 2 950 Schüler) und an den Gymnasien (3,4 Prozent bzw. 2 983 Schüler) an. An den Freien Waldorfschulen werden 70 Schülerinnen und Schüler (4,7 Prozent) mehr als 2012/13 unterrichtet. Zurückgegangen ist dagegen die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Förderschulen (um 397 Schüler bzw. 2,1 Prozent).

Ende August 2013 begannen 33 008 Abschlüßer ihre Schullaufbahn, das sind 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Bundesweit wurden 0,2 Prozent mehr Schulanfänger verzeichnet.

2 427 mehr Schulentlassene an allgemeinbildenden Schulen in Sachsen

25 106 Absolventen und Abgänger verließen 2013 die allgemeinbildenden Schulen in Sachsen. Damit stieg die Zahl der Schulentlassenen im Vergleich zum Vorjahr um 2 427 bzw. fast 11 Prozent an. Mit 51 Prozent hat über die Hälfte der Absolventen/Abgänger (12 885) den Realschulabschluss erworben. 7 079 Absolventen, das sind 28 Prozent, erreichten die allgemeine Hochschulreife. Mit dem Hauptschulabschluss bzw. dem qualifizierenden Hauptschulabschluss beendeten wie im Vorjahr 10 Prozent (2 543) die Schule. Die restlichen 2 599 Schüler verließen die allgemeinbildende Schule ohne Hauptschulabschluss. Darunter beendeten über 71 Prozent (1 851) eine allgemeinbildende Förderschule, von denen 1 177 ein Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt Lernen und 298 ein Abschlusszeugnis im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung erhielten. Ein Abgangszeugnis wurde 1 124 Schülern ausgestellt.

An den allgemeinbildenden Schulen stieg die Zahl der Absolventen/Abgänger bei allen Abschlussarten im Vergleich zum Vorjahr an. So haben 2013 insgesamt 1 300 Schüler mehr als 2012 die Schule mit dem Realschulabschluss, 620 mit der allgemeinen Hochschulreife, 196 mit dem Hauptschulabschluss und 311 ohne Hauptschulabschluss abgeschlossen.

Verfügbares Einkommen in den Landkreisen Leipzig und Meißen am höchsten

Das verfügbare Einkommen je Einwohner in Sachsen betrug 2011 insgesamt 17 227 € und damit 2,3 Prozent bzw. 385 € mehr als im Vorjahr. An der Spitze aller sächsischen Kreise lagen die Pro-Kopf-Einkommen in den Landkreisen Leipzig und Meißen mit jeweils rund 18 000 €. Die niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner wurden mit 15 925 €

in der Stadt Leipzig bzw. mit 16 284 € im Landkreis Görlitz erzielt. Im Vergleich zu 2010 wurde in allen Kreisen ein Zuwachs festgestellt, der sich in einer Spanne von 0,4 Prozent in der Stadt Leipzig bis zu 3,4 Prozent Anstieg im Erzgebirgskreis bewegte. Im längerfristigen Vergleich seit dem Jahr 2000 stieg das Pro-Kopf-Einkommen in Sachsen um reichlich ein Viertel. Auch hier wiesen die sächsischen Kreise sehr unterschiedliche Wachstumsraten auf, die von 15,9 Prozent in der Stadt Dresden bis zu 32,6 Prozent im Landkreis Meißen reichten. Gemessen am Bundesdurchschnitt betrug das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen im Jahr 2011 in Sachsen 86,4 Prozent. Das verfügbare Einkommen je Einwohner kann für Konsum- und Sparzwecke verwendet werden. Verglichen mit den am jeweiligen Arbeitsort erzielten Bruttolöhnen und -gehältern zeigt sich, dass die in den Kreisfreien Städten erreichten Verdienste der Arbeitnehmer - durch den Transfer des Einkommens der Pendler - auch den Umlandkreisen zugutekommen. Insgesamt umfasste das verfügbare Einkommen in Sachsen 2011 ein Volumen von 71,3 Milliarden € und damit 1,9 Prozent mehr als im Vorjahr sowie 17,1 Prozent mehr als im Jahr 2000. Der Anteil Sachsens am bundesdeutschen Wert lag bei 4,4 Prozent. Alle Ergebnisse ab 1995 wurden im Rahmen der Revision 2011 überarbeitet und werden als vergleichbare Zeitreihen neu angeboten.

Zahl der Insolvenzverfahren in Sachsen deutlich gesunken

Die Zahl der Insolvenzverfahren sank in den ersten drei Quartalen 2013 in Sachsen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 5,4 Prozent. Von den insgesamt 5 214 Insolvenzverfahren betrafen 960 Verfahren Unternehmen und 4 254 Verfahren übrige Schuldner. Dazu zählen natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbstständig Tätige, Verbraucher und Nachlässe. Bei den Unternehmensinsolvenzen wurde sogar ein Rückgang um fast 10 Prozent und bei den übrigen Schuldnern um reichlich 4 Prozent verzeichnet.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis 30. September 2013 verringerten sich in Sachsen die von den Gläubigern angemeldeten Forderungen um rund 3 Prozent auf 960,7 Millionen €. Die durchschnittlichen Forderungen je Verfahren an Unternehmen betragen reichlich 626 000 € und je Verfahren der übrigen Schuldner gut 84 000 €. Die Eröffnungsquote aller Insolvenzverfahren lag wie im

Vorjahreszeitraum bei 88 Prozent (4 579 Verfahren). Bei knapp 22 Prozent der Unternehmensinsolvenzen (208 Verfahren) reichte die Insolvenzmasse nicht aus, um die Kosten des Verfahrens zu decken. Diese wurden mangels Masse abgewiesen.

Mehr als 50 Prozent der von Insolvenz betroffenen Unternehmen waren Einzelunternehmen, weitere 40 Prozent Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH).

Jedes fünfte insolvente Unternehmen war wieder dem Baugewerbe zuzuordnen, jedes sechste dem Wirtschaftsbereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen.

Der Anteil der Unternehmen mit mehr als acht Jahren wirtschaftlicher Tätigkeit betrug gut 45 Prozent. Fast 30 Prozent der insolventen Unternehmen war bis drei Jahre alt.

Zum Tag des Bodens am 5. Dezember

Der Internationale Tag des Bodens findet jährlich am 5. Dezember statt. Ziel dieses Aktionstags ist es, ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des Bodenschutzes zu schaffen, denn weltweit gehen täglich große Mengen wertvollen Bodens durch Versiegelung, Erosion oder Kontaminationen als Naturraum verloren.

Die Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) dient als Kernindikator für den Flächenverbrauch. Zwar kann die SuV nicht mit versiegelter Fläche gleichgesetzt werden, da sie auch einen bestimmten Anteil unversiegelte Fläche beinhaltet. Dennoch lässt ihre Veränderung Rückschlüsse auf die Umwandlung ehemals vorrangig landwirtschaftlich genutzter Flächen zu Siedlungszwecken zu. Während die SuV in Sachsen 2002 noch 212 344 Hektar umfasste, hatte sie 2012 eine Größe von 234 650 Hektar. Dies bedeutet innerhalb von zehn Jahren einen Zuwachs um gut 10 Prozent bzw. von durchschnittlich rund 6 Hektar je Tag. 47 Prozent des Anstieges entfielen allein auf die Erholungsflächen.

Regional betrachtet liegt der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Bodenfläche in den Kreisfreien Städten Leipzig (52 Prozent), Chemnitz (44 Prozent) und Dresden (41 Prozent) am höchsten. In den Landkreisen reicht die Spanne des Siedlungs- und Verkehrsflächenanteils von 9 Prozent (Landkreise Nordsachsen und Sächsische Schweiz-Osterzgebirge) bis 17 Prozent (Landkreis Zwickau).

Die stärksten SuV-Zuwächse in den vergangenen zehn Jahren wurden für die Stadt Chemnitz (23 Prozent bzw. 1 809 Hektar) und den Landkreis Leipzig (22 Prozent bzw. 3 931 Hektar) ermittelt, der geringste für die Stadt Dresden (6 Prozent bzw. 808 Hektar).

Gute Weinqualität trotz schlechter Witterungsbedingungen

Die Winzer im Weinanbaugebiet Sachsen bringen 2013 eine zwar kleine, aber qualitativ gute Weinernte ein. Kurz vor Abschluss der Ernte liegt die dritte und damit abschließende Schätzung der Weinmosternte vor. Mit 16 000 Hektolitern, das sind 33,2 Hektoliter je Hektar (hl/ha), liegt diese ca. 20 Prozent unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

Das Weinjahr begann aufgrund eines langen Winters und eines ungewöhnlich nassen und kalten Frühjahrs sehr ungünstig für die Entwicklung der Rebstöcke. Starke Regenfälle verringerten zur Blütezeit der Reben im Juni die Zahl der Beeren pro Traube. Der warme Spätsommer sorgte jedoch dafür, dass noch gute Qualitäten erreicht werden konnten. Die vergleichsweise späte Lese - Lesebeginn war drei Wochen später als normal - wirkte sich zudem sehr positiv auf die Aromausprägung in den Trauben aus.

Die gute Qualität der 2013er Ernte zeigt sich darin, dass deutlich mehr als die Hälfte der Erntemenge (57 Prozent) zur Herstellung von Prädikatswein, der höchsten Qualitätsstufe des Weines, geeignet ist. Das Mostgewicht, Maß für den Zuckergehalt des Weines, liegt bei durchschnittlich 84° Oechsle, was etwa dem letzten Zehn-Jahres-Durchschnitt entspricht.

Die Schätzung der Ernteergebnisse nach Sorten fallen sehr unterschiedlich aus. Für rote Sorten (35,2 hl/ha) werden im Durchschnitt höhere Hektarerträge erwartet als für weiße Sorten (33,7 hl/ha). Die höchsten Hektarerträge werden bei der weißen Sorte Bacchus (55,8 hl) und der roten Sorte Dornfelder (55,2 hl) geschätzt, die niedrigsten bei den weißen Sorten Traminer (16,7 hl) und Ruländer (18,8 hl).

Zeitungen und Zeitschriften werden immer häufiger online gelesen

Mehr als 2,5 Millionen Sachsen ab einem Alter von 10 Jahren nutzten im ersten Quartal 2012 das Internet. Der Anteil der Nutzer, die im Internet Online-Nachrichten, -Zeitungen oder -Zeitschriften lasen oder herunterluden, betrug 62 Prozent. Im Bundesdurchschnitt waren es sogar 64 Prozent. Im Vergleich zu 2007 erhöhte sich der Anteil der „Onlineleser“ in Sachsen um mehr als das Zweieinhalbfache. Im Trend lag auch die Nutzung von Internet-Radio/Internet-Fernsehen. Waren es fünf Jahre zuvor 18 Prozent der sächsischen Internetnutzer, die online Radio hörten oder fern sahen, hatte sich 2012 der Nutzeranteil mit 37 Prozent mehr als verdoppelt. Der Bundesdurchschnitt lag noch einen Prozentpunkt höher.

An erster Stelle der Internetaktivitäten stand aber das Senden und Empfangen von E-Mails. Neun von zehn Anwendern nutzten dafür die elektronische Post. Für 88 Prozent diente das Netz zur Informationssuche über Waren und Dienstleistungen. Auch die Nutzung von Reisedienstleistungen im Netz, wie z. B. die Buchung von Fahrkarten, war 2012 beliebt (59 Prozent). Jeder zweite Internetnutzer (54 Prozent) nutzte Internet- bzw. Onlinebanking. Im Bundesdurchschnitt waren es dagegen 4 Prozentpunkte weniger. Der Anteil der Nutzer von Internet- bzw. Onlinebanking in der Altersgruppe der 25- bis 44-Jährigen lag in Sachsen bei 53 Prozent, bei den 45-Jährigen und Älteren war es ein reichliches Drittel (37 Prozent).

Die Daten wurden im Rahmen der jährlichen Haushaltebefragung zu Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) 2012 erhoben.

Mehr Rinder, aber weniger Schweine und Schafe in Sachsen

In den knapp 7 300 sächsischen Rinderhaltungen standen Anfang November 2013 gut 503 200 Rinder. Damit erhöhte sich der Rinderbestand in den vergangenen zwölf Monaten um 4 500 Tiere bzw. 0,9 Prozent.

Fast die Hälfte der Rinder sind Kühe, darunter größtenteils Milchkühe (188 100 Tiere). Die andere Hälfte gliedert sich in 139 100 Kälber und Jungrinder bis einschließlich ein Jahr, 108 500 weibliche Zucht- und NutZRinder, 6 300 Schlachtfärsen und 20 000 männliche Rinder, jeweils über ein Jahr alt. Die meisten Rinder werden im Landkreis Mittelsachsen (85 400) und im Erzgebirgskreis (63 900) gehalten.

Der Schweinebestand ging im Vergleich zum Vorjahr geringfügig um 1 400 auf 641 700 Tiere zurück. Die Entwicklung verlief in den einzelnen Alters- und Nutzungsrichtungen jedoch unterschiedlich. Bestandsrückgänge sind bei Ferkeln um 6 500 Tiere und Zuchtsauen um 5 400 Tiere ersichtlich. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der Jung- und Mastschweine um 7 000 bzw. 4 000.

In der sächsischen Schafhaltung setzte sich der seit Jahren anhaltende Bestandsrückgang fort. Im Vergleich zum 3. November 2012 verringerte sich der Schafbestand in den rund 400 Schafe haltenden Betrieben mit 20 und mehr Schafen um gut 3 300 Tiere auf 75 500 Schafe.

Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bevölkerung										
Bevölkerung am Monatsende ¹⁾	1 000	4 054,2	4 050,2	4 046,1	4 045,4	4 046,0	4 042,3	4 041,7	4 041,4	4 042,1
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
Eheschließungen	Anzahl	1 465	1 529	2 627	2 526	2 837	2 304	2 300	2 410	2 831
Lebendgeborene	Anzahl	2 869	2 891	2 874	3 207	3 268	2 874	2 659	3 396	3 215
Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	4 219	4 276	3 724	4 003	3 979	4 277	3 900	4 262	3 937
darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	7	7	8	9	10	5	7	14	9
Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 350	-1 386	-850	-796	-711	-1 403	-1 241	-866	-722
Wanderungen										
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	6 182	6 460	4 804	6 627	8 235	5 258	5 099	7 296	8 812
darunter aus dem Ausland	Anzahl	1 905	2 170	1 774	2 173	2 625	1 980	2 076	2 691	3 209
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	5 878	5 483	4 694	6 546	6 975	4 258	4 546	6 823	7 445
darunter in das Ausland	Anzahl	1 469	1 455	1 259	1 957	1 813	1 242	1 443	2 119	2 088
Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	304	977	110	81	1 260	1 000	553	473	1 367
Innerhalb des Landes Umgezogene ²⁾	Anzahl	9 210	8 999	7 881	9 780	10 784	8 517	7 479	10 018	11 541
Erwerbstätigkeit										
Beschäftigte³⁾										
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁴⁾	1 000	1 437,3	1 454,6	1 453,8
Frauen	1 000	709,3	716,5	713,5
Ausländer	1 000	18,4	22,1	22,4
Teilzeitbeschäftigte	1 000
darunter Frauen	1 000
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen										
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	21,1	21,0	21,5
Produzierendes Gewerbe	1 000	428,1	434,6	435,5
Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	300,7	308,0	307,0
Erbringung von Unternehmensdienstleistungen	1 000	259,1	263,8	265,5
Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	427,7	425,9	423,2
Arbeitsmarkt³⁾										
Arbeitslose	1 000	226,8	207,8	199,0	198,6	200,8	199,5	191,0	188,6	192,5
Frauen	1 000	106,4	95,7	93,6	94,4	96,3	90,5	88,2	88,6	91,5
Männer	1 000	120,5	112,0	105,4	104,2	104,5	109,0	102,8	100,0	100,9
Ausländer	1 000	9,3	8,9	8,7	8,7	8,9	9,1	8,9	8,9	9,1
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	1 000	20,7	17,8	16,4	17,2	20,3	15,7	15,0	16,0	18,0
Arbeitslosenquote⁵⁾										
insgesamt	%	10,6	9,8	9,4	9,4	9,5	9,4	9,0	8,9	9,1
Frauen	%	10,6	9,5	9,3	9,4	9,6	9,0	8,8	8,8	9,1
Männer	%	10,7	10,0	9,4	9,3	9,3	9,7	9,1	8,9	9,0
Ausländer	%	22,8	20,7	19,9	19,8	20,2	20,0	19,5	19,5	19,9
Jugendliche von 15 bis unter 25 Jahren	%	9,1	8,4	8,1	8,4	9,9	8,3	7,9	8,4	9,5
Kurzarbeiter	1 000	11,5	9,4	5,1	4,2	3,3	6,8
Gemeldete Arbeitsstellen	1 000	18,8	19,2	20,7	20,4	20,5	18,2	18,2	18,4	19,4

1) Spalten 1 und 2: Statt Bevölkerung im Monatsdurchschnitt hier Bevölkerung am 31. Dezember, Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Zensusdaten vom 9. Mai 2011

2) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

3) Auswertungen aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Sachsen

4) einschließlich "Ohne Angabe" der Wirtschaftsgliederung

5) Arbeitslose in Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Bautätigkeit										
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Neubau)	Anzahl	289	287	407	334	330	387	373	424	375
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	275	270	378	324	313	348	356	387	360
umbauter Raum	1 000 m ³	275	280	446	302	327	520	349	514	334
Wohnfläche	1 000 m ²	51	54	84	60	63	97	66	96	63
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	61 922	67 052	101 015	73 516	77 094	122 745	86 268	127 823	82 565
Nichtwohngebäude (Neubau)	Anzahl	114	116	142	169	122	118	122	148	107
umbauter Raum	1 000 m ³	715	704	386	1 753	469	835	626	730	334
Nutzfläche	1 000 m ²	100	105	67	246	75	115	97	111	58
veranschlagte Kosten der Bauwerke	1 000 €	69 158	80 716	63 675	131 275	58 558	108 818	72 128	95 853	50 457
Wohnungen insgesamt (Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	567	477	885	168	595	1 424	612	1 119	532
Wohnräume insgesamt (einschl. Küchen)	Anzahl	2 756	2 453	4 050	1 571	3 074	5 556	3 194	4 803	3 158
Landwirtschaft										
Schlachtmengen ¹⁾	t	3 356	1 453	1 318	1 356	1 335	1 407	1 170	1 255	1 122
darunter										
Rinder insgesamt	t	501	306	220	209	221	271	224	186	204
darunter Kälber ²⁾	t	22	22	14	17	15	27	16	14	21
Jungrinder	t	7	6	2	5	2	9	5	3	4
Schweine	t	2 817	1 113	1 080	1 127	1 097	1 113	931	1 053	898
Eierzeugung ³⁾	1 000 St.	76 219	77 348	72 795	78 212	78 037	76 259	77 625	79 939	75 195
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden⁴⁾										
Betriebe	Anzahl	1 269	1 308	1 318	1 319	1 319	1 339	1 339	1 336	1 332
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	201,6	210,6	210,4	211,3	212,4	213,8	213,7	214,0	214,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	27 691	28 586	29 413	29 011	28 330	28 260	28 435	29 730	27 985
Bezahlte Entgelte	Mill. €	540,3	583,1	606,3	580,7	569,2	637,0	633,9	614,8	586,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	4 454,6	4 379,5	4 782,2	4 500,5	4 179,3	4 317,3	4 462,4	4 335,5	4 252,0
davon										
Vorleistungsgüter und Energie ⁵⁾	Mill. €	1 602,1	1 534,4	1 652,8	1 650,3	1 569,3	1 578,8	1 523,3	1 534,6	1 554,5
Investitionsgüter	Mill. €	2 070,5	2 062,7	2 358,0	2 078,7	1 821,0	1 926,1	2 159,5	1 951,3	1 881,0
Gebrauchsgüter	Mill. €	59,2	58,9	57,0	51,5	57,8	52,1	53,2	49,6	54,6
Verbrauchsgüter	Mill. €	722,8	723,5	714,3	720,0	731,2	760,3	726,4	800,1	761,9
Auslandsumsatz	Mill. €	1 742,8	1 697,4	1 982,2	1 763,5	1 492,4	1 647,8	1 725,4	1 589,5	1 587,4

1) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien

2) wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar

3) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Kniekeiern

4) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

5) ohne Energie- und Wasserversorgung

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Energie- und Wasserversorgung¹⁾										
Betriebe	Anzahl	136	136	136	136	136	146	146	145	145
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	13,9	13,7	13,7	13,6	13,7	13,7	13,8	13,7	13,9
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	1 845	1 780	1 808	1 820	1 743	1 706	1 725	1 852	1 714
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	50	50	49	48	45	49	52	48	47
Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Energieversorgungsunternehmen	Mill. kWh	2 752	2 728	2 249	2 399	2 311	2 233	2 886	3 123	3 397
Bauhauptgewerbe²⁾										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	57,3	56,4	57,4	57,6	58,3	57,4	57,7	58,4	58,4
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 022	5 548	6 582	6 698	6 810	6 187	6 344	7 112	6 870
davon										
Wohnungsbau	1 000	1 899	1 823	2 208	2 208	2 165	2 125	2 172	2 367	2 403
gewerblicher Bau	1 000	2 182	2 017	2 289	2 352	2 420	2 162	2 262	2 525	2 363
öffentlicher und Straßenbau	1 000	1 940	1 708	2 085	2 138	2 225	1 900	1 910	2 220	2 104
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	108,7	107,8	111,8	115,6	117,9	118,0	112,7	124,0	117,7
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	523,1	507,6	566,8	615,0	611,1	501,0	570,4	640,0	609,9
davon										
Wohnungsbau	Mill. €	113,3	114,9	133,5	148,1	145,2	132,9	137,1	163,7	154,3
gewerblicher Bau	Mill. €	238,3	229,0	242,6	273,3	254,8	207,1	247,6	266,8	243,3
öffentlicher und Straßenbau	Mill. €	171,4	163,8	190,7	193,6	211,2	161,1	185,8	209,5	212,3
Ausbaugewerbe^{1) 3)}										
Beschäftigte (einschließlich der tätigen Inhaber)	1 000	19,2	18,9	19,1	.	.	.	19,2	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	6 337	6 157	6 159	.	.	.	6 221	.	.
Bruttoentgeltsumme	Mill. €	115,9	118,9	118,4	.	.	.	124,7	.	.
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	527,6	515,9	478,8	.	.	.	478,4	.	.
Handel⁴⁾										
Großhandel einschl. Handelsvermittlung										
Beschäftigte	2005 = 100	96,4	99,5	99,2	99,6	100,4	100,8	100,4	99,4	100,0
Umsatz (nominal)	2005 = 100	122,0	123,6	128,4	127,9	126,6	127,8	124,9	134,1	125,6
Umsatz (real)	2005 = 100	103,7	102,8	107,5	107,1	104,4	105,2	104,3	112,5	104,9
Einzelhandel einschl. Tankstellen										
Beschäftigte	2010 = 100	100,4	101,8	101,6	100,7	101,4	99,9	100,0	99,9	100,6
Umsatz (nominal)	2010 = 100	103,4	106,1	104,9	104,2	103,7	107,9	99,9	106,4	103,5
Umsatz (real)	2010 = 100	102,0	102,8	101,6	101,6	100,7	102,5	95,0	101,7	99,0
Kfz-Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz										
Beschäftigte	2010 = 100	102,7	104,6	104,4	104,3	104,7	103,8	103,8	103,8	104,0
Umsatz (nominal)	2010 = 100	120,2	115,3	123,1	119,5	110,1	124,7	119,7	125,5	110,5
Umsatz (real)	2010 = 100	118,8	113,0	120,9	117,1	107,8	122,1	117,9	123,3	108,4
Gastgewerbe⁴⁾										
Beschäftigte	2010 = 100	100,9	102,5	106,4	106,4	107,1	105,0	104,8	106,2	104,7
Umsatz (nominal)	2010 = 100	103,8	106,2	117,2	113,8	114,1	126,2	115,9	123,5	122,0
Umsatz (real)	2010 = 100	102,2	102,6	112,9	110,2	110,4	119,7	109,1	116,5	115,1

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse für alle Betriebe

3) Angaben beziehen sich auf das Quartal

4) Die Ergebnisse des Bereichs Handel und Gastgewerbe sind generell vorläufig. Der Berichtskreis wird jährlich durch Stichprobenrotation aktualisiert. Im Kfz-Handel und Großhandel basieren die Ergebnisse ab Berichtsmontat September 2012 auf einem Mix-Modell (Nutzung von Verwaltungsdaten und Befragung aller großen Unternehmen). Ergebnisse aus dem neuen Berichtskreis liegen rückwirkend für alle Monate seit Januar 2011 vor.

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Tourismus¹⁾										
Gästeankünfte	1 000	561	588	685	682	694	755	638	691	718
darunter von Auslandsgästen	1 000	60	65	81	100	97	82	82	110	103
Gästeübernachtungen	1 000	1 445	1 530	1 746	1 854	1 941	1 919	1 622	1 900	1 938
darunter von Auslandsgästen	1 000	136	151	188	229	217	186	188	257	232
Verkehr										
Straßenverkehrsunfälle										
Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	1 614	1 623	1 702	1 810	1 753	1 583	1 741	1 797	1 745
darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 154	1 136	1 297	1 351	1 373	1 182	1 279	1 425	1 363
Getötete Personen	Anzahl	16	18	18	19	19	15	12	19	19
Verletzte Personen	Anzahl	1 460	1 414	1 627	1 608	1 742	1 481	1 597	1 763	1 647
Kraftfahrzeuge										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	12 296	11 492	13 761	11 261	9 732	12 193	12 560	11 562	9 647
darunter Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	10 108	9 557	11 463	9 209	7 950	10 057	10 562	9 272	7 830
Lastkraftwagen	Anzahl	1 359	1 143	1 371	1 138	1 001	1 116	1 150	1 263	1 008
Binnenschifffahrt										
Güterempfang	1 000 t	6,4	5,6	2,5	3,9	5,5	10,4	0,0	7,2	1,4
Güterversand	1 000 t	9,5	7,1	5,9	8,1	4,8	14,6	0,4	9,4	6,7
Außenhandel⁴⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
Ausfuhr insgesamt	Mill. €	2 450,7	2 652,3	3 098,1	2 920,0	2 512,9	2 542,1	2 685,9	2 741,9	2 526,1
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	87,4	97,7	97,0	95,7	111,1	104,6	99,7	108,9	100,7
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	2 344,1	2 536,4	2 982,8	2 806,1	2 384,4	2 390,1	2 528,0	2 566,9	2 349,4
davon										
Rohstoffe	Mill. €	11,7	10,2	12,5	10,3	8,1	8,5	10,2	10,2	10,2
Halbwaren	Mill. €	104,0	103,0	101,7	112,7	123,1	88,3	83,4	135,2	86,7
Fertigwaren	Mill. €	2 228,4	2 423,3	2 868,6	2 683,0	2 253,2	2 293,3	2 434,3	2 421,4	2 252,5
davon										
Vorerzeugnisse	Mill. €	237,9	219,2	252,2	239,9	223,2	224,6	200,5	216,3	188,4
Enderzeugnisse	Mill. €	1 990,5	2 204,1	2 616,3	2 443,1	2 030,0	2 068,7	2 233,9	2 205,1	2 064,1
Ausfuhr nach										
Europa	Mill. €	1 444,6	1 448,7	1 715,9	1 491,5	1 294,5	1 385,7	1 488,4	1 522,8	1 341,5
darunter in die EU-Länder ⁵⁾	Mill. €	1 155,2	1 147,7	1 352,8	1 154,0	1 016,4	1 079,1	1 169,0	1 215,4	1 036,3
Afrika	Mill. €	49,4	47,1	48,7	61,9	41,9	77,8	75,6	78,5	68,6
Amerika	Mill. €	268,4	321,5	298,2	431,9	343,1	324,6	323,1	349,5	306,3
Asien	Mill. €	657,1	800,9	999,3	902,3	801,1	720,3	757,0	742,6	764,0
Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	31,2	34,2	36,0	32,4	32,2	33,5	41,8	48,4	45,6

1) bis Dezember 2011: Betriebe mit neun und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit drei und mehr Stellplätzen,
ab Januar 2012: Betriebe mit zehn und mehr Betten einschließlich Campingplätze mit zehn und mehr Stellplätzen

2) schwer wiegender Unfall mit Sachschaden im engeren Sinne und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel

3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen

4) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Einfuhr- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

5) einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Außenhandel										
Einfuhr (Generalhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. €	1 687,7	1 623,2	1 749,5	1 563,5	1 555,0	1 573,1	1 559,5	1 637,5	1 534,0
darunter										
Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	88,7	90,1	90,1	83,7	90,3	92,0	93,2	91,0	85,0
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	1 529,6	1 442,1	1 557,6	1 383,6	1 374,7	1 385,0	1 359,1	1 425,4	1 317,3
davon										
Rohstoffe	Mill. €	156,4	139,5	89,2	111,0	104,2	109,7	123,5	123,0	124,2
Halbwaren	Mill. €	143,7	138,3	143,0	140,1	150,7	163,3	128,8	122,7	111,3
Fertigwaren	Mill. €	1 229,5	1 164,3	1 325,4	1 132,5	1 119,8	1 112,0	1 106,7	1 179,7	1 081,8
davon										
Vorzeugnisse	Mill. €	178,7	162,2	186,6	158,6	164,9	157,2	146,8	152,9	144,0
Enderzeugnisse	Mill. €	1 050,8	1 002,2	1 138,8	973,9	954,9	954,9	960,0	1 026,8	937,8
Einfuhr aus										
Europa	Mill. €	1 266,6	1 231,5	1 310,1	1 152,4	1 144,8	1 200,9	1 201,1	1 199,8	1 169,8
darunter aus den EU-Ländern ¹⁾	Mill. €	1 028,7	989,3	1 118,8	951,1	920,2	978,0	984,8	970,1	953,1
Afrika	Mill. €	8,1	6,6	8,0	7,9	7,7	5,1	5,3	5,8	7,7
Amerika	Mill. €	136,0	107,7	103,1	118,8	98,8	91,1	95,2	143,7	104,1
Asien	Mill. €	274,4	275,0	326,2	281,9	300,5	273,2	256,2	284,2	250,5
Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. €	2,7	2,3	2,1	2,5	3,1	2,8	1,7	4,0	1,9
Gewerbeanzeigen²⁾										
Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 028	2 697	2 638	2 720	2 836	2 524	2 544	2 921	2 272
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 768	2 718	2 268	2 462	2 598	2 271	2 235	2 522	2 112
Insolvenzen										
Insolvenzverfahren insgesamt	Anzahl	647	584	586	684	539	576	495	607	605
und zwar										
Unternehmen	Anzahl	132	116	134	149	109	134	80	118	126
Verbraucher	Anzahl	355	332	341	370	298	298	290	353	345
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	92	76	107	83	95	81	83	95
sonstige natürliche Personen ³⁾ , Nachlässe	Anzahl	47	45	35	58	49	49	44	53	39
eröffnete Verfahren	Anzahl	562	512	521	595	461	489	426	532	536
mangels Masse abgewiesene Verfahren	Anzahl	83	70	65	84	74	86	68	73	68
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	Mill. €	103	104	128	103	78	84	64	78	199
Handwerk										
Beschäftigte ⁴⁾	30.9.09 = 100	98,1	97,8	98,2	.	.	.	97,1	.	.
Umsatz ⁵⁾	2009 = 100	107,3	103,1	104,1	.	.	.	103,2	.	.

1) einschließlich Kroatien (EU-28); die Angaben ab 2012 wurden rückwirkend entsprechend umgerechnet

2) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

3) z. B. als Gesellschafter oder Mithafter

4) am Ende des Kalendervierteljahres

5) Vierteljahresergebnis (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.)

Noch: Sächsischer Zahlenspiegel

Merkmal	Einheit	2011	2012	2012			2013			
		Durchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Preise										
Verbraucherpreisindex	2010 = 100	102,0	104,0	103,6	104,0	104,4	105,6	105,7	106,1	106,1
Preisindex für Wohngebäude ¹⁾	2005 = 100	118,4	122,3	.	.	107,8	110,7	.	.	111,2
Verdienste										
Bruttonomatsverdienste ²⁾ der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer ³⁾ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich										
	€	2 789	2 825	2 626	x	x	x	2 701	x	x
männlich	€	2 856	2 926	2 709	x	x	x	2 769	x	x
weiblich	€	2 664	2 650	2 482	x	x	x	2 573	x	x
Produzierendes Gewerbe	€	2 587	2 700	2 489	x	x	x	2 523	x	x
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 274	3 121	2 669	x	x	x	3 231	x	x
Verarbeitendes Gewerbe	€	2 565	2 723	2 490	x	x	x	2 538	x	x
Energieversorgung	€	4 522	4 221	3 853	x	x	x	3 929	x	x
Wasserversorgung ⁴⁾	€	2 543	2 566	2 363	x	x	x	2 608	x	x
Baugewerbe	€	(2 446)	(2 429)	2 331	x	x	x	2 297	x	x
Dienstleistungsbereich	€	2 937	2 902	2 711	x	x	x	2 820	x	x
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	€	2 501	2 437	2 264	x	x	x	2 303	x	x
Verkehr und Lagerei	€	2 434	2 494	2 309	x	x	x	2 404	x	x
Gastgewerbe	€	1 628	1 640	1 584	x	x	x	1 639	x	x
Information und Kommunikation	€	3 656	3 623	3 332	x	x	x	3 464	x	x
Erbringung von Finanz- und Versicherungs-	€	(4 168)	4 211	3 487	x	x	x	3 558	x	x
dienstleistungen										
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	3 002	2 914	(2 597)	x	x	x	(2 738)	x	x
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen	€	3 613	3 566	3 249	x	x	x	3 248	x	x
und technischen Dienstleistungen										
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen	€	1 772	1 798	1 729	x	x	x	1 921	x	x
Dienstleistungen										
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung;	€	3 295	3 378	3 213	x	x	x	3 352	x	x
Sozialversicherung										
Erziehung und Unterricht	€	3 809	3 929	3 764	x	x	x	4 023	x	x
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 229	3 161	2 999	x	x	x	3 134	x	x
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	(3 109)	(3 020)	2 881	x	x	x	2 826	x	x
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	(2 128)	(2 417)	(2 263)	x	x	x	(2 091)	x	x

1) Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk

2) Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte, d. h. März = Durchschnitt aus Jan. bis März, Juni = Durchschnitt aus April bis Juni, usw. ohne Sonderzahlungen.

Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen dagegen mit enthalten.

3) einschließlich Beamte

4) einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen

Zeichenerklärung

- Nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- ... Angabe fällt später an
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- () Aussagewert ist eingeschränkt
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

**Herausgeber:**

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Redaktion:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Gestaltung und Satz:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Druck:

Staatsbetrieb Sächsische Informatik Dienste

Redaktionsschluss:

Januar 2014

Preis dieser Ausgabe:

3,50 €

Bezug:

Diese Druckschrift kann bezogen werden bei:

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Hausanschrift: Macherstraße 63, 01917 Kamenz

Telefon: +49 3578 33-1424

Telefax: +49 3578 33-1499

E-Mail: vertrieb@statistik.sachsen.de

www.statistik.sachsen.de

Verteilerhinweis

Diese Informationsschrift wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Copyright

Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Kamenz, 2014

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Titelbild: TUC Sven Gleisberg

ISSN 0949-4480 (print)

Für Smartphones: Bildcode scannen und Sie finden weitere interessante statistische Ergebnisse und Informationen zum Thema

